

## Vorlage für die Sitzung der Antragsprüfungskommission am 25.10.2017

# Zum ordenlichen Landesparteitag am 25.11.2017 eingegangene Anträge

### Inhalt:

Antragsbereich A: Leitantrag und darauf bezogene Anträge.....	3
Leitantrag: Leitlinien der SPD Hessen für den Weg zum Regierungsprogramm 2019-2024 .....	3
Für einen echten Politikwechsel – Kernforderungen an eine sozialdemokratisches Regierungsprogramm .....	3
Antragsbereich S: Satzungsändernde Anträge .....	7
Aufstellung der Landeslisten zu Bundes- und Landtagswahlen .....	7
Antragsbereich B: Bildung .....	7
Übernahme der Schüler*Innenbeförderungskosten für die Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildungen.....	7
Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen und Studiengängen für den öffentlichen Dienst etablieren.....	8
Bildung im ländlichen Raum .....	9
Gebührenfreiheit des Studiums sicherstellen .....	10
Sprache als zentraler Schlüssel .....	11
Keine Bildung 2. Klasse, die Ausbildung gehört gestärkt! .....	11
Antragsbereich C: Arbeit, Wirtschaft und Energie .....	13
Arbeit auf Abruf abschaffen!.....	13
Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft.....	14
Keine Generationenfrage - Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung .....	15
Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten .....	19
Gegen eine Rente ab 73.....	20
Für ein Recht auf Arbeit und Teilhabe! Den Produktivitätsfortschritt als Chance begreifen!.....	20
Antragsbereich D: Mobilität, Infrastruktur und Wohnen .....	23
Land und Stadt gemeinsam denken! - Für mehr Attraktivität im ländlichen Raum.....	23
Solidarticket für Hessen.....	25
Ausnahmegenehmigungen für unbegleitetes Fahren .....	26
Für eine gute Verkehrsinfrastruktur in Nordhessen .....	27
Antragsbereich E: Familie, Gleichstellung und Soziales .....	28

Bundesteilhabegesetz – Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe .....	28
Zwei-Klassen-Medizin überwinden - Bürger*innenversicherung einführen!.....	29
Konversionstherapie gehört abgeschafft.....	29
Equal Care - Nur das ist Fair!.....	31
Der Landeswohlfahrtsverband muss erhalten bleiben!.....	33
Antragsbereich F: Innenpolitik und Recht .....	33
Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler.....	34
"Hesse ist, wer Hesse sein will" – Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung.....	34
Änderung des Rundfunkstaatsvertrags.....	35
Kompatible Computerprogramme Polizei.....	35
Flächendeckende Prävention .....	40
Gleiches Recht für alle - Änderung der §§ 113-115 StGB verhindern .....	42
Kommunales Wahlrecht auf für Nicht-EU-Bürger.....	44
Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen.....	44
Antragsbereich G: Europa.....	47
Europa demokratisch gestalten- Für eine europäische Verfassung.....	47
60 Jahre Römische Verträge: Die Zukunft Europas gemeinsam gestalten.....	48
Antragsbereich H: Integration.....	50
Ausländerbeiräte stärken – demokratische Teilhabe stärken .....	50
Antragsbereich I: Kommunal- und Regionalpolitik.....	51
Freifunk-Angebote in kommunalen Einrichtungen .....	51
Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten .....	52
Stärkung des Ländlichen Raums.....	53
Mehr Gerechtigkeit bei Kommunalen Finanzen schaffen – Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden .....	54
Stadt und Land - nur gemeinsam stark und gerecht.....	56
Gemeinsame Strategien für die Zukunft der Daseinsvorsorge im urbanen und ländlichen Raum....	58
Demografischen Wandel im ländlichen Raum gestalten .....	63
Abschaffung der Pflicht zur Straßenbeitragsatzung und gerechte Finanzierung der Straßenerneuerung.....	65
Antragsbereich J: Steuern und Finanzen .....	66
Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht.....	66
Mehr Gerechtigkeit bei der Bemessung der Gewerbesteuer. Kampf gegen Manipulation der Gewerbesteuer.....	67
Antragsbereich L: Umwelt und Verbraucherschutz.....	68
Öffentliche Ausschreibungen müssen Klimaschutz berücksichtigen .....	68
Wasserqualität und Wasserversorgung in Hessen mittel- und langfristig erhalten.....	69

Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen .....	70
Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“ .....	71
<b>Antragsbereich M: Parteiorganisation .....</b>	<b>72</b>
Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher .....	72
Repräsentative Tagungsorte für Parteitage, Parteigipfel o.Ä. ....	72
Catch them all -Ein Pat*innenprogramm für Neumitglieder .....	73
Europäisierung der SPD.....	74

## **Antragsbereich A: Leitantrag und darauf bezogene Anträge**

Antrag A1  
 Kennnummer 12558  
 Landesverband Hessen

### **Leitantrag: Leitlinien der SPD Hessen für den Weg zum Regierungsprogramm 2019-2024**

- siehe gesonderte Vorlage -

Antrag A2  
 Kennnummer 12535

Jusos Hessen

### **Für einen echten Politikwechsel – Kernforderungen an eine sozialdemokratisches Regierungsprogramm**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Seit fast 20 Jahren regiert die CDU mit wechselnden Mehrheiten in Hessen. Die Partei und ihr Ministerpräsident sind inhaltlich ausgebrannt und erkennbar fertig. Es ist Zeit für einen Regierungswechsel.

5

Unser Anspruch an eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung ist mehr als nur der Austausch von Minister\*innen. Wir wollen endlich einen wirklicher Politikwechsel in Hessen, hin zu einem sozialen, gerechten, demokratischen und liberalen Bundesland. Ansatzpunkte für einen solchen Politikwechsel gibt es genug. Von zentraler Bedeutung sind für uns dabei die folgenden

10 Punkte:

### **1. Gleiche Lebenschancen in ganz Hessen**

Auch in Hessen sind Lebenschancen immer ungerechter verteilt. Die soziale Herkunft, aber auch der eigene Wohnort bestimmen immer mehr über Erfolg und Möglichkeiten der\*des Einzelnen.

15 Zentrale Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode muss es daher sein dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen in Hessen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben, ihre Potenziale zu nutzen – egal ob sie arm oder reichen geboren werden, woher sie kommen und wo sie leben.

### **Eine Bildungspolitik, die niemanden zurücklässt**

20 Bildung ist für uns der wichtigste Schlüssel zur Schaffung gleicher Lebenschancen. Zum Kernversprechen der Sozialdemokratie gehört der gesellschaftliche Aufstieg durch Bildung. In Hessen ist ein solcher aber kaum noch möglich. Immer noch hat ein Kind aus einer Akademikerfamilie eine vielfach höhere Chance das Abitur zu erwerben und ein Hochschulstudium abzuschließen als ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Hierdurch werden gesellschaftliche

25 Verhältnisse zementiert. Es ist Aufgabe der Sozialdemokratie diesen Zustand aufzubrechen. Sämtliche Bildungsgebühren, egal ob in der Kita, der Schule, der Uni oder für die Meister- bzw. Technikerprüfung, werden vollständig abgeschafft, um so allen Menschen den gleichen Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Die Hessen-SPD erneuert ihr Versprechen, dass kein Kind zurückgelassen wird. Schule muss für  
30 Schüler\*innen ein Ort sein, der sie individuell fördert und es ihnen ermöglicht, sich zu entwickeln und ihre Potenziale zu nutzen. Dafür ist es nötig die Organisation von Schule und Unterricht auf die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der Schüler\*innen anzupassen. Instrumente hierfür sind u. a. eine wirkliche Inklusion, der Ausbau echter Ganztagschulen, welche gerade auch die Möglichkeit eröffnen, Schüler\*innen aus sogenannten „bildungsfernen Schichten“ zu unterstützen und die  
35 Einführung einer flexiblen, modularisierten Oberstufe, welche es erlaubt, sich auf dem Weg zum Abitur einen Moment länger Zeit zu nehmen.

Zu einem Schulsystem, welches Schüler\*innen in den Mittelpunkt stellt gehört auch, das Sitzenbleiben und Querversetzung als „pädagogische Maßnahmen“, die Schüler\*innen schlicht beschämen, abgeschafft werden. Auch unnötige Schulwechsel wollen wir vermeiden. Dazu gehört  
40 beispielsweise die Möglichkeit, den Haupt- und Realschulabschluss an allen Schulformen zu absolvieren.

Systematische Ungerechtigkeiten im Schulsystem müssen beseitigt werden. Eine solche Ungerechtigkeit ist weiterhin, dass oftmals nach der 4. Klasse Schüler\*innen in ein mehrgliedriges Schulsystem eingeteilt werden, welches kaum durchlässig ist und damit der spätere Lebensweg  
45 eines Kindes vielfach bereits im Alter von 10 Jahren vorbestimmt ist. Um Kindern die Möglichkeit zu geben, sich individuell zu entwickeln und ihre Potenziale wirklich zu nutzen, bleibt unser Ziel das längere gemeinsame Lernen in einer Schule für alle. Auf dem Weg dorthin wollen wir alle am Bildungswesen beteiligten mitnehmen.

Um jeder und jedem, die\*der das möchte, ein Studium zu ermöglichen und damit für eine soziale  
50 Öffnung der Hochschulen zu sorgen, muss – neben dem endgültigen Verbot von Studiengebühren – im Rahmen einer Bundesratsinitiative das BaföG erhöht, die Einkommensgrenzen der Eltern angepasst und die Förderrichtlinien an die Lebensrealitäten der Studierenden angepasst werden. Um immer höher steigenden Mieten in den Hochschulstädten entgegenzuwirken, müssen die Studentenwerke finanziell so ausgestattet werden, dass ausreichender studentischer Wohnraum  
55 zu bezahlbaren Preisen geschaffen werden kann.

Berufliche Bildung ist mehr wert. Eine SPD-geführte Landesregierung muss sich für die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung einsetzen. Um Lücken im System zu schließen, wollen wir darüber hinaus die Öffnung des BaföG für den dualen Ausbildungsweg. Wir bekennen uns zum Hochschulzugang für Absolventen einer dreijährigen Berufsausbildung und werden das Modell

60 beibehalten. Das antiquierte Gymnasialprivileg lehnen wir ab. Gerade in technischen Studiengängen ist die Vorbildung der beruflich Qualifizierten oftmals höher.

### **Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land**

Voraussetzung für gleiche Lebenschancen in Hessen ist die Umsetzung des Verfassungsauftrags der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Hiervon ist Hessen nach 20 Jahren CDU-geführter Landesregierungen weiter entfernt denn je. Während der demographische Wandel ländliche Regionen in Hessen hart trifft, boomt das Rhein-Main-Gebiet, so dass Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen kaum noch bezahlbar ist. Die Frage gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land wird damit immer mehr zu einer drängenden sozialen Frage.

70 Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie in Ballungsregionen oder im ländlichen Raum leben möchten. Sozialdemokratische Regierungspolitik muss hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Wohnen muss wieder überall in Hessen bezahlbar sein. Wir wollen eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine Bundesratsinitiative, die sich für eine echte Mietpreisbremse einsetzt.

75 Die Anbindung des ländlichen Raums an die Ballungszentren muss verbessert werden, um so Menschen zu ermöglichen, im ländlichen Raum und leben und im Ballungsgebiet zu arbeiten. Hiervon profitiert ganz Hessen. Notwendig ist hierfür der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere des ÖPNV. Ziel muss eine bessere, schnellere und bezahlbare Anbindung auch

80 entlegene Gebiete im ländlichen Raum sein.

Der ländliche Raum braucht qualifizierte Arbeitsplätze. Hierbei hat das Land als potenzieller Arbeitgeber eine besondere Verantwortung. Wir lehnen daher die Zentralisierung von Behördenstandorten im Ballungsgebiet ab und fordern die Ansiedlung hessenweiter Behördenstandorte auch im ländlichen Raum. Hierdurch wird zudem der Ballungsraum entlastet.

85 Starke Kommunen sind Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen. Die hessischen Gemeinden, Städte und Landkreise müssen daher endlich angemessen finanziell ausgestattet werden, damit sie nicht nur ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können, sondern die Lebensverhältnisse vor Ort wieder gestalten können. Dabei müssen die besonderen Herausforderungen vor denen die Kommunen in den unterschiedlichen Regionen des Landes

90 stehen auch finanziell berücksichtigt werden.

### **2. Unser Hessen – liberal, weltoffen und demokratisch**

Auch bei Landtagswahlen stehen Themen wie die innere Sicherheit oder die Aufnahme und Integration von Geflüchteten im Fokus der politischen Auseinandersetzung. Dies wird im kommenden Herbst in Hessen nicht anders sein. Die SPD darf sich hier nicht verstecken oder gar den Forderungen anderer Parteien hinterherlaufen, sondern muss eine klare Haltung zeigen und Position beziehen.

Wir wollen keine SPD, die in einen Wettbewerb mit der Hessen-CDU eintritt, wer der bessere Sheriff im Land ist, wer die härtesten Gesetze fordert und sich am besten gegen Flüchtlinge abschottet. Wir wollen eine SPD, die für ein liberales, weltoffenes und demokratisches Hessen steht.

100 Freiheit und Sicherheit sind für uns keine Gegensätze, sondern Merkmale eines aufgeklärten und modernen Rechtsstaats, die einander bedingen.

Voraussetzung für wirkliche Sicherheit ist weder die immer stärkere Ausweitung der öffentlichen Überwachung, noch von polizeilichen oder geheimdienstlichen Befugnissen, sondern eine auch in der Fläche präsenzte Polizei. Wir wollen eine technisch wie personell gut ausgestattete Polizei mit Polizist\*innen, die vernünftige Arbeitsbedingungen haben und anständig bezahlt werden.

In einem Rechtsstaat braucht Polizei aber klare Regeln. Um dafür Sorge tragen zu können, dass diese Regeln auch eingehalten werden, muss die Kennzeichnungspflicht beibehalten und das derzeit praktizierte Modell überprüft werden.

110 Wir lehnen die immer weitere Ausweitung von polizeilichen oder geheimdienstlichen Befugnissen sowie die immer weitere Verschärfung von Strafgesetzen unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung ab. Die Antwort auf Terror und extremistische Bedrohung darf nicht die

- Aufgabe unserer Werte und die Einschränkung von Freiheit und Grundrechten sowie ein
- 115 Generalverdacht gegen die gesamte Bevölkerung sein. Vielmehr müssen bestehende gesetzliche Möglichkeiten angewendet werden. Wir wollen die Sicherheitsbehörden durch bessere Koordinierung und Informationsaustausch stärken. Auch bedarf es einer Stärkung der hessischen Justiz, um so insbesondere Straftaten zügiger aufklären und aburteilen zu können. Nichts stärkt das Vertrauen der Menschen in einen Rechtsstaat und damit die Handlungsfähigkeit des Staates
- 120 mehr, als wenn sie sehen, dass dieser effektiv und konsequent arbeitet.  
Wir lehnen den Einsatz des Elektro-Tasers bei der hessischen Polizei ab. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die Hemmschwelle für dessen Einsatz sinkt, ein erhöhtes Missbrauchsrisiko besteht und Gefahren für Leib und Leben derjenigen, gegen die eine solche Waffe eingesetzt wird, nicht kalkulierbar sind.
- 125 Für uns gilt weiterhin, dass Hesse ist, wer Hesse sein möchte. Die Integration von Geflüchteten ist deshalb eine zentrale Aufgabe für die kommende Legislaturperiode. Asyl und Schutz sind dabei für uns Menschenrechte. Eine Obergrenze für Flüchtlinge lehnen wir deshalb genauso ab wie die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten. Abschiebungen nach Afghanistan müssen von einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung sofort gestoppt werden.
- 130 Eine klare Haltung gegen Nazis ist für eine sozialdemokratische Landesregierung eine Selbstverständlichkeit. Hierzu gehört auch, verstärkt Programme, Gruppen und Initiativen gegen Rechtsextremismus zu fördern und politische Bildung – auch in der Schule – aufzuwerten.  
Wir wollen eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft. Hierzu gehört auch die Mitbestimmungsrecht von Schüler\*innen und Studierenden in den Gremien sowie deren jeweilige
- 135 gesetzliche Interessensvertretung zu stärken.

### **3. Investitionen in die Zukunft**

- Hessen ist ein reiches Bundesland. Wir wollen, dass das so bleibt. Anstatt wie schwarz-grün den Ist-Zustand bestenfalls zu verwalten, müssen in der kommenden Legislaturperiode notwendige
- 140 Investitionen getätigt werden.  
Um die Chancen der Digitalisierung, auch und gerade für neue und gute Arbeitsplätze zu nutzen, muss der Breitbandausbau in Hessen konsequent vorangetrieben werden. Ziel muss es sein, Glasfaserkabel in jedes Dorf zu legen und jeden Haushalt bis 2025 an das Gigabitnetz anzuschließen. Gerade im ländlichen Raum birgt schnelles Internet Potenziale für den Aufbau von
- 145 Beschäftigung, die wir erschließen wollen.  
Der Investitionsstau im Bereich der hessischen Infrastruktur muss aufgelöst werden. Die Schaffung auskömmlicher Arbeitsplätze, Innovation und gute Bildung setzen eine zukunftsfeste Infrastruktur voraus. Eine SPD-geführte Landesregierung muss das Sparmantra überwinden.  
Die Hessen-SPD muss Vorreiter einer nachhaltigen Mobilität sein. Wir erwarten die Schaffung
- 150 eines integrierten Verkehrskonzeptes, das alle Verkehrsträger miteinander verzahnt, als ein zentrales Regierungsprojekt. Als Automobilstandort muss Hessen Vorreiter im Bereich der alternativen Antriebe werden. Wir wollen technologieoffene Forschung und Entwicklung in Hessen stärker fördern. Um den Zehntausenden hiesiger Beschäftigter in der Automobilindustrie eine berufliche Perspektive zu geben, braucht Hessen eine Um- und Nachqualifizierungsstrategie.
- 155 Die dezentrale Energiewende muss vorangetrieben werden. Das Verbot wirtschaftlicher Betätigung für Kommunen muss fallen. Wir wollen, dass eine SPD-geführte Landesregierung sich für den Erhalt von festen Einspeiseentgelten und damit Planungssicherheit für kommunale Investoren einsetzt. Und schließlich wollen wir noch mehr zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen, indem wir Energie- und Mobilitätswende gemeinsam vorantreiben. Der Erfolg der Elektromobilität setzt den Ausbau erneuerbarer Energien voraus. Und der Ausbau erneuerbarer Energien braucht flexible Speichermedien wie Elektroautos. Ein vom Land Hessen geförderter Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektroautos ist damit ein geeigneter Impulsgeber für Energie- und Mobilitätswende gleichermaßen.

## **Antragsbereich S: Satzungsändernde Anträge**

Antrag S1  
Kennnummer 12521  
Bezirk Hessen-Süd

### **Aufstellung der Landeslisten zu Bundes- und Landtagswahlen**

§ 5a wird wie folgt geändert:

- (1) Die Aufstellung der Landeslisten zu Bundestagswahlen erfolgt durch eine LandesvertreterInnenversammlung unter Einhaltung der Bestimmungen des jeweiligen Wahlgesetzes. Über die Aufstellung der Listen zur Landtagswahlen entscheidet der Landesparteitag.  
5 Der Abstimmung liegt ein Vorschlag des Landesvorstands zugrunde, der im Einvernehmen mit den beiden hessischen Bezirken zustande gekommen sein muss. Die Aufstellung der Landeslisten erfolgt alternierend: eine Frau, ein Mann, beginnend mit der Spitzenkandidatin oder dem Spitzenkandidaten.

10 **Begründung:**

Die Änderung erspart zusätzliche Wahlgänge in den Unterbezirken und eine doppelte Mandatsprüfung auf dem Landesparteitag, die weder vom Hessischen Wahlgesetz noch vom Organisationsstatut der SPD gefordert werden.

## **Antragsbereich B: Bildung**

Antrag B1  
Kennnummer 12510

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### **Übernahme der Schüler\*Innenbeförderungskosten für die Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildungen**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für eine Änderung des § 161 Hessisches Schulgesetz einzusetzen. Diese soll beinhalten, dass die Kosten für die Schüler\*Innenbeförderung nicht nur in der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I durch den Träger der  
5 Schüler\*Innenbeförderung übernommen werden, sondern auch für den Besuch der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) sowie der gesamten dualen Berufsausbildung. Das Land beteiligt sich analog der bisherigen Regelungen für die Sekundarstufe I an den Kosten.

**Begründung:**

- 10 Der Träger der Schüler\*Innenbeförderung übernimmt die Kosten der Schüler\*Innenbeförderung grundsätzlich - bei der Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs - für die Primarstufe, die

- Sekundarstufe I, das erste Jahr einer dualen Berufsausbildung und einiger weiterer Schulformen im Bereich der beruflichen Bildung. Während die Kosten für den Transfer zwischen Wohnung und Schule im Rahmen des Besuchs der Primar- sowie der Sekundarstufe I erstattet werden - der
- 15 Hauptschulabschluss und die mittlere Reife also unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Eltern erreicht werden können - hängt insbesondere der Besuch der Sekundarstufe II - und damit die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife - in einigen Fällen davon ab, ob die Eltern die Beförderungskosten zur Schule aufbringen können. Im Rahmen einer dualen Berufsausbildung werden die Kosten im ersten Ausbildungsjahr übernommen, anschließend jedoch nicht mehr.
- 20 Vor allem in ländlichen Regionen sind viele Schüler\*Innen darauf angewiesen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schule zu kommen. Fahrkarten sind jedoch insbesondere in diesen Gebieten sehr teuer. Wer die gymnasiale Oberstufe besuchen möchte verfügt darüber hinaus im Regelfall nicht über ein eigenes Einkommen. Im Zuge der Chancengerechtigkeit sollte der Staat daher die Beförderungskosten auch beim Besuch der gymnasialen Oberstufe übernehmen. Der Zugang zu
- 25 allen Stufen schulischer Bildung darf nicht daran scheitern, dass der Weg zur Schule zu teuer ist. Auszubildende beziehen zwar ein Ausbildungsentgelt, dieses sollte jedoch nicht schon durch die Kosten für den Weg zur Berufsschule aufgebraucht werden. Auch hier sollen daher, über das erste Ausbildungsjahr hinaus, die Beförderungskosten erstattet werden.

Antrag B2  
Kennnummer 12511

Jusos Hessen-Nord  
Jusos Hessen

### **Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen und Studiengängen für den öffentlichen Dienst etablieren**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Wir fordern die SPD Hessen und die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für die Etablierung des Pflichtfachs Englisch sowie weiterer Sprachen als Wahlfächer bei allen Ausbildungsberufen und Studiengängen im Bereich des öffentlichen Dienstes einzusetzen. Dies gilt insbesondere für den
- 5 Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten sowie das Studium für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst und alle Aufbaulehrgänge für die Grundlagen des Verwaltungshandelns. Der Unterricht soll dabei vor allem für die berufliche Praxis notwendiges Fachvokabular vermitteln und dem/der Auszubildenden bzw. Studierenden eine Konversation mit Menschen ermöglichen, die die deutsche Sprache nicht sprechen können.

10

#### **Begründung:**

- Seit einigen Jahren leben viele Menschen in Deutschland, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind, um Krieg und Verfolgung zu entgehen. Vor allem diese Menschen sehen sich regelmäßig der Situation ausgesetzt, Behördengänge tätigen zu müssen, um - bspw. im Rahmen ihres Asylverfahrens oder
- 15 weitergehender Hilfen - Anträge zu stellen. Gleiches gilt für EU-Bürger\*Innen, die in Deutschland ihre Arbeitnehmer\*Innenfreizügigkeit alleine oder zusammen mit ihren Familien wahrnehmen möchten.
- Deutsch sprechen nur wenige von ihnen, Englisch umso mehr. Momentan ist es jedoch nicht ohne weiteres möglich, bei einem Behördengang mit den Mitarbeiter\*Innen auch auf Englisch zu
- 20 kommunizieren. Das liegt zwar auch an jenen Kolleg\*Innen, die sich hinter der Regelung: "Die Amtssprache ist deutsch." aus § 23 Absatz 1 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz verschanzen, vor allem aber an der mangelhaften Ausbildung im Bereich der Fremdsprachen.
- In Hessen ist das Fach Englisch weder bei der Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten, noch im Rahmen des Studiums für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst Teil des

25 Lehrplans. Dies hat zur Folge, dass viele - gerade junge - Kolleg\*Innen zwar gerne auch auf Englisch beraten würden, sie dazu aber fachlich nicht in der Lage sind, da sie hierfür schlicht und ergreifend nicht ausgebildet wurden. In einer pluralistischen und proeuropäischen Gesellschaft sollte es daher selbstverständlich sein, dass der Staat seine Arbeitnehmer\*Innen und Beamt\*Innen dazu befähigt, Englisch im beruflichen Alltag sprechen zu können.

Antrag B3

Kennnummer 12528

Bezirk Hessen-Nord

### **Bildung im ländlichen Raum**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich einzusetzen für

- den Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote sowie gebührenfreie Kindertagesstätten
- ein wohnortnahes breit gefächertes Bildungsangebot sowie mehr (kostenlose)  
5 Ganztagsangebote und -schulen
- den Erhalt kleiner Schulstandorte im ländlichen Raum
- vollständige Lehrmittelfreiheit
- die Rücknahme der Stundenkürzungen bei den Grundschulen und im Bereich der  
Intensivbeschulung
- 10 • zusätzliche Lehrkräfte für Inklusion und Integration
- mehr Unterstützung für die Beschulung von Flüchtlingskindern
- den Ausbau und die Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit an allen Schulen
- schnellere Wiederbesetzung von Schulleitungsstellen  
(derzeit ca. 150 nicht besetzte Schulleitungs- bzw. Stellvertreterstellen)
- 15 • weniger befristet und mehr unbefristete Lehrverträge  
(derzeit ca. 4.500 befristete Arbeitsverträge)
- eine Bezahlung von befristeten Lehrkräften auch über die Schulferien hinaus, wie z.B. die  
Sommerferien (ca. 1.000 über die Sommerferien entlassene Lehrer/innen)
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer

20

#### **Begründung:**

Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit müssen für alle gelten – daher fordern wir mit Blick auf den ländlichen Raum ein breites wohnortnahes und kostenloses Bildungsangebot.

25 Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Die Gebührenfreiheit für Kitas ist uns genauso wichtig wie die kostenfreie Nutzung von Ganztagsangeboten. Wir fordern den Ausbau echter Ganztagschulen und lehnen den „Pakt für den Nachmittag“ ab, da er Eltern (*Schulgeld durch die Hintertür*) wie Kommunen viel Geld kostet. Ganztägige Bildung muss für die Eltern kostenfrei sein. Hessen ist bundesweit Schlusslicht beim

30 Ausbau von echten Ganztagschulen.

Gute Bildung und Chancengleichheit setzen Zugang zu allen Lehrmitteln und Lehrmaterialien für alle Schülerinnen und Schüler voraus. Bis heute müssen viel zu viele Zuzahlungen von Eltern geleistet werden. Daher ist es unabdingbar für eine tatsächliche Kostenfreiheit von Lernmaterialien zu sorgen.

35 Das flächendeckende Schulangebot im ländlichen Raum muss erhalten bleiben und auch kleine Grundschulen gesichert werden – hier gilt für uns nach wie vor das Motto: „Kurze Beine – kurze Wege!“

Die von der schwarz-grünen Landesregierung vorgenommenen Stundenkürzungen bei den Grundschulen (-150 Stellen) sowie die Heraufsetzung der Klassengrößen mit inklusiv beschulten

- 40 Kindern (von 20 auf 25 Kinder = -200 Lehrerstellen) sind unverantwortlich und haben die Lehr- und Lernbedingungen extrem erschwert.  
Den Schulen fehlt es für die Flüchtlingsbeschulung an Stunden und ebenso an Unterstützung für die dort eingesetzten Lehrkräfte.  
Die dringend benötigte Schulsozialarbeit an allen Schulen wird vom Land nicht unterstützt. Die im
- 45 Wahlkampf noch von der CDU versprochene Drittelfinanzierung ist vergessen und die Schulträger sowie Kommunen müssen diese wichtige und präventive Arbeit allein finanzieren. Daher fehlt sie an vielen Schulen. Ein flächendeckender Ausbau ist dringend erforderlich, um Schüler/innen und Eltern in schwierigen Phasen frühzeitig zu unterstützen sowie Beratungs-, Förder- und Hilfsangebote zu leisten.
- 50 Lehrerinnen und Lehrer können dies nicht leisten, sie müssen ohnehin schon unter erschwerten Bedingungen arbeiten: Zunehmende alters- und entwicklungs heterogene Gruppen, die Integration von Kindern ohne oder mit nur geringen Deutschkenntnissen, die Inklusion von Kindern mit Behinderungen und Beeinträchtigungen, die zunehmende Kooperation mit Kitas, weiterführenden Schulen und außerschulischen Partnern sowie zunehmende Verwaltungs- und
- 55 Dokumentationsaufgaben sind nur Teilbereiche der gewachsenen Herausforderungen und Anforderungen. Die vielen Klagen aus den Schulen sowie Überlastungsanzeigen der Pädagogen sprechen eine klare Sprache.  
Ein weiteres Indiz für die hohe Belastung an unseren Schulen sind die über 150 Schulleitungs- und Stellvertreter-Stellen, die über Jahre vakant sind. Hohe Arbeitsbelastung, zu wenig Deputatstunden
- 60 (freigestellte Stunden) und ein nur geringer finanzieller Anreiz führen dazu, dass es immer weniger Bewerber/innen für diese Funktionen gibt.  
Der sich nun abzeichnende Lehrermangel in allen Schulformen ist einer kurzsichtigen Bildungspolitik geschuldet. Die Landesregierung hat es versäumt, für ein attraktives Lehramtsstudium und unbefristete Lehrerstellen zu werben. Im Gegenteil: Jahrelang wurden ca. 5.000 Lehrkräfte mit
- 65 befristeten Verträgen bis hin zu Kettenverträgen (z.T. bis zu 8 Jahren) hingehalten, anstatt ihnen eine Perspektive zu bieten.  
Befristet angestellte Lehrer jedes Jahr aufs Neue in den Sommerferien für 6 Wochen in die Arbeitslosigkeit zu schicken, ist eine unsägliche Praxis. Etwa 1.000 Lehrkräfte mussten sich vor dem letzten Schuljahr arbeitslos melden, obwohl klar war, dass sie nach den Ferien wieder eingestellt
- 70 würden. Dies ist nicht nur verwerflich gegenüber den Sozialkassen, sondern frustriert jeden engagierten Pädagogen.

Antrag B4  
Kennnummer 12529  
Bezirk Hessen-Nord

### **Gebührenfreiheit des Studiums sicherstellen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Wir fordern die Landtagsfraktion dazu auf sich im Landtag und in Enquetekommission zur Neufassung der Hessischen Verfassung dafür einzusetzen, dass das Studium an den hessischen Hochschulen gebührenfrei bleiben muss und nicht durch die Hintertür Studiengebühren nach
- 5 Haushaltsslage eingeführt werden.

**Begründung:**

Ein gebührenfreies Studium ist essentieller Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Nur ein  
10 gebührenfreies Studium sichert den Zugang an die Hochschulen auch für diejenigen, die nicht über einen großen Geldbeutel verfügen. Dafür haben wir 2008 gekämpft und das haben wir im Hessischen Landtag beschlossen.

Die hessische SPD macht sich in der Enquetekommission zur Verfassungsreform stark für eine Verankerung des gebührenfreien Studiums in der Hessischen Verfassung. Die Regierungskoalition  
15 macht sich unter Federführung der Grünen für eine Verwässerung stark, die nur noch den ersten Studienabschnitt garantiert gebührenfrei beinhaltet. Der zweite Studienabschnitt, also das Masterstudium, soll je nach Kassenlage mit Gebühren belegt werden.

Gebührenfreie Bildung nach Kassenlage wird es mit uns nicht geben. Studium ohne Studiengebühren muss in die Hessische Verfassung.

20

Antrag B5

Kennnummer 12539

Jusos Hessen-Süd

**Sprache als zentraler Schlüssel**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Bei Eintritt in den Kindergarten werden durch Sprachstandsanalysen die sprachlichen Fähigkeiten überprüft. Bei Bedarf soll durch verpflichtende, kostenlose Sprachkurse eine ausreichende  
5 sprachliche Kompetenz („Basic interpersonal communicative skills“) bei Schuleintritt gewährleistet werden.

Für eine gute Zusammenarbeit zwischen Eltern und Pädagog\*innen muss eine Kommunikation sichergestellt werden, dazu wird bei Bedarf ein Dolmetscher benötigt

Die Sprachkurse sollen nur in Kleingruppen stattfinden.

10

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag B6

Kennnummer 12540

Jusos Hessen-Süd

**Keine Bildung 2. Klasse, die Ausbildung gehört gestärkt!**

- Die SPD setzt sich für eine Öffnung der Studentenwerke für Auszubildende ein und für eine entsprechende Reform des hessischen Studentenwerksgesetzes. Die Studentenwerke sollen zu Bildungsförderungswerken ausgebaut werden, die Beratungsangebote, Wohnraumversorgung und soziale Infrastruktur für Studierende und Auszubildende  
5 vorhalten. Die Verwaltungsräte der Bildungsförderungswerke sollen um Vertreter\*innen der Gewerkschaften und Auszubildendenvertretungen erweitert werden. Die

- Bildungsförderungswerke sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell auskömmlich auszustatten. Die SPD wird sich für die Einführung eines kostenfreien Meisterprogramms einsetzen. Dazu zählen die Abschaffung von Prüfungsgebühren, sowie eine Stärkung von staatlichen Vorbereitungskursen, die kostenfrei angeboten werden sollen. Des Weiteren soll sich die SPD auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Zuschussquote des Meister-Bafögs, wie beim studentischen Bafög, auf 50% erhöht wird.
- Die SPD setzt sich für eine grundlegende Evaluation bestehender Förderprogramme im Bereich Ausbildungsförderung ein. Sinnvolle Programme sollen verstetigt und wo sinnvoll zusammengelegt werden. Die Kommunen sind auskömmlich auszustatten, um Trägerstrukturen langfristig zu verstetigen. Ziel muss es sein den Bereich der Ausbildungsförderung von der Krankheit „Projektitis“ zu heilen, also dem ständigen Auflegen kurzfristiger Programme ohne anschließende Verstetigung“.
  - Die SPD setzt sich für ein Azubi-Ticket in Hessen ein, welches den Auszubildenden eine kostenlose Fahrt in Hessen ermöglicht.ü
  - Die SPD wird sich für eine Ausweitung des Rechts auf Bildungsurlaub einsetzen. Die Urlaubstage sollen auf 10 erhöht werden.
  - Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass das duale Studium stärker geregelt wird und in das BBiG eingeordnet wird

#### **Begründung:**

#### **Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum – auch für Auszubildende!**

Für uns stellen diese Forderungen zentrale Punkte eines erfolgreichen Wahlkampfes und eines Wahlprogrammes dar. Um Jugendliche und Auszubildende zu erreichen, müssen wir wieder deutlich machen, dass wir Anwalt ihrer Interessen sind und diese glaubhaft vertreten und in Verantwortung auch umsetzen.

Die Situation am Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren erheblich zugespitzt, die Mieten steigen immer weiter, das Angebot an bezahlbarem Wohnraum wird immer geringer. Dieser Umstand trifft nicht nur junge Studierende, sondern auch Auszubildende. Den Studierenden nehmen die Studierendenwerke etwas Luft aus dem Kessel – Auszubildende sind auf sich alleine gestellt. Sie müssen auf dem privaten Markt einen harten Kampf um günstigen Wohnraum führen. Mit einem Programm für den Bau von Wohnheimen für Auszubildende stärken wir wieder die Attraktivität einer Ausbildung und haben eine Möglichkeit die Lebensqualität von Azubis spürbar zu steigern. Diese Lösung stellt einen Weg dar, die Wohnsituation von Studierenden und Auszubildenden anzugleichen ohne sie gegeneinander auszuspielen. Lange Anreisen zum Ausbildungsort sollen der Vergangenheit angehören. Auszubildende müssen, wie Studierende auch, die Möglichkeit haben an dem Ort zu leben, an dem sie lernen. Die Forderungen von Vermietern gegenüber ihren Mietern sind auf ein extrem hohes Niveau gestiegen. Mit der Errichtung von Wohnheimen eröffnen wir auch den Azubis den Weg in die eigene Wohnung, die keine 3 Monats Mieten Kaution stellen, deren Eltern keine Bürgschaften für Mietforderungen übernehmen können. Gerade mit einer Zusammenarbeit über einen Träger kann man die Möglichkeit schaffen Gemeinschaftsorte zum Austausch zu schaffen und das Know-how anderer Träger, wie der Studierendenwerke zu nutzen.

#### **50 Wir brauchen den kostenfreien Meister – jetzt!**

Wenn wir uns für Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Hochschule einsetzen, müssen wir auch die Menschen fördern, die sich zum Meister weiterbilden und Facharbeiter\_innen werden möchten. Dieser steinige Weg ist mit hohen Gebühren gepflastert, die für viele frisch Ausgelernte kaum zu stemmen sind. Deshalb fordern wir echte Gebührenfreiheit ein. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Abschaffung der Prüfungsgebühren. Darüber hinaus sind die Kosten für Vorbereitungskurse sehr hoch. Dies hängt auch damit zusammen, dass private Bildungsträger auf diesem Markt Narrenfreiheit besitzen. Um eine inklusive, qualifizierte Weiterbildung zu garantieren, setzen wir uns für staatlich unterstützte Vorbereitungskurse ein.

#### **Modernisierung der Berufsschulen vorantreiben**

60

Wer über Fachkräftemangel und nicht ausreichender Qualifizierung der Auszubildenden redet, der muss auch die Modernisierung der Berufsschulen ins Auge nehmen. Ständig lesen wir von Investitionen in Schulen und den Universitäten. Doch wer sich die Berufsschulen anschaut, steht vor veralteter Technik, überholte Theorie/Lerninhalten und verrotteter Infrastruktur. Es muss sich was ändern. Wir dürfen nicht nur darüber reden, wie wichtig die Ausbildung ist – es muss sich auch anhand der Bildungseinrichtungen widerspiegeln. Nur wenn sich die Berufsschulen in einem guten technischen Zustand befinden kann garantiert werden, dass die Voraussetzung dafür erfüllt werden, um Lerninhalte auf die Bedürfnisse der Berufsschüler\_innen abgestimmt zu vermitteln. Daher brauchen wir jetzt Investitionen!

#### **70 Mobilität gehört zur Ausbildung – für ein kostenfreies Azubi-Ticket!**

Die SPD NRW macht es vor, wir sollten dem Folgen. Studierende können sich frei bewegen anhand ihres Semestertickets. Azubis müssen zwischen Arbeitsplatz, Wohnung und Berufsschule ständig pendeln. Oft sind Parkplätze Mangelware, wenn man überhaupt ein Auto besitzt. Für weitere Strecken innerhalb von Hessen bleiben mit einem Ausbildungsgehalt und den immer weiter steigenden Wohnungskosten kaum was übrig. Wir wollen, dass alle Auszubildenden ebenfalls die Möglichkeit gegeben wird, trotz steigender Kosten mobil zu sein. Und zwar Hessenweit!

#### **Recht auf Bildungsurlaub ausweiten - lebenslanges Lernen ermöglichen**

Die Arbeitswelt wird sich in Zukunft immer schneller und weitreichender verändern. Es ist unsere Aufgabe die Arbeitnehmer\_innen auf diesen Wandel vorzubereiten und ihnen die besten Rahmenbedingungen zu bieten, um Teil dieses Prozesses zu werden und nicht abgehängt zu werden. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht nur gute Arbeit zu schaffen, sondern auch den Wandel der Arbeitswelt im Sinne der Arbeiter\_innen zu gestalten. Dazu gehört es ihnen zu ermöglichen sich schwerpunktmäßig weiterzubilden. Diese Weiterbildung bezieht sich sowohl auf Schwerpunkte des eigenen Berufes, als auch die persönliche Weiterbildung. Des Weiteren gehört zur Weiterbildung auch die Möglichkeit ein weiterführendes Studium aufzunehmen.

#### **Duales Studium stärken**

Die Möglichkeiten ein Duales Studium aufzunehmen sind in den letzten Jahren immer vielfältiger geworden. Es besteht die Möglichkeit nahezu jeden Studiengang dual aufzunehmen. Diese Vielfalt bringt aber auch Probleme mit sich, da das Duale Studium keinen klaren Regularien, wie die betriebliche Ausbildung unterworfen ist. Gerade wo keine tariflichen Bindungen und Vereinbarungen vorhanden sind, sind die Studierenden der Willkür der Betriebe unterworfen.

## **Antragsbereich C: Arbeit, Wirtschaft und Energie**

Antrag C1

Kennnummer 12507

Unterbezirk Limburg-Weilburg  
(Bezirk Hessen-Süd)

### **Arbeit auf Abruf abschaffen!**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Bundes-SPD wird aufgefordert, das in §12 des Teilzeit- und Befristungsgesetz genannte Beschäftigungsverhältnis „Arbeit auf Abruf“ abzuschaffen und deshalb die Streichung des §12 TzBfG auf den Weg zu bringen.

### **Begründung:**

- Bei Arbeit auf Abruf handelt es sich um ein Arbeitsverhältnis, in dem der Beschäftigte seine Arbeitsleistung entsprechend dem Arbeitsanfall zu erbringen hat. D.h. ausschließlich die Vorgesetzten bestimmen, wann sie ihre Mitarbeiter einsetzen. Der Arbeitgeber kann dabei kurzfristig die Lage und teilweise auch das Volumen der von dem Beschäftigten zu erbringenden wöchentlichen Arbeitsleistung festlegen.
- Arbeitnehmerrechte werden bei diesem Beschäftigungsmodell mit Füßen getreten. Entgeltfortzahlungen bei Krankheit können zum Beispiel leicht umgangen werden, indem Arbeitgeber an diesen Tagen die Arbeit nicht „abrufen“. Auch kann durch die zu geringen und unregelmäßigen Lohnzahlungen kein Schutz vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut aufgebaut werden.
- Daneben sind durch die nicht festgelegten Arbeitseinsätze, die in drei von vier Fällen nicht im Rahmen der gesetzlichen Regelung vier Tage im Voraus angekündigt werden, Einkommen schwer planbar. Ein Ablehnen eines Arbeitseinsatzes ist nur in den seltensten Fällen möglich, da der Arbeitnehmer in einem enormen Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber steht. Mit solch einer Unsicherheit lässt sich keine Freizeit planen - ganz zu schweigen eine Familie aufbauen. Auch die gesundheitliche Belastung ist hier nicht außer Betracht zu lassen. Die ständige Ungewissheit, auseichend Geld in einem Monat zu verdienen, führt zu viel Stress, einem ungesunden Lebensrhythmus und – in Folge dessen- zu Krankheiten.
- Es muss sozialdemokratischer Anspruch sein, solche ausbeuterischen Beschäftigungsverhältnisse zu verbieten, die weder Mindestbedingungen des Arbeitsschutzes erfüllen, noch eine Vorsorge für Arbeitslosigkeit und Altersarmut bieten und Freizeit- und Familienplanungen zunichtemachen.

30

Antrag C2  
Kennnummer 12527  
Bezirk Hessen-Nord

### **Für eine soziale und nachhaltige Arbeitsgesellschaft**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

##### **Präambel:**

- Unser Ziel ist eine moderne, sozial integrierende und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft, die auf dem Recht auf Arbeit und dem Recht auf gesichertem Einkommen basiert.

##### **Thesen:**

1. Die in verschiedenen Formen ausgeübte Arbeit ist die Quelle des bisher erarbeiteten und des künftigen Wohlstands. Die sozial integrierende Arbeitsgesellschaft gewährleistet eine Beteiligung aller am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand, ein Niedriglohnsektor ist mit diesem Ziel unvereinbar.
2. Eine gerechte Entlohnung der Arbeit muss sich an Ihrem gesellschaftlichen Nutzen und an der körperlichen und geistigen Beanspruchung und den Fähigkeiten der Arbeitenden orientieren, nicht aber an ihrem Marktwert (Arbeit ist keine Ware).
3. Eine soziale und ökologisch nachhaltige Arbeitsgesellschaft begreift gute Arbeit für ein gutes Leben und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten durch solidarische und kooperative Arbeitsbeziehungen zwischen allen Menschen und Völkern als ihr Ziel.
4. Eine sozial integrierende Arbeitsgesellschaft verbindet höchstmögliche Freiheit und Flexibilität bei der Ausübung der Arbeit mit einer zuverlässigen sozialen Sicherung. Der Zugang zu den

- wesentlichen Grundgütern Nahrung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Kleidung, Bildung, Energie,
- 20 Kultur muss unabhängig vom Markt gesichert sein.
5. Eine moderne Arbeitsversicherung umfasst alle Formen der gesellschaftlich notwendigen bzw. nützlichen Arbeit, sichert Zeiten der Nichtbeschäftigung ab und gewährleistet Bildung und Qualifikation über das gesamte Arbeitsleben hinweg.
6. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ersetzt den marktgetriebenen Zwang zur Rentabilität durch
- 25 ihren wissensbasierten Drang zu Produktivität. Die Entfaltung der gesellschaftlichen Möglichkeiten der digitalen Technik setzt voraus, dass ihre Anwendung und Entwicklung nicht durch Eigentumsrechte eingeschränkt wird. Der Zwang zur Effizienz muss vor allem dort beseitigt werden, wo er Nachhaltigkeit und gutem Leben entgegensteht (z.B. Landwirtschaft, Fürsorge, Gesundheit, Bildung).
- 30 7. Eine moderne Arbeitsgesellschaft ist demokratisch, ihre Demokratie endet nicht am Werkstor. Die Konkurrenz zwischen Menschen und Staaten wird durch einen Wettbewerb um gutes und nachhaltiges Leben ersetzt. Es entsteht ein ergebnisoffener, produktiver Wettstreit verschiedener Arbeits- und Wirtschaftsformen (Markt, Staat, Kommune, Eigentumsformen, Sharing-Economy, Solidarwirtschaft, Subsistenzwirtschaft, Ökonomie des Prosumierens), indem sich nicht der Stärkere
- 35 durchsetzt, sondern das nachhaltig gesellschaftlich Nützlichere.
8. Zu einer modernen Arbeitsgesellschaft gehört ein gerechtes Steuersystem. Ziel ist eine Unternehmensbesteuerung, die Investitionen fördert und nicht Reichtum. Eine Einkommensbesteuerung erfolgt nach Leistungsfähigkeit und trägt zu einem sozialen Ausgleich bei.

#### 40 **Begründung:**

*Der Antrag ist das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeitsgruppe "Zukunft der Arbeit" der Arbeitsgemeinschaften AGS, AfA, AG 60plus und AfB.*

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag C3  
Kennnummer 12536

Jusos Hessen-Süd

### **Keine Generationenfrage - Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Gute Löhne und auskömmliche Renten sind zwei Seiten einer Medaille. Die Beschäftigten, die den Wohlstand unserer Gesellschaft erarbeiten, verdienen ihren fairen Anteil. Das gilt im Erwerbsleben aber auch im Ruhestand. Lohn- und Rentenentwicklung schaffen Verunsicherung und zehren am
- 5 Gerechtigkeitsempfinden der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gerade in diesen unsicheren Zeiten muss das Signal ausgehen: Der Sozialstaat ist handlungsfähig, der Generationenvertrag gilt, die Rente funktioniert.
- Besonders gefährlich ist es, dass spätestens seit dem Brexit im öffentlichen Diskurs wieder häufiger der Begriff „Generationengerechtigkeit“ instrumentalisiert wird. Mit diesem Begriff wollen uns die
- 10 Neoliberalen und die politische Rechte auf subtile Weise einen Interessenkonflikt zwischen den Jungen und den Alten einreden. Da passt es ins Bild, dass die jüngsten politischen Erdbeben von Brexit bis Donald Trumps Wahl zum US Präsidenten mehrheitlich auf die Stimmen der älteren Menschen zurückgehen. Und so wird die (Un-)Logik bis zur uns bewegenden Frage auskömmlicher Renten gespannt. Die Jungen sollen sich – so die Forderung – gegen die Klientelpolitik der Alten
- 15 erheben. Das ist bequem, weil es schwarz und weiß ist, weil es von den eigentlichen Ursachen von Altersarmut und von den wichtigen gesellschaftlichen Interessenkonflikten ablenkt. Es überrascht also niemanden, dass der Begriff „Generationengerechtigkeit“ ausgerechnet in einer Zeit häufiger

fällt, in dem „postfaktisch“ zum Wort des Jahres erklärt wird. Gerade jetzt brauchen wir den  
Schalterschluss zwischen den Generationen.

- 20 Denn am Ende geht es bei der Schaffung auskömmlicher Renten nicht um Partikularinteressen. Es geht um Respekt und Anerkennung für Lebensleistungen. Zentrale Herausforderung einer gerechten Rentenreform muss es sein, Altersarmut infolge atypischer Beschäftigung, Unterbrechungszeiten im Beruf oder Niedriglöhnen zu verhindern und den Lebensstandard von Normalverdienern wirksam abzusichern. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, hat ein Recht
- 25 darauf, seinen Lebensstandard zu halten. Davon werden die heute Jungen sogar am stärksten profitieren. Die Bekämpfung von Altersarmut ist konstitutiver Eckpfeiler einer Erwerbsgesellschaft.

#### **Zahl der Beitragszahlenden erhöhen**

- Die Altersstruktur des gesetzlichen Rentenversicherungssystems ist ein Problem. Immer weniger Beitragszahlenden standen zuletzt immer mehr Rentnerinnen und Rentner gegenüber. Ein
- 30 Umlageversicherungssystem verträgt eine solche Entwicklung nicht auf Dauer. Immer weniger Beitragszahlende müssen dann nämlich immer größere Summen aufbringen, die auf der Bezugsseite an die Rentnerinnen und Rentner ausgeschüttet werden. Das führt ohne strukturelle Veränderungen notgedrungen zu schrittweisen Erhöhungen der Beitragssätze. Dabei tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schon jetzt die Hauptlast bei der Finanzierung unseres
- 35 Sozialstaates. Eine Politik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kann eine Erhöhung der Sozialabgaben nicht wollen. Im Gegenteil müssen wir sogar Spielräume für Entlastungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen.

- Dazu braucht es einerseits die Integration von Zugewanderten in den Arbeitsmarkt um die problematische Altersstruktur der Rentenversicherung zu stabilisieren. Gleichzeitig heißt
- 40 nachhaltige Rentenpolitik aber auch, den Menschen berufliche Teilhabe zu ermöglichen, die aus eigener Kraft nicht mehr in Erwerbsarbeit kommen. Die Förderung von Beschäftigung ist daher mittelbar auch ein Instrument um Altersarmut zu verhindern. Gerade für Langzeitarbeitslose muss daher in größerem Umfang (Nach-)Qualifizierung und auch öffentliche Beschäftigung geschaffen werden. Andererseits muss gerade die politische Linke auch mit der Mär aufräumen, dass die Rente
- 45 nur aus den Fugen geraten sei, weil Menschen älter werden. Die Strukturprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung liegen an anderer Stelle: Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse nimmt ab. Und abhängige Beschäftigung spielt insgesamt eine immer geringere Rolle für Wachstum und Wohlstandsentwicklung. Gleichzeitig ist das System der Sozialversicherungen ausschließlich auf abhängige Beschäftigung zugeschnitten. Deswegen braucht es für eine gesunde Grundstruktur
- 50 auch einen zeitgemäßen Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung in eine solidarische Versicherung für alle Erwerbstätigen und alle Arten von Einkünften. Eine Versicherung für alle, in die auch Beamtinnen und Beamte, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler und Unternehmerinnen und Unternehmer einzahlen, erhöht die Summe der umlagefähigen Beiträge nachhaltig. Vor allem erfasst sie aber auch die vielen Menschen, die teils Millioneneinkünfte aus
- 55 Kapitalerträgen beziehen, bei der Steuer privilegiert werden und dennoch keinen Cent in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Eine zentrale Gerechtigkeitslücke unseres Sozialstaates würde dadurch geschlossen.

Das heißt im Ergebnis:

- Zugewanderte sollen schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- 60 • Langzeitarbeitslosen soll stärker als bisher geholfen werden, in Beschäftigung zu kommen. Dazu gehört Qualifizierung, Umschulung und Weiterbildung, aber auch die Schaffung von öffentlicher Beschäftigung.
- Das Strukturproblem der Rentenversicherung ist nicht die alternde Gesellschaft sondern die einseitige Fokussierung auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 65 • Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen bei den Sozialabgaben nicht stärker belastet werden.
- Ein gerechtes Rentenversicherungskonzept muss berücksichtigen, dass immer mehr Wohlstand von immer weniger Menschen erarbeitet wird (Bsp.: Finanzsektor)
- Wir wollen eine solidarische Rentenversicherung für alle, die insbesondere auch Einkünfte
- 70 aus Kapitalerträgen erfasst (Bsp.: Gewinne aus Wertpapiergeschäften).

### **Prekäre Beschäftigung eindämmen**

- Prekäre Beschäftigung ist die größte Hürde für eine auskömmliche Rente von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wer im Erwerbsleben von Minijobs und Werkverträgen (über-)leben muss, dem bleibt im Alter nicht mehr genug. Das gilt auch für Menschen, die trotz Arbeit am Ende des Monats aufstocken müssen. Das ist sowohl volkswirtschaftlich hoch problematisch, weil im Alter Sozialleistungen nötig werden und die Ausbeutung der Betroffenen dadurch auch noch mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird. Viel mehr verletzt es aber die Würde der Betroffenen, wenn sie trotz Beschäftigung im Alter nicht von der eigenen Rente leben können.
- 75
- 80 Geschäftsmodelle, die systematisch auf Ausbeutung und mangelnde soziale Absicherung fußen, dürfen nicht legal bleiben. Hier muss der Staat konsequent gegen Scheinselbstständigkeit vorgehen und die Kontrollen im Niedriglohnbereich erhöhen um sicherzustellen, dass geltendes Recht nicht flächendeckend unterlaufen wird. Im Niedriglohnbereich verbreitete Schwarzarbeit bedeutet, dass die Beschäftigten um ihre soziale Absicherung gebracht werden. Andererseits muss
- 85 der Staat aber seiner eigenen Vorbildfunktion gerecht werden, indem er atypische Beschäftigung im öffentlichen Dienst abbaut. Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet die öffentliche Hand beispielsweise im Lehrerdienst auf befristete Beschäftigung und Kettenverträge setzt, um auf dem Rücken der Beschäftigten in den Sommerferien Gehälter und Sozialabgaben einzusparen. Das heißt im Ergebnis:
- 90
- Scheinselbstständigkeit und andere Ausbeutungsmodelle sollen verboten werden.
  - Die Kontrollen im Niedriglohnbereich sollen erhöht werden, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht um ihre Rentenbeiträge geprellt werden.
  - Der öffentliche Dienst soll seiner Vorbildfunktion gerecht werden und befristete Beschäftigung soweit wie möglich in unbefristete Beschäftigung umwandeln.

95

### **Mehr Lohngerechtigkeit schaffen**

- Gute Renten brauchen gute Löhne. Lohnzurückhaltung ist eine Gefahr für das Ziel auskömmlicher Renten, weil das System darauf ausgelegt ist, dass Wachstum über höhere Löhne und höhere Beiträge auch den Rentnerinnen und Rentnern zugute kommt. Den Beschäftigten steht ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen zu. Dafür sollten wir uns einsetzen und den Gewerkschaften den Rücken stärken. Das gilt in besonderem Maße bei der Aufwertung von Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden (z.B. Sozialberufe). Wir wollen nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern auch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Klar ist, dass Löhne mit Ausnahme des gesetzlichen Mindestlohns, der steigen muss, nicht politisch festgelegt
- 100 werden. Aus gutem Grund werden Arbeitsbedingungen grundsätzlich zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt. Die Tarifautonomie gilt. Schwindende Tarifbindung, eine rückläufige Quote für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge, die Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und andere gesetzliche Lücken zeigen aber: Es gibt dennoch politischen Handlungsbedarf. Diesen sollte die SPD auch wahrnehmen. Insbesondere gehört die Benachteiligung von Leih- und Zeitarbeit bei
- 105 der Bezahlung und damit auch bei der Rente abgeschafft. Bessere Löhne können aber auch gefördert werden, indem der Staat mit seiner enormen Investitionskraft sozial verantwortlich umgeht. Öffentliche Leistungen sollten nicht grundsätzlich an den billigsten Anbieter vergeben werden. Allein durch ein Umdenken in der Vergabepraxis der öffentlichen Hand kann Lohngerechtigkeit gefördert werden ohne die Tarifautonomie zu verletzen.
- 110 Das heißt im Ergebnis:
- 115
- Die SPD soll zusammen mit den Gewerkschaften prüfen, ob und inwieweit schwindende Tarifbindung durch Ausweitungen von allgemeinverbindlichen Tarifverträgen erreicht werden können.
  - Sozialberufe sollen aufgewertet werden.
  - 120 • Die Benachteiligung bei Leih- und Zeitarbeit bei den Arbeitsbedingungen (vor allem Bezahlung) soll aufgehoben werden. Alle Beschäftigten in einem Betrieb sollen für die gleiche Tätigkeit zu den gleichen Bedingungen beschäftigt und gleich bezahlt werden.
  - Frauen sollen für die gleiche Tätigkeit den gleichen Lohn erhalten.
  - Der Mindestlohn soll steigen.
- 125

- Der Staat soll bei der öffentlichen Auftragsvergabe nur an sozial verantwortlich agierende Unternehmen vergeben. Das Prinzip des billigsten Anbieters soll aufgehoben werden

#### **Keine beitragsfremden Leistungen aus Beiträgen**

- 130 Die gesetzliche Rentenversicherung ist keine ausschließliche Versicherung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Längst ist die gesetzliche Rentenversicherung zur einem Vorsorgeinstrument für Viele geworden, die sich an ihrer Finanzierung nicht mit Beiträgen beteiligt haben. Die jüngst eingeführte "Mütterrente" ist nur ein Beispiel dafür. Für solche versicherungsfremden Leistungen gibt der Bund jährlich pauschal Steuerzuschüsse in die Rentenversicherung. Im Grundsatz sollte
- 135 allerdings gelten: Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben – wie die Absicherung von Menschen, die wegen häuslicher Arbeit oder Pflegearbeit von Angehörigen keiner Erwerbsarbeit nachgehen – sollten von allen solidarisch finanziert werden. Deswegen sollten solche versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenversicherung und auch einer künftig zu schaffenden Erwerbstätigenversicherung herausgelöst werden.
- 140 Das heißt im Ergebnis:
- Allgemeine sozialstaatliche Aufgaben sollen durch Steuern finanziert werden.
  - Ansprüche aus der Rentenversicherung sollen nur erworben werden, wenn zuvor auch Beiträge gezahlt worden sind.
- 145 **Solidarprinzip stärken, Umverteilung innerhalb der Rentenversicherung erhöhen**  
Als klassische Sozialversicherung sieht die Rentenversicherung grundsätzlich keinen Umverteilungseffekt von oben nach unten vor. Diese Idee mag noch in der Gründungszeit nachvollziehbar gewesen sein. Heute führt die krasse Einkommensspreizung bei gleichzeitig großen Unterschieden in der durchschnittlichen Lebenserwartung zu einer faktischen
- 150 Umverteilung der Renten von unten nach oben. Hochbezahlte Büroangestellte leben statistisch länger als Menschen, die körperlicher Arbeit nachgehen, und bekommen weit höhere Renten. Ohne eingebauten Umverteilungseffekt geht das Sozialversicherungsprinzip daher vor allem auf Kosten der unteren Lohngruppen, weil diese nicht nur in der Höhe der Rentenbezüge sondern bei niedrigerer Lebenserwartung auch in der zeitlichen Dauer der Bezüge weniger von ihren eigenen
- 155 Beiträgen profitieren. Dieser Missstand muss korrigiert werden. Stellschrauben sind auf der Beitragsseite eine Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Diese verhindert, dass für Einkünfte oberhalb von 76.200 EUR im Westen und 68.400 EUR im Osten Beiträge entrichtet werden. Weil sich die Reichen mit geringeren Anteilen an der Finanzierung der Rentenversicherung beteiligen, sind die Beitragssätze für alle anderen entsprechend hoch. Das muss sich ändern. Auf der
- 160 Bezugsseite braucht es eine Deckelung der Höchstrenten nach Schweizer Vorbild. In der Kombination hätte dies im oberen Bereich zur Folge, dass die Rente nicht jeden Lebensstandard der Topverdienerinnen und Topverdiener sondern einen auskömmlichen Lebensstandard für alle absichert. Für die große Mehrheit der Menschen könnten durch die frei werdenden Mittel die Renten steigen. Die Beitragssätze könnten für alle sinken[1]. Gerade für niedrige und mittlere
- 165 Einkommen hieße das massive Entlastungen. Von den Maßnahmen werden aber auch niedrige und mittlere Renten am stärksten profitieren. Ein solcher Mechanismus ist umso notwendiger, wenn durch den Umbau der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung auch Selbstständige, Freiberufler und Unternehmer einbezogen werden sollen, die ebenfalls tendenziell Aussicht auf vergleichsweise hohe Renten haben. Ein solcher Umverteilungseffekt verstößt dabei
- 170 entgegen vieler Behauptungen nicht gegen das sog. Äquivalenzprinzip, wonach sich Beiträge und Bezüge gegenseitig bedingen sollen. Denn: Das Äquivalenzprinzip gilt nicht absolut. Der Grundsatz, wonach nur Bezüge erhält, wer auch Beiträge gezahlt hat, bliebe erhalten. Die Bezüge stiegen auch weiterhin mit den Beiträgen. Topverdienerinnen und Topverdiener würden durch die Deckelung von sehr hohen Renten geringfügig beeinträchtigt. Zur Bekämpfung von Altersarmut als
- 175 Massenphänomen wäre das jedoch geboten.
- Das heißt im Ergebnis:
- Eine gerechte Rentenversicherung braucht künftig mehr Umverteilung.
  - Die Beitragssätze sollen für alle sinken, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigen und mittleren Einkünften entlastet werden.

180 Im Gegenzug soll die Beitragsbemessungsgrenze entfallen und die Höchstrenten nach Schweizer Vorbild gedeckelt werden (degressives Rentenversicherungsmodell). Die Rentenversicherung soll nicht den Lebensstandard der Topverdienerinnen und Topverdiener absichern, sondern einen auskömmlichen Lebensstandard für alle.

#### 185 **Solidarische Mindestrente einführen**

Diese Maßnahmen garantieren nicht in jedem Fall eine auskömmliche Rente. Brüche in der Erwerbsbiographie, atypische Beschäftigung, lange Beschäftigungszeiten zu niedrigen Löhnen würden auch trotz der genannten Maßnahmen zu niedrigen Rentenbezügen führen. Deswegen ist die Abwärtsspirale nach unten abzugrenzen. Wer 35 Jahre Beiträge gezahlt hat oder für häusliche Familien- und Pflegearbeit gleichrangige Zeiten angerechnet bekommen sollte, muss Anspruch auf eine gesetzliche Mindestrente haben, die sich in der Höhe von Sozialleistungen abhebt. Die Wertschätzung für Rentnerinnen und Rentnern ist und bleibt die Kehrseite der Wertschätzung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für die Mindestrente könnte der Staat die Mittel mobilisieren, die er bisher für unwirksame kapitalgedeckte private Vorsorge vorhält. Insbesondere soll die Riesterreute auslaufen.

195 Die Abwärtsspirale muss nach unten abgegrenzt werden.

Wer 35 Jahre mit Beiträgen in die Rentenversicherung eingezahlt hat oder entsprechende Anrechnungszeiten hat, sollte Anspruch eine solidarische Mindestrente haben, die sich der Höhe nach von Sozialleistungen abhebt.

200 Eine solidarische, gerechte und krisensichere Alterssicherung ist möglich. Sie ist im Interesse der Jungen wie Alten. Sie muss dabei mehr Beschäftigung wirksam fördern, die Veränderungen der Arbeitswelt berücksichtigen, alle Einkommensmodelle erfassen um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu entlasten und Altersarmut trotz Arbeit nach unten abgrenzen.

[1] Trotz Aufhebung der Bemessungsgrenze würde im Westen die Beitragsbelastung bis zu einem Jahreseinkommen von 125.000 EUR nicht steigen, wenn die Beitragssätze von 9,35 Prozentpunkten auf 5,7 Prozentpunkte sinken. Bei dieser Annahme läge der Beitragssatz immer noch oberhalb des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung in der Schweiz.

Antrag C4

Kennnummer 12537

Jusos Hessen-Süd

#### **Arbeitslosengeld Q konkret ausgestalten**

##### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die (Weiter-) Qualifizierung von Erwerbslosen beinhaltet auch die Möglichkeit eines weiteren Berufsabschlusses. Hierbei sollen bisher erlangte Kenntnisse, Qualifizierungen und Abschlüsse mit einberechnet werden

5

##### **Begründung:**

Der Arbeitsmarkt von heute ist vielfältig und ständig in Bewegung. Es erfordert nicht nur Hard-Skills, sondern auch Soft-Skills um sich weiterzuentwickeln und in der modernen Arbeitswelt anzukommen. Insofern ist das Konzept des Arbeitslosengelds Q in diesem Punkt klar zu begrüßen. Dennoch zählen, auch und gerade in Deutschland, förmliche Abschlüsse zu den wichtigsten Argumenten für eine Einstellung in einem Betrieb. Dies muss bei der Einführung des Arbeitslosengelds Q beachtet werden und somit sollte die Qualifizierung auch Möglichkeit eines

10

weiteren förmlichen Abschlusses beinhalten. Die Verkürzung der Ausbildungszeit kann durch 15 Anrechnung bereits erlangter Kenntnisse, Qualifizierungen und Abschlüsse erfolgen.

Antrag C5  
Kennnummer 12505  
Unterbezirk Fulda  
(Bezirk Hessen-Nord)

### **Gegen eine Rente ab 73**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD lehnt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ab.

5

#### **Begründung:**

Teile der CDU und der JU fordern ernsthaft, das Renteneintrittsalter auf 73 Jahre anzuheben, mit der Begründung, man müsse die Rentenkasse entlasten.

Die CDU scheint hier wohl zu vergessen, dass es innerhalb der Berufsgruppen große Unterschiede in der Arbeit und in der Art und Weise, wie sie ausgeführt werden, gibt. Man denke dabei an z.B.

10

Maurer, Dachdecker, Bauarbeiter aber auch Servicemitarbeiter, Sozialarbeiter usw. - wenige sind mit über 70 in der Lage, hier noch Höchstleistungen, wie sie tagtäglich auf dem deutschen Arbeitsmarkt gefordert werden, zu erbringen. Im Gegenteil - der Krankenstand nimmt aufgrund des gestiegenen Leistungsdrucks zu. Das lässt sich vor allem an den stetig steigenden Neuerkrankungen im psychischen Bereich feststellen und aber auch an den körperlichen Schäden, die man mit dem Alter auf sich nimmt.

15

Vielmehr ist die

Begründung, die Rentenkasse zu entlasten ungerechtfertigt! Es wäre schon ein großer Schritt, wenn man die Beitragsbemessungsgrenzen abschafft, welche Gutverdiener nur entlastet. Dieser „Wegfall“

20

wird aktuell vom kleinen Steuerzahler im Endeffekt nur wieder aufgefangen – um das aber zu ändern sollen die Leute länger arbeiten.

Mit der SPD darf es das auf gar keinen Fall geben!

Antrag C6  
Kennnummer 12538

Jusos Hessen-Süd

### **Für ein Recht auf Arbeit und Teilhabe! Den Produktivitätsfortschritt als Chance begreifen!**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD setzt sich für ein Recht auf Arbeit, eine umfassende staatliche Existenzsicherung, die Arbeitszeitverkürzung und eine positive Vision von der Gestaltung einer immer effizienteren Produktion ein. Wir wollen, den erwirtschafteten Wohlstand gerecht verteilen und mehr Freiräume

5

für alle schaffen.

Hierbei ist für uns zentral:

- Die konsequente Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung mit dem Ziel einer stetigen Demokratisierung der Wirtschaft,

- Die Schaffung eines solidarischen Beschäftigungssektors – insbesondere zur Aufwertung von
- 10 Pflege, Erziehungs- und Bildungsberufen,
- Eine faire Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeitvolumens durch Arbeitszeitverkürzung und die Sicherstellung ausreichender Freiräume für Familie, Freunden sowie ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen oder Organisationen
- Die Ausweitung der finanziellen und ideellen Förderung ehrenamtlicher Carearbeit,
- 15 - Die Abschaffung aller Sanktionen im ALG II und die erheblichen Ausweitung der finanziellen Grundsicherung
- Die besondere und zielgerichtete Förderung und Unterstützung hilfsbedürftiger Menschen

### **Begründung:**

- 20 Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist immer wieder Thema in der öffentlichen Debatte. Die Befürwörter\*innen kommen dabei aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen. Zunehmend finden sich auch Befürworter\*innen auf der Unternehmer\*innenseite. Die Argumentation scheint einfach. In einer zunehmend rationalisierten Arbeitswelt gibt es immer weniger Arbeit. Und ohnehin ist es ungerecht, dass unsere Gesellschaft auf Arbeit basiert und
- 25 Menschen täglich Arbeitsleid ertragen müssen. Wieso also nicht einfach die Vorteile der Rationalisierung nutzen und die Menschen ohne Leid ausbezahlen? Dieser Logik, dass Arbeit und die Teilhabe an der Produktion nichts Anderes sei als eine leidvolle Pflicht, widersprechen wir entschieden! Beraubt man die Arbeitnehmer\*innen ihrer Möglichkeit an der Produktion teilzuhaben, dann beraubt man sie eben auch der Möglichkeit über diese
- 30 mitzubestimmen.
- Die Arbeit und der Beruf prägen viele Menschen und sind wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens in unserer Gesellschaft. Hätten die antiken Hochkulturen ihre Fortschritte in der Landwirtschaft genutzt, um einem Teil der Bauern eine bedingungslose Grundration an Weizen zu spendieren und sie von der Arbeit frei zu stellen, wäre die Kultur, Schrift und der menschliche Fortschritt, wie wir ihn
- 35 kennen wohl nie entstanden!
- 1. Wir wollen die betriebliche Mitbestimmung stärken und nicht schwächen!**
- In einer zunehmend rationalisierten Arbeitswelt gibt es immer weniger Arbeit. Wenn sich diese Arbeit auf immer weniger Arbeitnehmer\*innen verteilt, führt der Prozess unweigerlich dazu, dass die Machtverhältnisse in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem neugeordnet werden.
- 40 Betriebliche Mitbestimmung würde für die immer weniger werdenden Arbeitnehmer\*innen zunehmend erschwert, die gewerkschaftliche Position geschwächt. Die Besitzer\*innen der Produktionsmittel verfügen über die alleinige Entscheidungsgewalt über alle Prozesse. Auf langer Sicht führt das zu einer noch stärkeren Spaltung und hin zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die nicht Besitzenden immer weniger Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten haben,
- 45 wohingegen sich die Macht auf einen zunehmend kleiner werdenden Kreis von Besitzenden konzentriert. Die Arbeit muss gleichmäßiger verteilt werden und eben nicht einfach eine Gruppe von Menschen geschaffen werden, die als Grundeinkommensempfänger\*innen von der gesellschaftlichen Teilhabe, die über die Arbeit stattfindet, ausgeschlossen sind.
- Natürlich muss neben der Machtfrage beim Faktor Arbeit auch eine Neuverteilung der Macht über
- 50 die Produktionsmittel angestrebt werden, denn sonst wird unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften. Der Fortschritt ermöglicht ein besseres Morgen, aber es zu gestalten ist Aufgabe der Politik!
- 2. Die diskutierten Modelle des Bedingungslosen Grundeinkommens verhindern gesellschaftliche Teilhabe**
- 55 Die Logik des BGE geht dann auf, wenn andere Sozialleistungen gekürzt und letztendlich eingestellt werden. Wird allerdings der Gedanke der Inklusion ernst genommen, ist es notwendig, die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe **aller Menschen** zu ermöglichen. Durch das BGE werden systematisch Menschen ausgeschlossen, die auf zusätzliche Hilfen angewiesen sind. Das kann beispielsweise der Rollstuhl für Menschen sein, die nicht selbstständig laufen können. Aber auch in
- 60 anderen Fällen können Menschen auf (finanzielle) Unterstützung angewiesen sein, die über das BGE hinausgeht. Sollen diese Menschen nicht von der Teilhabe ausgeschlossen werden, müssen sozialstaatliche Leistungen weiterhin erbracht werden.

### 3. Berufe im sozialen Sektor

Während Berufe im Industriesektor zunehmend rationalisiert werden, gibt es Berufe in Bereichen, in denen der menschliche Kontakt besonders wichtig ist – in der Pflege, in Kindertagesstätten, an Schulen und in weiteren Bereichen könnten neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer\*innen geschaffen werden. Diese Perspektive ist besonders dann wichtig, wenn in einer zunehmend rationalisierten Arbeitswelt menschliche Arbeit weiterhin eine wichtige Rolle spielt. Wir wollen die freiwerdende Arbeitskraft nutzen, um Bereiche in denen dringend mehr Arbeit gebraucht wird zu stärken: Das heißt mehr Geld und mehr Stellen für Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Pflege und in anderen Bereichen, die bisher vernachlässigt wurden.

### 4. Die diskutierten Modelle des Bedingungslosen Grundeinkommens führen zu niedrigeren Löhnen

Das BGE kann zu einem niedrigeren Lohnniveau führen. Die Unternehmen sind nicht mehr dazu gezwungen, unterhaltssichernde Löhne zu zahlen, da die Arbeitnehmer\*innen bereits durch das BGE einen Grundstock an Einkommen erhalten. Wenn das BGE aber eine realistische Höhe annimmt, ist damit zwar ein Grundunterhalt gesichert, aber keine soziale Absicherung möglich. Deswegen sind Arbeitnehmer\*innen auf Jobs (je nach Höhe des BGE eben auch auf schlecht bezahlte) angewiesen, was die Einkommensschere weiter auseinandertreibt.

### 5. Für ein Recht auf Arbeit

Häufig ist die Logik hinter dem BGE, dass die Selbstverwirklichung der Menschen verhindert wird, weil sie gezwungen seien zu arbeiten, statt anderen Interessen und Aufgaben nachgehen zu können. Schließlich müssen sie ihren Lebensunterhalt verdienen. Für die Sozialdemokratie ist Arbeit seit jeher aber viel mehr als der Lebensunterhalt. Arbeit ist Teil von Selbstverwirklichung und immer auch Sinnstiftung. Die Möglichkeiten des technologischen Fortschritts könnten und sollten daher vielmehr darauf verwendet werden, **Arbeit für alle** zu schaffen.

Die sinkende Anzahl von Arbeitsplätzen in der Industrie kann um Arbeitsplätze im staatlichen Dienstleistungsbereich erweitert werden. Wenn die dann immer noch geringere Anzahl von Arbeitsplätzen durch Arbeitszeitverkürzungen auf alle verteilt wird, entstünden die nötigen Freiräume zur Verwirklichung außerhalb des Berufs. 2030 könnte eine durchschnittliche 15 Stunde Woche ausreichen. Tatsächlich haben wir in den vergangenen Jahrzehnten nichts Anderes als Arbeitszeitverkürzung erlebt, denn Massenarbeitslosigkeit ist nichts Anderes als sozialunverträgliche Arbeitszeitverkürzung. Auch die Masse an Teilzeit und Minijobs spiegelt diese Entwicklung wieder. Die gesamte Stundenzahl an Arbeit ist seit Jahrzehnten tendenziell rückläufig. Gleichzeitig bedeutet eine durchschnittliche 15 Stunde Woche ausreichend Zeit, anderen Interessen und Tätigkeiten nachgehen zu können. So werden bei (nahezu) Vollbeschäftigung die Freiheiten für **alle** Mitglieder der Gesellschaft geschaffen, sich in anderen Bereichen zu engagieren, sei es in der Familie, im Ehrenamt, im Verein, etc.

## Antragsbereich D: Mobilität, Infrastruktur und Wohnen

Antrag D1  
Kennnummer 12508  
Unterbezirk Limburg-Weilburg  
(Bezirk Hessen-Süd)

### Land und Stadt gemeinsam denken! - Für mehr Attraktivität im ländlichen Raum

#### Resolution

Seit Jahren verschärfen sich die sozialen und gesellschaftlichen Konflikte in Stadt und Land. Anspruch sozialdemokratischer Politik muss es sein, eine ganzheitliche Entwicklungsstrategie zu entwickeln. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land.

5 Spitzen sich die unterschiedlichen strukturellen Schwierigkeiten auf dem Land zu, verschärfen sich meist im Umkehrschluss die sozialen Problemlagen in der Stadt.

So haben die Aussicht auf sichere Arbeitsplätze, die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, ein bezahlbarer und guter öffentlicher Personen Nahverkehr, sowie schnelles Internet – als nur

10 beispielhafte Aufzählung - unmittelbaren Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung der ländlichen Kommunen.

Sehen immer weniger – gerade junge Menschen – eine Perspektive, in ihrem „Heimatort“ ein gutes Leben zu führen, werden sie sich um Wohnalternativen in größeren Städten bemühen. Dies führt unweigerlich zu einem höheren Aufkommen an potentiellen Mieterinnen und Mietern und damit

15 zu einer Verschlechterung der Situation für all jene, die bezahlbaren Wohnraum in Städten wie Frankfurt, aber auch in Metropolregionen, wie dem Rhein-Main-Gebiet, suchen.

Wir brauchen daher einen Marshall-Plan, getragen von allen politischen Ebenen, um den ländlichen Raum und unsere Städte, bei aller Verschiedenheit, in Fragen der Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Lebenshaltungskosten wieder näher aneinander heran zu

20 führen und dem immer weiteren Auseinanderdriften Einhalt zu gebieten. Dabei ist völlig klar, dass es sozialdemokratischer Anspruch sein muss, eine Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge im gesamten Land sicherzustellen, die es Menschen erlaubt, aus freien Stücken und ohne soziale Zwänge ihren Wohnort und Lebensmittelpunkt zu bestimmen.

Zur Erreichung dieser Ziele sind aus unserer Sicht folgende Handlungsfelder für die Zukunft des

25 ländlichen Raums wichtig:

#### Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten

Durch die schwierige finanzielle Situation vieler Gemeinden werden notwendige Investitionen immer wieder verschoben oder gar ganz verworfen. So wird der Anschluss an die Zukunft verpasst.

30 Damit geht meist einher, dass bestehende Standards zurückgefahren werden. Gerade jedoch in diesem Feld liegt der Schlüssel für die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Dies beginnt bereits mit einem intensiveren Engagement im Bereich der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Deshalb muss sich das Land hier besonders einbringen. Angefangen bei einer Steigerung der Attraktivität des Berufs Landarzt/in. Weiterhin ist dafür zu sorgen, dass

35 Hausarztpraxen dauerhaft wohnortnah erhalten werden. Ergänzt werden soll dies durch die Gestaltung dezentraler Konzepte für abgelegene Gegenden, zum Beispiel durch den Einsatz von mobilen Gesundheitsbetreuern. Wichtig ist auch, unsere kommunalen Krankenhäuser zu erhalten.

Neben der kommunalen Gesundheitsversorgung ist ein weiterer Schwerpunkt bei der öffentlichen Daseinsvorsorge auf die Bildung zu legen. Um jungen Familien eine Perspektive in ländlichen

40 Gebieten zu geben, muss auch die Attraktivität gerade im Bereich frühkindlicher Bildung gesteigert werden. Neben ausreichend KiTa-Plätzen ist vor allem auf die vollständige Kostenfreiheit der KiTa Wert zu legen. Im Bereich der Grundschulen fordern wir die Landesregierung auf, Grundschulen auch in kleineren Gemeinden zu erhalten. Um den Herausforderungen- gerade im ländlichen

- Raum- gerecht zu werden, sind die Richtwerte für Klassengrößen und Lehrer\*innenzuweisungen
- 45 auf die Gegebenheiten vor Ort anzupassen.  
Die Sicherstellung der Bargeldversorgung hat gerade im ländliche Raum eine hervorgehobene Bedeutung. Deshalb sind Sparkassen als kommunale Einrichtungen in der Fläche zu erhalten. Die Bargeldversorgung hat insbesondere für die ältere Bevölkerung eine besondere Bedeutung. Hier ist auch nach alternativen Konzepten zu suchen (z.B. fahrende Geschäftsstellen).
- 50 Arbeitsplätze im ländlichen Raum sind von essentieller Bedeutung, um für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Die öffentliche Daseinsvorsorge setzt hierfür wichtige Voraussetzungen, die allerdings nur ein erster Schritt sein können. Deshalb sind Kreis-, Landes- und Bundesbehörden in der Fläche zu erhalten, anstatt diese zu zentralisieren. Eine weitere wichtige Maßnahme ist der Ausbau von universitären Forschungseinrichtungen außerhalb des jeweiligen
- 55 Hochschulstandorts. So können Kooperationen mit der heimischen Wirtschaft aufgebaut werden, um die Attraktivität des ländlichen Raumes für KMU zu erhöhen.

### **Stadt und Land zusammen denken, für eine gemeinsame Verkehrsentwicklung**

- Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität. Die jetzt schon hohe Bevölkerungsdichte in der
- 60 Rhein-Main-Region, ihr rasantes Bevölkerungswachstum und ihre Bedeutung für Berufspendler zwingen zu einer Neuaufstellung in der Verkehrspolitik. Die Verkehrswende wollen wir dabei aktiv gestalten und sie nicht den freien Kräften des Marktes überlassen. Der Schwerpunkt liegt für uns bei der Aufwertung des öffentlichen Personenverkehrs durch ein flächendeckendes Angebot, schrittweise Kostenfreiheit, Verlässlichkeit und attraktive Taktung.
- 65 Für dieses Ziel braucht es einerseits zusätzliche Infrastruktur, insbesondere die Reaktivierung und den Ausbau von Schienenstrecken, um die unterschiedlichen Mobilitätsansprüche der Menschen zu erfüllen. Hierbei ist der Ausbau durch Erhöhung von Planungskapazitäten und Verkürzung von Planungszeiten zu beschleunigen. Andererseits muss die vorhandene Infrastruktur künftig auch intelligenter ausgelastet werden. Das betrifft gerade das Wechselspiel zwischen unterschiedlichen
- 70 Verkehrsträgern, die in Zukunft besser auf einander abgestimmt sein müssen, aber auch die Steigerung der Effizienz im motorisierten Individualverkehr (bspw. durch Ridesharing). Wir wollen dabei die Verkehrsentwicklung nicht isoliert denken, sondern im Zusammenspiel mit einer ganzheitlichen Regionalentwicklung. Indirekt geht es auch immer darum, Wohnalternativen jenseits des urbanen attraktiv zu machen und damit das dortige Bevölkerungswachstum im
- 75 Interesse aller zu entschleunigen.

### **Kommunalen Wohnungsbau fördern**

- Während in wachsenden Städten und Gemeinden die Schaffung von neuem Wohnraum im Vordergrund steht, müssen zahlreiche Gemeinden in schrumpfenden Regionen in Um- oder
- 80 Rückbaumaßnahmen und damit auch in einen nachhaltigen Abriss investieren. Insgesamt stehen in Deutschland derzeit über 1,7 Mio. Wohnungen leer. Die Bewältigung der unterschiedlichen Aufgaben setzt ein Zusammenwirken aller im Bereich Wohnen und Bauen tätigen Akteure einschließlich der Wohnungsunternehmen, der Mieter, aber auch der Eigentümer voraus. Auch müssen die wohnungspolitischen Instrumente von Bund, Ländern und Gemeinden noch enger
- 85 verzahnt und aufeinander abgestimmt werden.  
In den Städten und Gemeinden mit Wohnungsknappheit muss sowohl im freifinanzierten als auch im geförderten Wohnungsbau bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Die benötigten Investitionen in den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau erfordern dabei ein klares Bekenntnis von Bund und Ländern zum sozialen Wohnungsbau. Die vom Bund derzeit bereit
- 90 gestellten Zuschüsse pro Jahr müssen insbesondere von den Ländern in gleicher Höhe mitfinanziert werden und in die soziale Wohnraumförderung fließen. Die Länder sind aufgefordert, diese Mittel zweckgebunden einzusetzen und ihre Wohnraumförderungsprogramme so zu gestalten, dass auch den unterschiedlichen regionalen und örtlichen Bedarfen Rechnung getragen wird.

### **95 Dorfwirkungsprogramme endlich verwirklichen**

Die dörflichen Strukturen im ländlichen Raum haben sich vielerorts bereits verändert. Wenn Neubauten entstehen, dann in Wohngebieten, welche an den Ortsrändern ausgewiesen wurden.

Häuser in den Dorfkernen stehen immer öfter leer und verfallen langsam. Es muss Ziel der Landespolitik sein, die Kommunen aktiv bei der Entwicklung von Konzepten gegen den Leerstand 100 und für die Belebung der Dorfkern zu unterstützen. Dorfgemeinschaftshäuser als Kommunikations- und Treffpunkte eines Ortes müssen dauerhaft erhalten bleiben. Deshalb fordern wir ein landesweites Dorferneuerungsprogramm. Dieses soll beinhalten, dass kommunale Einrichtungen wie Bürgerhäuser, Bibliotheken und Schwimmbäder erhalten werden können.

Antrag D2  
Kennnummer 12518

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### **Solidarticket für Hessen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Das Land Hessen führt in den Verkehrsverbänden Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV), Nordhessischer Verkehrsverbund (NVV) und Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) für hessische Bürger\*innen ein kostenloses Solidarticket für SchülerInnen, Azubis, Menschen, die in
- 5 Freiwilligendiensten beschäftigt sind, ALG II-Empfänger\*innen und Grundsicherungsempfänger\*innen, ein. Die Kosten für das Solidarticket sollen vom Land Hessen getragen werden. Als finales Ziel soll der ÖPNV für alle Menschen kostenfrei gestaltet werden.

#### **Begründung:**

- 10 Zur öffentlichen Daseinsfürsorge gehört ein gewisses Maß an öffentlichen Verkehrsmitteln dazu. Gleichzeitig muss es auch möglichst vielen Personen ermöglicht werden, den ÖPNV nutzen zu können. Häufig schrecken die verhältnismäßig hohen Kosten vor einer Nutzung von Bus, Bahn und Co. ab, obwohl eine stärkere Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln volkswirtschaftlich sinnvoller sein könnte.
- 15 Bestimmte Personengruppen sind wesentlich stärker auf die Nutzung des ÖPNV angewiesen, insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehören etwa Schüler\*innen, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres zumeist keine Alternative zu Bus und Bahn haben, um den Schulweg zu bestreiten, Gleiches gilt, je nach Alter bei Ausbildungsbeginn, auch für Auszubildende. In jedem Fall spielen die Kosten für ein Ticket eine große Rolle. Zwar werden diese bei Schülern\*innen bis zur Vollendung der
- 20 Mittelstufe übernommen, ältere Schüler\*innen oder Auszubildende müssen hingegen die zumeist unverhältnismäßig teuren und unflexiblen Tickets und Tarife in Anspruch nehmen. So ist man beispielsweise auf eine bestimmte Strecke oder eine bestimmte Zeit beschränkt, sodass man für Kultur und Freizeit zusätzliche Kosten für die Nutzung des ÖPNV einplanen muss. Dazu gehören etwa Schüler\*innen, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres zumeist keine Alternative zu Bus und
- 25 Bahn haben, um den Schulweg zu bestreiten und auch danach nur im Glücksfall individuell mobil sind.  
Ein Solidarticket könnte gerade für diese beiden Personengruppen mit beschränkten finanziellen Mitteln einen echten Mehrwert schaffen. Ähnlich wie mit einem Semesterticket hätten sie die Möglichkeit der freien Nutzung des ÖPNV-Angebots. Darüber hinaus könnten die Verkehrsverbände
- 30 mit einer höheren Anzahl an Nutzern rechnen, sodass sie ihr Angebot gezielt verbessern und ausweiten könnten. Das Ticket kann gerade auch im Wettstreit der Bundesländer eine Art Wettbewerbsvorteil für das Land Hessen generieren sowie die Form einer indirekten Steuersenkung einnehmen, da die Familien von Schüler\*innen und Auszubildenden über mehr finanzielle Mittel verfügen könnten.
- 35 Auch weitere Personengruppen, z.B. Senior\*innen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, sollten von einem Solidarticket profitieren können.

- Letztendlich soll das Solidarticket die Bevölkerungsgruppen unterstützen, die unverhältnismäßig hohe Kosten bei der Nutzung des ÖPNV haben und/oder einen überdurchschnittlichen Nutzen aus der Nutzung des ÖPNV ziehen bzw. auch der Gesellschaft durch ihre Nutzung einen Nutzen stiften.
- 40 Finanziell schwache Bevölkerungsgruppen bzw. Personengruppen mit einem hohen Bedarf an Mobilität sollen das Solidarticket kostenlos erhalten, Bevölkerungsgruppen mit höherem Einkommen haben die Möglichkeit für einen günstigen Preis ein Solidarticket zu ersteigern. Das Solidarticket soll im besten Fall für ganz Hessen, falls nicht, dann für einen Verkehrsverbund gelten. Durch die höhere Nutzung des ÖPNV fallen zwar zunächst mehr Kosten an, gleichzeitig steigt jedoch
- 45 das Angebot in Qualität und Quantität, so dass öffentliche Verkehrsmittel auch für eine größere Zahl an Personen attraktiv werden könnten.

Antrag D3  
Kennnummer 12520  
Bezirk Hessen-Nord

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### **Ausnahmegenehmigungen für unbegleitetes Fahren**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Die SPD-Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmegenehmigungen für ein unbegleitetes Fahren von PKW mit 17 Jahren erteilt werden.
- 5 Junge Menschen, die sich gerade für den ländlichen Raum als Wohnort entscheiden, müssen zu vernünftigen Bedingungen zum Ausbildungsplatz kommen. Ebenso kann einem Bewerbermangel bei Gewerbebetrieben in diesen Gebieten vorgebeugt werden. Dabei müssen Bedingungen geschaffen werden, die auch tatsächlich erfüllbar sind. Des Weiteren steht die SPD trotzdem noch zur Ausweitung des ÖPNV im ländlichen Raum, um allen
- 10 Menschen Teilhabe und Mobilität zu ermöglichen.

#### **Begründung:**

- Das Angebot des ÖPNV ist gerade in ländlichen Räumen in den letzten Jahren zunehmend geringer geworden. Busverbindungen von kleinen Dörfern gibt es zum Teil nur sehr sporadisch.
- 15 Zugverbindungen existieren hier gar nicht. Jungen Menschen, die in diesen Ortschaften leben, kann es daher schwer fallen, ihre Ausbildungsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Zum Teil müssen sie lange Anfahrtszeiten und das Umsteigen von einem Verkehrsmittel zu einem andern in Kauf nehmen. Diese Umstände können im Einzelfall zu unzumutbaren Härten führen, bei denen es notwendig ist, dass schon vor dem 18. Lebensjahr eine Fahrerlaubnis erteilt wird, bei der keine
- 20 Begleitung anwesend sein muss. Dabei stehen nicht organisatorische Vorteile oder Bequemlichkeit im Vordergrund. Vielmehr müssen zuvor alle zumutbaren Möglichkeiten ausgenutzt werden (siehe auch Urteil des VG Braunschweig, Az. 6 B 411/07).
- Das Mindestalter für eine Fahrerlaubnis der Klasse B (PKW) beträgt nach § 10 Abs. 1 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) grundsätzlich 18 Jahre. Bereits jetzt ermächtigt § 74 FeV in bestimmten Einzelfällen die Genehmigung von Ausnahmen. Dies wird in den Bundesländern höchst
- 25 unterschiedlich angewandt. Während im Kreis Siegen-Wittgenstein (NRW) jährlich rund 30 Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, konnte im gesamten Bundesland Hessen bisher noch kein Härtefall belegt werden (Quellen: [www.hessenschau.de](http://www.hessenschau.de) / [www.op-marburg.de](http://www.op-marburg.de)). Zwar rechtfertigen verkehrswissenschaftliche Erkenntnisse eine restriktive Genehmigungspraxis für
- 30 unbegleitetes Fahren mit 17 Jahren. Das kann aber nicht dazu führen, dass derart hohe Anforderungen gestellt werden, die in keinem Fall zu erfüllen sind.

### **Für eine gute Verkehrsinfrastruktur in Nordhessen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Nordhessen liegt in der Mitte Deutschlands und im Herzen Europas. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung für eine weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Region. Die große Koalition hat mit der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans die Voraussetzungen
- 5 dafür geschaffen, dass wichtige Verkehrsprojekte in unserer Region vorankommen (u.a. A4, A44 und A49).
- Anders die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen: Hier gibt es einen Sanierungsstau von rund 4 Mrd. Euro allein im Bereich des Straßenbaus. Hessen stellt aber insgesamt zu wenig Mittel für den Landesstraßenbau im Landeshaushalt bereit. Damit zeigt sich deutlich, dass die schwarz-grüne
- 10 Landesregierung auf Verschleiß fährt. Auch beim ÖPNV und beim Güterverkehr sowie bei der Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger gibt es noch Nachholbedarf.
- Die SPD Hessen fordert daher:
- Einen Vorrang für den Erhalt der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur.
- Eine deutliche Anhebung der jährlichen Investitionen in die Straßeninfrastruktur des Landes Hessen.
- 15 Den Erhalt und den Ausbau der Planungskompetenz von Hessen-Mobil. Aufgrund von Personalkürzungen im Bereich der Straßen- und Verkehrsverwaltung können die notwendigen Planungsaufgaben des Landes nicht in ausreichendem Maß bewältigt werden und verzögern somit unnötig wichtige Infrastrukturinvestitionen. Wir brauchen ein Ende der Politik des personellen Aderlasses in der hessischen Straßenbauverwaltung.
- 20 Der Vernetzung der Infrastruktur der einzelnen Verkehrsträger einen besonderen Schwerpunkt einzuräumen.
- Neben der leistungsfähigen Straßeninfrastruktur brauchen wir die Weiterentwicklung und den Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Güter- und Personenverkehr in Nordhessen. Die Mitte-Deutschlandverbindung muss endlich kommen.
- 25 Die weitere Stärkung und Sicherung des ÖPNVs im ländlichen Raum. Hier gilt es, zusammen mit dem Nordhessischen Verkehrsverbund innovative Konzepte zu erarbeiten, damit auch in kleinen Dörfern weiterhin Mobilität ohne eigenes Auto sichergestellt werden kann.
- Nordhessen hat eine starke Mobilitätswirtschaft und ist Logistikregion. Um die damit verbundenen verkehrlichen Herausforderungen bewältigen zu können, braucht Hessen endlich ein
- 30 Logistikkonzept, das nicht allein auf die Straße setzt, sondern auch im Güterverkehr die Vernetzung der Verkehrsträger stärker fördert.
- Die deutliche Aufstockung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur muss verbunden werden mit einer nachhaltigen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Angebots für den öffentlichen Verkehr. Jobtickets für Landesbedienstete und Schülertickets allein reichen nicht aus. Mobilität muss für alle
- 35 Bevölkerungsgruppen bezahlbar sein und bleiben.
- Den Lärmschutz an Bundesautobahnen zu verbessern und die Richtwerte für aktiven Lärmschutz für Neu- und Ausbau auch auf bestehende Strecken zu übertragen.
- Die Ausweitung der Lkw-Maut auf allen Straßen und auf den Linienfernbusverkehr als notwendiges Mittel zur Finanzierung der Infrastrukturinvestitionen.
- 40 Öffentliche Infrastruktur wie beispielsweise Straßen- und Schienenverkehrswege müssen öffentliches Vermögen und Eigentum bleiben. Privatisierungsüberlegungen erteilen wir eine klare Absage.
- Einen Ausbau des Radwegnetzes. Das Fahrrad ist längst nicht mehr nur ein Freizeit- oder Sportgerät. Für viele Menschen ist es zu einer echten Altnative für den Weg zur Arbeit geworden. Wir wollen,

45 dass neue Radwege und Fernradwege bei künftigen Verkehrsplanungen verstärkt berücksichtigt werden.

**Begründung:** Erfolgt mündlich.

## **Antragsbereich E: Familie, Gleichstellung und Soziales**

Antrag E1

Kennnummer 12524

Bezirk Hessen-Nord

### **Bundesteilhabegesetz – Entscheidung zugunsten des LWV als Träger der Eingliederungshilfe**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- 5 Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ist eine umfangreiche Neuregelung und Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auf den Weg gebracht worden. Die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe und Etablierung als eigenständiger Leistungsbereich stellt einen großen Schritt in Richtung eines modernen und personenzentrierten Ansatzes für die Teilhabe dar.
- 10 Nunmehr ist es erforderlich, dass der Landesgesetzgeber, frühzeitig eine Entscheidung zugunsten des LandesWohlfahrtsverbandes als Träger der Eingliederungshilfe trifft. Die Herausforderungen durch das BTHG sind so groß, dass nur ein in der Eingliederungshilfe erfahrener Träger hinreichend gewährleisten kann, dass auch künftig die Leistungen effektiv und effizient nach landesweit einheitlichen Standards erbracht werden.
- 15 Der Landesparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunalen Spitzenverbänden auf für die künftige Zuständigkeitsverteilung in der Eingliederungshilfe in einem „3-stufigen Lebensabschnittsmodell“ einzutreten.  
**Der Landesparteitag erkennt an, dass der LWV Hessen sich seiner hohen Verantwortung für behinderte Menschen in Hessen bewusst ist und auch zukünftig seine Rolle als institutioneller**
- 20 **Integrator zwischen Kostenträgern, Leistungserbringern und dem Land Hessen aktiv wahrnehmen wird.**

Antrag E2  
Kennnummer 12541

Jusos Hessen-Süd

### **Zwei-Klassen-Medizin überwinden - Bürger\*innenversicherung einführen!**

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Wir wollen die zwei Klassenmedizin beenden und eine echte Bürger\*innenversicherung einführen, in die alle Bürger\*innen auf gleiche Weise einzahlen und die eine gleichwertige Versorgung für alle Bürger\*innen ermöglicht. Die Versicherungspflichtgrenze wird aufgehoben: Alle neu zu Versicherenden werden automatisch in die Bürger\*innenversicherung aufgenommen. Bisher Privatversicherte wird ein leichter Wechsel in die Bürgerversicherung ermöglicht, wobei ihre Altersrückstellungen mitgenommen werden.

10 Wir möchten eine neue einheitliche Honorarordnung für medizinische Leistungen, damit sich die Vergütung für alle Patient\*innen nach ihrem medizinischen Behandlungsbedarf und nicht nach ihrem Versicherungsstatus richtet.

15 Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen wieder paritätisch entrichtet werden. Wir wollen die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und alle Einkunftsarten in die Finanzierung der Krankenversicherung einbeziehen. Die Beitragssätze für Selbständige in der gesetzlichen Krankenversicherung sollen sich stärker als bisher am Einkommen bemessen.

20 Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversicherungen mehr anbieten; alle in der Bürger\*innenversicherung Versicherten können bei den privaten Versicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen (Brillenversicherung, Zahnzusatzversicherung etc.) abschließen.

Der Bund wird verpflichtet die Investitionskosten der Krankenhäuser zu decken, damit diese nicht dem kapitalistischen Konkurrenzdenken und Umsatzwachstumswang unterlegen sind, sondern die bestmögliche und effizienteste medizinische Versorgung der Patient\*innen die einzige Maßgabe ist.

25 **Begründung:**  
Erfolgt mündlich.

30

Antrag E3  
Kennnummer 12542

Jusos Hessen-Süd

### **Konversionstherapie gehört abgeschafft**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

Konversionstherapie ist menschenunwürdig. Sie fügt Patienten permanenten Schaden zu und führt sogar zu selbsterstörerischen und suizidalen Handlungen. Die konkrete Anwendung ist sowohl bei Minderjährigen, als auch bei Erwachsenen zu verbieten.

5 Konversionstherapie wird wie folgt definiert: Als **Konversionstherapie** (auch *Reorientierungstherapie*, "Reparativtherapie", von lat. conversio: Umwandlung, Bekehrung) sind pseudowissenschaftliche

Therapieangebote zu verstehen, die bei Homosexuellen entweder ein Interesse an heterosexuellen Sexualkontakten wecken oder zumindest ihre homosexuelle Orientierung unterbinden bzw. sogar in ein asexuelles Verhalten umwandeln sollen. Diese Therapieform setzt die falsche Annahme voraus, dass Homosexualität „heilbar“ bzw. ab erziehbar sei.

Die Klassifizierungen für Therapien ICD-10 F66.0 und F66.1 sollen bereits nach der 2ten Therapie Stunde überprüft werden und nicht mehr nach der 25sten. Krankenkassen sind verpflichtet diese Überprüfung vorzunehmen

15	F66.0	Sexuelle Reifungskrise	
20		Info:	Die betroffene Person leidet unter einer Unsicherheit hinsichtlich ihrer Geschlechtsidentität oder sexuellen Orientierung, mit Ängsten oder Depressionen. Meist kommt dies bei Heranwachsenden vor, die sich hinsichtlich ihrer homo-, hetero- oder bisexuellen Orientierung nicht sicher sind; oder bei Menschen, die nach einer Zeit scheinbar stabiler sexueller Orientierung, oftmals in einer lange dauernden Beziehung, die Erfahrung machen, dass sich ihre sexuelle Orientierung ändert.
25	F66.1	Ichdystone Sexualorientierung	
30		Info:	Die Geschlechtsidentität oder sexuelle Ausrichtung (heterosexuell, homosexuell, bisexuell oder präpubertär) ist eindeutig, aber die betroffene Person hat den Wunsch, dass diese wegen begleitender psychischer oder Verhaltensstörungen anders wäre und unterzieht sich möglicherweise einer Behandlung, um diese zu ändern.

**Begründung:**

Konversions- „Therapie“ ist ein Form der Therapie, bei der es zuvor ein festes Ziel gibt. Der Patient oder die Patientin sollen am Ende der Therapie Heterosexuell sein, oder notfalls asexuell. Es gibt vergleichsweise harmlose Formen dieser „Therapie“, wobei Ärzte oder Therapeuten, mit suggestiven Fragen versuchen den Patienten oder die Patientin zu verunsichern: „Sind Sie sicher, dass Sie einen Homosexuellen Lebensstil führen wollen?“ oder „Versuchen sie es doch einfach mal mit Männern/ Frauen“. Mit harmlos ist jedoch nur die Methodik zu bezeichnen, für den Patienten kann auch diese Art der „Behandlung“ gravierende Folgen haben. In den extremeren Formen wird jede andere Form der Sexualität als Symptom für ein Trauma abgetan. Diese Form wird meist von gut organisierten Verbänden wie beispielsweise Wüstenstrom betrieben. Jedes Ereignis, dass im Leben des Patienten oder der Patientin unangenehm war, wird als Auslöser gewertet. Besonders beliebt ist dabei es über die Eltern zu begründen, im folgenden Beispiel ist das unangenehme Ereignis eine Scheidung. Gibt beispielsweise eine Patientin an ein besseres Verhältnis zu ihrem Vater zu haben, wird der Umkehrschluss gezogen, also das Verhältnis zur Mutter sei nicht sonderlich ausgeprägt. Deshalb suche sie dann Frauen als Partnerinnen. Umgekehrt, ist das Verhältnis zur Mutter besser, wird der Patientin eingeredet sie sei eigentlich nur unterbewusst wütend auf ihren Vater und ist deshalb nicht an Männern interessiert. Eine perfide Logik, bei der es völlig unbedeutend ist, wie die Patientin antwortet.

In jedem Fall geht es darum, dass der Patient oder die Patientin, dazu zu bewegen seine, beziehungsweise ihre Sexualität zu unterdrücken.

So funktioniert das Konzept der „Therapie“. Besonders wichtig ist es jetzt noch die Ursachen zu betrachten, warum auch Erwachsene sich teilweise in eine solche Behandlung begeben.

In der heutigen Gesellschaft wird Homosexualität zwar weitläufig toleriert, strukturelle Diskriminierung ist jedoch immer noch vorhanden. Ressentiments und Vorurteile sind noch immer vorhanden. Dieser Hass und diese Ablehnung sind der Grund für die deutlich höhere Erkrankung an Paranoia, Depressionen und Angstattacken, aber auch die fast dreimal so häufigen Suizidversuche. Dabei handelt es sich hier noch generell um Homosexuelle und Bisexuelle Menschen, also nicht speziell jene, die sich einer „Therapie“ unterzogen haben. Nach einer solchen Therapie, entwickeln

die Patientinnen oder Patienten meist Essstörungen und die Anfälligkeit für Depressionen und suizidale Gedanken und Taten erhöht sich noch weiter.

In der „Therapie“ wird dagegen die Homosexualität als Grund verankert für diese psychischen Probleme. Das im Hinterkopf behaltend, muss man sich vergegenwärtigen, dass Sexualität nichts 65 ist, was sich im Jugendalter immer festigt. Es gibt viele Fälle wo Menschen erst im weiteren Verlauf ihres Lebens bemerkten, dass sie sich doch zu einem anderen Geschlecht, als bisher hingezogen fühlen.

Bisherige Beschlusslagen in anderen Parteien oder vereinzelt Juso Landesverbänden, wollen meist nur diese Therapie an Minderjährigen verbieten. Durch die strukturelle Diskriminierung und die 70 erlebte Ablehnung im Alltag, kann auch ein erwachsener Mensch, den Wunsch entwickeln, nicht länger homosexuell zu sein. Wenn er sich dann in eben diese „Therapie“ begibt, ist diese für ihn oder sie immer noch lebensgefährlich. Es sollte folglich klar sein, dass es keine Altersgruppe gibt, die nicht von dieser „Therapieform“ betroffen sein kann.

75 Die

Begründung, warum solche Therapieformen unter Strafe gestellt gehören in einem Satz: Homosexualität oder auch Bisexualität sind keine Krankheiten und diese Menschen haben nie, werden nie und brauchen auch heute keine „Heilung“.

Antrag E4

Kennnummer 12550

Jusos Hessen-Süd

### **Equal Care - Nur das ist Fair!**

#### **Der Parteitag möge beschließen:**

Dass der Equal Care Day nicht nur alle 4 Jahre stattfindet, sondern dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jedes Jahr am 31. März an die Doppelbelastung von Frauen\* 5 erinnert. Außerdem soll durch die Organisation oder Teilnahme an Veranstaltungen/Aktionen/Demos/etc. an diesem Tag auch innerhalb der Partei mehr Sensibilität für das Thema entwickelt werden.

#### **Begründung:**

##### 10 **Was ist eigentlich Reproduktionsarbeit?**

Auch wenn, im Gegensatz zur produktiven Arbeit, am Ende der reproduktiven Arbeit kein greifbares Produkt steht, hat sie für die Gesellschaft einen enormen Wert. Zur Reproduktionsarbeit gehört die 15 Sorgearbeit, wie Kindererziehung, Hausarbeit und Pflegearbeit. Das kann sowohl in Form von Erwerbsarbeit, wie bei Krankenpfleger\*innen oder Erzieher\*innen passieren, oder auf unbezahlter, privater Basis.

#### **Das Problem**

Die Reproduktionsarbeit wird in Deutschland zu 80% von Frauen\* geleistet. Gleichzeitig muss frau\* 20 auch wirtschaftlich erfolgreich sein, um ihr Leben unabhängig zu leben. Das führt zu einer enormen Doppelbelastung.

Diese Ungerechtigkeit lässt sich in Zahlen anschaulich machen: Insgesamt arbeiten Frauen\* pro Woche 45,5 Stunden, Männer\* eine Stunde weniger. Doch rund zwei Drittel der Arbeit von Frauen\* ist unbezahlt. Bei Männern\* ist es weniger als die Hälfte. Hinzu kommt, dass 45% aller

25 erwerbsfähigen Frauen\* in Teilzeit arbeiten. Noch prekärer ist die Situation für Mütter. Sie arbeiten im Schnitt 7 Stunden weniger bezahlt und 15 Stunden mehr unbezahlt, als kinderlose Frauen\*. Doch das Problem betrifft natürlich nicht nur Mütter. Auch Frauen\*, die in kinderlosen Partnerschaften leben, in denen beide Vollzeit arbeiten, machen einen Großteil der Hausarbeit. Mehr sogar als alleinstehende Frauen\*. Das macht deutlich, wie selbstverständlich es für viele  
30 Männer\* immer noch ist, dass die Frau\* Haushalt, Familie und ein eigenes Arbeitsleben unter einen Hut bringen muss. Auch Männer\*, die von ihrer Partnerschaft behaupten, sie sei gleichberechtigt und emanzipiert, sprechen häufig nur davon, dass sie ihrer Frau\* im Haushalt *helfen* würden. Das demonstriert ein weiteres Mal, dass die Hauptverantwortung im Haushalt in den Köpfen vieler noch immer bei der  
35 Frau\* zu liegen hat. Diese Verantwortung obliegt auch der Gesellschaft und gegebenenfalls den Partner\*innen. Noch abstruser ist die Idee, dass die Verantwortung für den Haushalt an veraltete Rollenklischees gekettet ist. Die Doppelbelastung aus Sorgearbeit und Beruf führt auch zu gesellschaftlichen Einschränkungen für Frauen\*. Dazu gehört, dass Frauen\* weniger Zeit haben für anderes (z.B. politisches)  
40 gesellschaftliches Engagement. Ein Problem, das auch bei uns schmerzhaft zu spüren ist. Taurig aber vermutlich wahr: Es ist davon auszugehen, dass die Wertschätzung der Reproduktionsarbeit proportional zur Beteiligung von mehr Männern\* führen würde. Daher sind hier die Männer\* in der Pflicht, vermeintlich unliebsame Arbeiten nicht auf Frauen\* abzuschieben. Außerdem würde ein größerer männlicher\* Anteil in Sorgeberufen auch deren gerechte Entlohnung  
45 fördern.

### **Equal Care Day**

Der Equal Care Day wurde ins Leben gerufen, um an genau diese Ungleichheit in der Last der Reproduktionsarbeit zwischen Männern\* und Frauen\* zu erinnern. Alle *vier* Jahre wird er am 29.  
50 Februar begangen. Damit wird demonstriert, dass Männer\* die Arbeit, die Frauen\* in einem Jahr machen, erst nach vier Jahren geleistet haben. Es ist richtig, dass das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen\* und Jugend an die Doppelbelastung von Frauen\* erinnert. Wir möchten nicht darauf hinweisen, wie wenig Männer\* in der Reproduktionsarbeit machen, sondern darauf, wie viel Frauen\* in diesem Gebiet leisten.  
55 **Wir fordern, dass der Equal Care Day nicht nur alle 4 Jahre stattfindet, sondern jedes Jahr am 31. März.** Das ist der Tag, an dem Frauen\* seit Jahresbeginn so viel Reproduktionsarbeit geleistet haben, wie Männer\* es im gesamten Jahr tun werden. Sorgearbeit ist Alltag für alle Frauen\*. Es kann nicht ausreichen, nur alle vier Jahre auf den Gender-  
60 Care-Gap aufmerksam zu machen. Natürlich kann der ECD erst einmal nur für Aufmerksamkeit sorgen, es müssen konkrete Schritte folgen, durch die Frauen\* entlastet werden können. Dazu gehört, dass Lohngleichheit geschaffen werden muss, denn ungleiche Löhne stehen gleicher Verteilung der Sorgearbeit entgegen. Bitte stimmt diesem Antrag zu, um gemeinsam mehr Aufmerksamkeit auf das Problem der ungleichen Verteilung von Reproduktionsarbeit zu lenken.

Antrag E5  
Kennnummer 12554  
Unterbezirk Lahn-Dill  
(Bezirk Hessen-Süd)

### **Der Landeswohlfahrtsverband muss erhalten bleiben!**

#### **Der Parteitag möge beschließen:**

Der Landesparteitag spricht sich für den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbands Hessen und seiner  
5 Einrichtungen aus!

#### **Begründung:**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben federführend dafür gesorgt, dass das  
Bundesteilhabegesetz zur Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderungen  
10 Inkrafttreten konnte, ein großer sozialpolitischer Erfolg!  
Wir wollen, dass sich nun auch weitere Verbesserungen im Sinne einer echten Inklusion mit einem  
einklagbaren individuellen Rechtsanspruch ergeben. Dazu brauchen wir moderne Konzepte der  
Eingliederungshilfe, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt, mit einem starken LWV  
in guter Partnerschaft mit dem  
15 Lahn-Dill-Kreis. Daher sieht das neue Bundesteilhabegesetz bis zum Jahresende 2017 eine  
Neuregelung der Zuständigkeiten in der Eingliederungshilfe vor, weil die veraltete Unterteilung in  
ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen endlich abgeschafft wird!  
Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, die Lebenssituation der Menschen mit  
Behinderungen Ernst zu nehmen und den LWV erneut als Träger der Eingliederungshilfe für  
20 Erwachsene zu beauftragen!  
In unserer Region wurden im vergangenen Jahr 2676 Menschen durch den LWV gefördert und in  
21 Einrichtungen, beispielsweise durch die Lebenshilfen Dillenburg und Wetzlar/Weilburg,  
betreut.  
Diese wichtige Aufgabe wollen wir weiter beim LWV verankert wissen, der Verband ist ein  
25 wertvoller Garant für Inklusion und moderner personenbezogener Sozialpolitik in Hessen und im  
Lahn-Dill-Kreis.  
Auch als größter kommunaler Krankenhausträger, bei uns Vitos Herborn, ist der LWV gut  
aufgestellt und leistet durch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertvolle und  
unverzichtbare Arbeit in der psychiatrischen Versorgung unserer Bevölkerung.

## **Antragsbereich F: Innenpolitik und Recht**

Antrag F1  
Kennnummer 12513  
Unterbezirk Kassel-Stadt  
(Bezirk Hessen-Nord)

Bezirk Hessen-Nord

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

## Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler

### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der effektiv rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleiberecht für Flüchtlinge, die Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für die Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren gelten. Der Landesparteitag fordert daher, dieses Konzept auch in Hessen zu übernehmen, um Straftaten erfolgreich einzuschränken und Opfern rechter Gewalt Schutz und Sicherheit zu bieten.

### **10 Begründung:**

- In Hessen gab es laut den hessischen Ermittlern alleine im Jahr 2015 mindestens 42 politisch rechts motivierte gewaltsame Übergriffe auf Asylsuchende und Flüchtlingsheime. Das brandenburgische Konzept in Hessen umzusetzen wäre ein wichtiger Schritt, präventiv Straftaten gegen Flüchtlingen vorzubeugen, da rechtsradikal motivierte Straftaten eine positive Auswirkung auf die Bleibeperspektive der betroffenen Flüchtlinge haben werden.

Antrag F2

Kennnummer 12514

Bezirk Hessen-Nord

Jusos Hessen

Jusos Hessen-Nord

## **"Hesse ist, wer Hesse sein will" – Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung**

### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Wir fordern die SPD Hessen sowie die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag dazu auf, sich gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung einzusetzen. Wir fordern eine Präambel frei von religiös-weltanschaulichen Formulierungen, die offen ist für alle in Hessen lebenden Menschen im Sinne der vom ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn formulierten Worte: "Hesse ist, wer Hesse sein will."

### **Begründung:**

- Seit 1946 lautet die Präambel der hessischen Verfassung:
- 10 "In der Überzeugung, daß Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der deutschen Republik diese Verfassung gegeben."
- Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag beabsichtigt, im Zuge des aktuellen Verfassungsreformprozesses die Präambel wie folgt zu ändern:
- 15 „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, in dem Willen, Würde, Leben und Freiheit des Einzelnen zu achten, den Wohlstand der Menschen zu fördern, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen, den Frieden zu sichern, den Rechtsstaat zu erhalten und als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland einem vereinten Europa und der Welt zu dienen, hat sich Hessen,
- 20 eingedenk seiner Geschichte und christlich-humanistischen Tradition, ausgehend von den leidvollen Erfahrungen totalitärer Gewaltherrschaft und in der Überzeugung, dass Deutschland nur als

demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, diese Verfassung gegeben.“

25

Antrag F3  
Kennnummer 12530  
Bezirk Hessen-Nord

### **Änderung des Rundfunkstaatsvertrags**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Im Rahmen der Digitalisierung muss die Sozialdemokratie sich für eine Modernisierung und Änderung des Rundfunkstaatsvertrags (RStV) einsetzen.

- 5 Im §2 des RStV steht beschrieben, wie das deutsche Recht Rundfunk bewertet. Dies betrifft, in Ermangelung eines modernisierten Gesetzes, auch die Medienangebote, die das Internet anbietet. Das führt dazu, dass halbwegs regelmäßige Streams (über YouTube, Twitch und andere Streamanbieter) ab 500 Zuschauern eine Rundfunklizenz benötigen – die jährlich zwischen 2.500€ und 10.000€ kosten würde. Vor allem bei geringen Zuschauerzahlen und einer Einschränkung der
- 10 Rentabilität der Content-Erschaffer, würde das faktisch zum Aus von den meisten, wenn nicht allen, Streams in Deutschland führen. Dies gilt es zu verhindern, da wir davon ausgehen, dass jeder Mensch sich selbst sein mediales Unterhaltungsprogramm aussuchen kann. Die Beibehaltung des RStV in der jetzigen Form würde dazu führen, dass die Vielfalt im Netz in Deutschland stark eingeschränkt würde, wogegen die SPD sich positionieren muss. Deshalb setzen wir uns für ein
- 15 Verbot privater Gebühren für die Mediennutzung ein.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Antrag F4  
Kennnummer 12546

Jusos Hessen-Süd

### **Kompatible Computerprogramme Polizei**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Innenministerkonferenz wird aufgefordert sich für kompatible Computerprogramme für die polizeiliche Datenverarbeitung – und Analyse einzusetzen. Ziel ist eine Vereinfachung der

5 Polizeiarbeit zwischen den Behörden.

1. Die Vereinheitlichung der Polizei der Länder. In Sachen Führung, Kooperation, Formulare, Datenverarbeitung (Auskunftssysteme, Einwohnermeldeamt, Vorgangsdaten) ...
  2. Sicherstellen gleichwertiger Arbeitsverhältnisse in Sachen Beurteilung, Bezüge, Arbeitszeit und
- 10 - In Hessen -

3. Abschaffen des verfassungsfraglichen Wachpolizei-Wesens. Klarstellung hoheitlicher Aufgaben, welche von Beamten wahrgenommen werden. Keine angestellten Waffenträger, ohne langfristig soziale Absicherung. In Folge, Wiedereinführung des mittleren Dienstes.
4. Schaffen gleichwertiger Arbeitsverhältnisse in Sachen Beurteilung, Bezüge, Arbeitszeit und
- 15 Heilfürsorge. Im Vergleich zu anderen „Geberländern“.
5. Erzeugen eines geschlossenen Sicherheitsgefüges durch ein sozialeres Arbeitsumfeld. Eine Behörde deren Mitarbeiter sich insgesamt im Stich gelassen und unsicher fühlen, kann nach außen keine Sicherheit vermitteln.
6. Neues Gesundheitsmanagement durch:
- 20 a. Flexiblere Ausrüstungsgestaltung sowie Beschaffung.  
 b. Verbesserung des Sport- und Gesundheitsmanagement. 8h Dienstsport pro Monat, davon 2h Schieß- oder Selbstverteidigungs- bzw. Einsatztraining.  
 c. 39h Arbeitswoche im Schichtdienst, davon 1h für das Lebensarbeitszeit-Konto.  
 d. Schaffen von Sozial- und Sporträumen auf jeder Dienststelle.
- 25 7. Schwereres Auswahlverfahren im Bereich soziale Kompetenz  
 a. Komplette Überarbeitung des Einstellungstestes, mehr Gruppenaufgaben und Gespräche, realitätsnaher Stressresistenztest, Konfliktlösungskompetenz durch Streit- und Konfliktkonfrontation.  
 b. Bewertung der „Leistungsbereitschaft“ bei Langzeitbelastung.
- 30 8. Praxisnähere Ausbildung  
 a. 4 Jahre Ausbildung (gehobener Dienst), davon 1 ½ Jahr Grundlagen (Inhalte mittlerer Dienst kompakt) dann Option im mittleren Dienst verweilen (+1 Jahr Abschluss mittlerer Dienst) oder Aufbaustudium 3 Jahre (inkl. Praktika).  
 b. Wöchentlich Einsatztraining, Sport, Selbstverteidigung (Fesselung) während der gesamten
- 35 Ausbildung.  
 c. Im Bereich Psychologie vermehrt Rollenspiele mit Kommunikation und Konflikten.  
 d. Möglichkeit der Entlassung von Auszubildenden durch ein Ausbildergrremium.
9. Mentoring beim Stellenwechsel oder Aufstieg, in allen Tätigkeitsbereichen, um Erfahrungswerte zu vermitteln und zu bewahren.
- 40 10. Hinterfragen der Stellung des Innenministers und dessen Einfluss auf die Polizei.  
 11. Mehr Ausbildungsplätze bei der Polizei  
 12. Eine gleichmäßige Verteilung der neuen Polizeivollzugsbeamtinnen und Beamten in der Fläche.  
 13. Die Wiedereinführung des mittleren Polizeivollzugsdienstes, um Berufsperspektiven bei der Polizei auch für Absolventinnen und Absolventen mit mittlerer Reife zu schaffen.
- 45 14. Eine angemessene Bezahlung der Polizeibeamtinnen und –beamten.  
 15. Die Möglichkeit der Weiterqualifizierung und entsprechende Aufstiegsmöglichkeit für die derzeitigen Mitarbeiter im freiwilligen Polizeidienst.

#### **Begründung:**

- 50 Jede Partei brüstet sich mit mehr Geld und Personal für die Polizei, entscheidend ist jedoch, dass man sich im Klaren sein muss **wofür** man Geld und Personal **wie** am besten einsetzt. Ein kaputt gewirtschaftetes System wird nicht geheilt indem man mehr Ressourcen hineinsteckt. Man muss das System ändern. Wir haben bereits viele gute Ansätze. Man muss dem System der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) zugestehen, dass es gute Ansätze liefert. Aber wie so häufig muss
- 55 man bei Behörden peinlich genau auf die Umsetzung achten. Sonst geht alles seinen gewohnten Gang und eine Besserung wird lediglich Vorgespielt. Mit Sicherheit aber spielt man nicht.  
 Zu 1.: Der Fall des IS-Terroristen Anis Amri steht beispielhaft für die schlechte Kooperation der Sicherheitsorgane der Länder. Das fängt im kleinsten Maßstab an, dass ein\*e Polizeibeamt\*in in Hessen nicht auf die Einwohnermeldeamt Daten anderer Bundesländer zugreifen kann, um
- 60 formkorrekt Beteiligte einer Straftat (Zeug\*innen, Geschädigte, Beschuldigte) in einem Vorgang anzulegen, sowie deren angegebenen Meldestatus zu überprüfen. Dies geht bei Strafanzeigen weiter, welche bei Länderübergreifenden Straftaten von Hand in die unterschiedlichen Systeme eingepflegt werden müssen und führt schlussendlich dazu, dass die einzelnen Landesbehörden, wie im Fall Amri, die Verantwortung hin und her schieben. Was die Sicherheit durch Untätigkeit

- 65 gefährdet. Es geht bei der Forderung nicht um Ausweitung von Datenschutzbestimmungen, sondern um das Gewährleisten von schnellen, effektiven, integrativen und kooperativen Arbeiten. Die Polizei verfolgt in allen Bundesländern grundsätzlich die gleichen Ziele, hemmt sich aber in ihrer mangelnden Kooperation. Was mitunter daran liegen mag das gewisse Führungspersönlichkeiten, welche persönliche Interessen vor den Schutz der Allgemeinheit stellen,
- 70 eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe unmöglich machen. Ein selbstsüchtiges, überhebliches oder ignorant Verhalten innerhalb der Behörde ist gesellschaftlich untragbar. Sicherheit erlaubt keine Schlammschlachten.
- Zu 2.: Wenn der Punkt 1 realisiert werden sollte ist Punkt 2 voraussichtlich hinfällig. Falls nicht ist es unerklärlich warum gleiche Arbeit, die Aufgabe des eigenen Sicherheitsbedürfnisses, so
- 75 unterschiedlich bezahlt und unterstützt werden. Polizist\*innen dienen Deutschland mit ihrem Leben. Die Opferbereitschaft der einzelnen Personen darf nicht zum Zwecke der Sparmaßnahmen einzelner Länder ausgenutzt werden. Dies schafft Unsicherheit und Missgunst, welche sich schlussendlich auf die Motivation und Sicherheit niederschlägt.
- Zu 3.: Die Wachpolizei übernimmt in Hessen mehr und mehr die Aufgaben welche in der
- 80 Vergangenheit von den Polizeikräften des mittleren Dienstes abgedeckt wurden. Das Land muss sich klarwerden, dass Art.33 Abs.4 GG hoheitliche Aufgaben nur an Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis überträgt.
- Das Beamtentum verschafft den Trägern die Möglichkeit sich ausschließlich der Gemeinschaft verpflichtet zu fühlen, wie soll das jedoch ein Tarifangestellter Wachpolizist? Wollen wir Personen,
- 85 welche zum Führen von Schusswaffen in der Öffentlichkeit berechtigt sind, in nur 6 Monaten ausbilden? Was wird passieren, wenn es zum ersten unrechtmäßigen Schusswaffengebrauch kommt? Wie gehen Wachpolizist\*innen mit Konflikten und Gewalt um wenn dieser nur 6 Monate
- au soziale Abgründe vorbereitet werden. Die Aufgaben der Polizei stehen und Fallen mit den sozialen Fähigkeiten der eingesetzten Kräfte, nur wer sich in seiner Tätigkeit sicher fühlt kann
- 90 Sicherheit vermitteln. Wie viel Sicherheit vermitteln begrenzte Arbeitsverträge mit geringen Aufstiegs- und Entwicklungschancen?
- Zu 4. und 5.: Siehe auch Punkt 2. Wir als SPD wissen, dass die Stärkung der Mitarbeit\*innen zur Verbesserung des Systems führt. Die bisherige Landesregierung hat mit der NVS wissenschaftlich fundierte Methoden entwickelt. Es aber versäumt diese korrekt umzusetzen. Die Basis einer
- 95 Veränderung und Optimierung ist gegeben, es fehlt jedoch am Willen.
- Wenn wir von Unten beginnen, können wir Oben mehr erreichen. Ich möchte an dieser Stelle auf die Veröffentlichungen des Anthropologen Simon Sinek verweisen, welcher in „Start with Why“ und „Why Leaders eat last“, einfach veranschaulicht wie man Sicherheit in immer größer werdenden Kreisen vermittelt. Ohne stabilen Kern wird das Unterfangen jedoch zur scheinbar
- 100 unmöglichen Aufgabe. In seinen Darstellungen kann ein Mensch erst dann Sicherheit vermitteln, wenn er sich in seinem eigenen Umfeld sicher fühlt. Wenn man es schafft ein sicheres Umfeld zu schaffen gibt man jedem Beteiligten die Freiheit und Möglichkeit seinerseits Sicherheit zu vermitteln.
- Zu 6.: Das Gesundheitsmanagement in der Polizei ist elementares Mittel um die Behörde vor
- 105 Ausfällen durch die alternde Belegschaft zu schützen. Das Land hat gegenüber seinen Beschäftigten eine Fürsorgepflicht, welche weniger als Ballast, sondern mehr eine Chance ist. Die Chance die Belegschaft zu fördern, in Maßnahmen zu integrieren und wertzuschätzen. Dies dürfte sich positiv auf die so sehr beklagte Motivation auswirken.
- a) Die flexiblere Ausstattung ist ein weiteres Wertschätzungsmittel und ermöglicht den
- 110 Beamt\*innen eine individuelle, Bedürfnisorientierte Ausrüstungsgestaltung. Wo die Farbe und Schrift sicherlich vorgegeben sein muss, ist es doch nicht notwendig, dass alle Beamt\*innen dieselben, schlecht geschnittenen, leicht ausbleichenden, platzarmen Hosen tragen. Schon jetzt zeigen die Beamte\*innen die Bereitschaft selbst in benötigte Ausrüstung zu investieren. Mit der Bereitstellung des Bekleidungsgeldes für selbstbestimmten Ausrüstungskauf kann eine optimale
- 115 Ausstattung beschafft werden. Die eigene Budgetverwaltung kann als Vertrauensspruch und Leistungsanerkennung genutzt werden, um neben der Beförderung Leistungsanreize zu setzen.
- b) Aktuell stehen den Beamt\*innen 6h Dienstsport zu, was weder ernsthaft überprüft noch eingefordert wird. Hier könnte ein weiteres Leistungsmodell ansetzen. Man sollte

- gesundheitsbewusste Beschäftigte unterstützen und Unwilligen positive Anreize setzen, ggf.
- 120 könnten auch Sanktionen angedacht werden, da zumindest in gewissen Tätigkeitsfeldern (z.B. Streifendienst) eine Grundlagenfitness angemessen erscheint. Da Polizeibeamt\*innen im Außendienst sich immer wieder mit Gewalt auseinandersetzen müssen, ist es notwendig, dass sie sich mit Gewalt auseinandersetzen und ein gutes Körpergefühl sowie Handlungssicherheit entwickeln. Ein regelmäßig verpflichtendes Einsatztraining mit der Übung von Zwangsanwendung
- 125 reduziert die Gefahr der übermäßigen Gewalt durch Polizeibeamte. Ein\*e Beamt\*in der regelmäßig übt Zwang, im Rahmen aller rechtlichen Vorschriften, anzuwenden ist weniger schnell von Gewalt überfordert. Das Risiko der übermäßigen Gewalt sinkt. Ein einziges Einsatztraining im Jahr schafft keine Handlungssicherheit. Dasselbe gilt für das Üben mit der Schusswaffe.
- Ein\*e Beamt\*in welche mit eine\*r Kolleg\*in koordiniert Fesselungstechniken anwenden kann, sorgt
- 130 für weitaus weniger Schaden als fünf Beamt\*innen die auf einem Täter knien und schon nicht mehr merken, dass dieser aufgrund des Gewichtes der Handelnden seine Arme unter seinem Torso bewegen kann. Das üben von boxen und treten erscheint hierbei weniger wichtig als Ringen, Judo und die Formen des brasilianischen Jiu-Jitsu, welche ohne längerfristige Verletzung des Täters zum Erfolg führen.
- 135 c) Die CDU wirbt bereits mit Stundensenkungen da sie endlich zu erkennen vorgibt, dass die 42h Woche eine zu hohe Belastung der Beschäftigten darstellt. Die ehemals 38 ½ h Woche klingt in weiter Ferne, wobei das Gehalt dieser entsprechen würde. Insbesondere im Schichtdienst aber auch in den anderen Tätigkeitsfeldern, bietet die Senkung der Arbeitsstunden den Beschäftigten die Möglichkeit sich mehr zu erholen. In der neu gewonnenen Zeit lässt sich vermehrt Ausgleich
- 140 zum psychisch belastenden Beruf schaffen. Auch wenn es keiner gerne zugehen mag belastet die ständige Auseinandersetzung mit Verbrechen, Tod und schweren Schicksalen jeden. Hier erscheint es notwendig Ausgleich zu schaffen um eine insgesamt entspannte Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, denn die Anspannung kommt von selbst.
- d) Auch im Dienst scheint es sinnvoll den Beschäftigten Anreize zur körperlichen Betätigung zu
- 145 geben. Sport und Bewegung regen den Körper positiv an und reduzieren Stress. Die soziale Interaktion sorgt für ein besseres und vertrauterer Arbeitsumfeld. Entsprechend dem Gesundheitsmanagement und der Motivation durch Wertschätzung kann hier das Arbeitsumfeld aufgebessert werden. Viele attraktive neue wie auch alte Firmen haben dies schon längst erkannt. Durch den dabei entstehenden Austausch können sich entscheidende Informationsflüsse ergeben.
- 150 Zu 7.: Augenblicklich werden fragliche Methoden zur Bewerber Auswahl angewandt. Diese haben wenig Realitätsbezug. Je nach Tätigkeitsfeld werden sehr Unterschiedliche Ansprüche an den Beamten gestellt hier ergibt es Sinn neben den „Allroundern“ auch Spezialist\*innen einzustellen und diesen Entwicklungschancen anzubieten. Der Schutzmann\*/die Schutzfrau\* des Streifendienstes sowie Kriminalaußendienstes muss ein Kommunikator sein, Konfliktlöser,
- 155 sportlich, sozial kompetent, konsequent und in der Lage sein, komplexe Rechtsvorschriften in der Realität anzuwenden. Im Moment kommen kommunikative und soziale Aspekte zu kurz. Ein\*e Polizist\*in dessen einziger Antrieb es ist verbeamtet zu werden da dies ein sicherer Job ist liegt damit falsch. Polizist\*innen stellen ihre eigenen Bedürfnisse hinter die der Gemeinschaft, das Sicherheitsbedürfnis im besonderen Maß. Sie sollten mehr von Idealismus als von kalkulierbarem
- 160 Kündigungsrisiko motiviert werden.
- a) Komplette Überarbeitung des Einstellungstestes, mehr Gruppenaufgaben und Gespräche, realitätsnaher Stressresistenztest, Konfliktlösungskompetenz durch Streit und Konfliktkonfrontation. Ein Geschicklichkeitstest, welcher wegen der Körpergröße von 2 Metern nicht im Zeitrahmen bestanden wird oder ein Ausscheiden beim Amtsarzt wegen zu hohem BMI
- 165 als Kraftsportler widerspricht einer menschlichen Berufsphilosophie. Es Bedarf mehr gesundem Menschenverstand im Auswahlverfahren und Mut zur Lücke. Der Polizeiberuf verlangt ein großes Maß an Menschlichkeit und steht dem Verbrechen gegenüber welches die Menschlichkeit meist nicht zu kennen scheint. Umso mehr müssen wir Sorge dafür tragen, dass die Menschlichkeit der Polizei als hohes Gut erwartet, getragen und gefördert wird.
- 170 Bewertung der „Leistungsbereitschaft“ bei Langzeitbelastung durch z.B. Gruppen-Hindernis-Parcours. Wer am Ende seiner Kräfte im Team arbeiten muss, zeigt schneller sein wahres Gesicht.

Zu 8.: Mit dem Ende des mittleren Dienstes ist die Praxisausbildung bei der Polizei verloren gegangen. Das AUFBAU-Studium in den gehobenen Dienst wurde zum Grundstudium, indem man es sporadisch mit Praxisteilen versah. Die Arbeit bei der Polizei ist bestimmt von Sicherheit, der sichere Umgang mit den unterschiedlichsten Situationen in allen Lebenslagen, kann nur begrenzt gewährt werden. Die Ausbildung in den fundamentalsten polizeispezifischen Rechtsgrundlagen, sowie das Einsatztraining mit dem Thema Eigensicherung, sind Grundlage sicheren Handelns. Jetzt werden diese fundamentalen Notwendigkeiten vermengt mit Studieninhalten der  
175  
180 Rechtswissenschaften, um scheinbar zwanghaft eine Bachelorqualifikation begründen zu können. Was dazu führt, dass die Grundlagen vernachlässigt werden. Der Bachelor der Polizei hat keine weitere Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt, er steht symbolisch für das Gehalt der Beschäftigten. Wir müssen uns fragen was wir wirklich wollen. Polizeibeamt\*innen die sich in Blöcken, bruchstückhaftes Wissen aus Grundlagen sowie Wissenschaften angeeignet haben? Oder  
185 fundierte und sichere Praktiker welche im Laufe ihrer Arbeitszeit ihren Horizont mit Wissenschaftlichen Inhalten erweitern? Allein der direkteinstieg in das „Polizeistudium“ ist als fraglich zu erachten da der größte Teil der Polizeiarbeit nicht in der Theorie stattfindet. Komplexe Rechtskenntnisse helfen nicht, wenn die Grundlagen sicheren Handelns nicht gewährleistet werden. Eben diese Grundlagensicherheit ermöglicht erst die Spezialisierung und den Ausbau von  
190 Fähigkeiten. Die momentane Mischung aus Teilwissen und Unsicherheit bürgt unnötige Gefahren für alle Beteiligte.

Die folgende Aufzählung an Ausbildungsmöglichkeiten ist nicht abschließend.

a) Jede\*r beginnt im mittleren Dienst (2-3Jahre, mit Abitur 2 ohne 3 Jahre) Grundlagenausbildung. Jeder verrichtet danach mindestens 1Jahr Dienst. Danach besteht die Möglichkeit das  
195 Aufbaustudium gehobener Dienst zu absolvieren (3Jahre). Beschäftigte im mittleren Dienst können über die Behörde ihrer Fachhochschulreife nachholen und bei Erfolg das Studium antreten. Über die Grundsätze Leistung, Eignung und Befähigung können Beamte mit längere Diensterfahrung in den gehobenen Dienst übergeleitet werden.

b) 1 ½ Jahre Grundausbildung für Abituriente\*innen und Fachhochschüler\*innen danach die Frage  
200 ob diese den gehobenen Dienst direkt anstreben oder ob sie vorerst in den mittleren Dienst wollen, mit der Option später das Studium anzustreben. Der mittlere Dienst schließt mit einem weiteren Jahr Ausbildung ab. Der gehobene Dienst mit 3Jahren Studium (inkl. Praktika).

Die Verzögerung im gesamten Ablauf kann mehr Flexibilität und individuellere Leistungsanreize setzen. Beide Optionen geben mindestens 1Jahr Zeit für die Ausbildung von Grundlagen. Die  
205 Ausbildung von Bürgern in Uniform, als Repräsentanten des Staates muss zu den fundiertesten und besten Ausbildungen des Landes gehören. Für unser aller Sicherheit.

Zu 9.: Viel zu spät wurde von der scheidenden Regierung erkannt, dass es wichtig ist für frischen Wind in der Behörde zu sorgen. Das tragischste dabei ist nicht nur die Überalterung, sondern der große Verlust an Jahrzehnte alten Erfahrungsschätzen. Welche mit der Pension ungreifbar werden.  
210 Jedes Unternehmen steht vor der Herausforderung, Wissen durch Erfahrung zu sichern. Dieses von den Beschäftigten erarbeitete Wissen muss dem Unternehmen erhalten bleiben um sich besser, schneller und effektiver zu Entwickeln. Sonst werden von Generation zu Generation dieselben Fehler begangen.

Abhilfe kann hier das „Job Mentoring“ schaffen. Bei welchem ein\*e scheidender\*r Beamt\*in (oder  
215 eine die Stelle wechselnde Beamtin) den Nachfolger, über einen Zeitraum von 6-12 Monaten, in die zu besetzende Stelle einlernt. Hierbei soll möglichst viel Erfahrung erhalten bleiben, wobei die Neubesetzung auch immer neuen Wind beutet.

**Die Polizis\*innen sind als Bürger\*innen in Uniform untrennbar an die Gemeinschaft gebunden. Ein großer Teil wichtiger Hinweise für polizeiliche Ermittlungen hängt mit der Kooperation der  
220 Bevölkerung zusammen. Die Polizei ist immer wieder auf die Bevölkerung angewiesen, als auch umgekehrt, die Bevölkerung braucht die Polizei. Lasst uns dieses Band stärken!**

### **Flächendeckende Prävention**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Salafismus gilt sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene als die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. In Deutschland verzeichnet das salafistische Spektrum seit Jahren steigende Anhängerzahlen.

- 5 Um diesem Trend entgegen zu wirken, wird ein gesamt-gesellschaftlicher, ressortübergreifender ganzheitlicher Ansatz von Schule, Jugendhilfe und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Prävention notwendig.

#### **Hierfür bedarf es eine Reihe an Präventionsmaßnahmen:**

- 10 • eine Bundesstelle für islamistische Prävention, die gemeinsam mit den Ländern koordinierend tätig ist
- Ausbau der Imam-Ausbildung und der islamisch-theologischen Lehrstühle an hessischen Universitäten
- Fortbildungen für Pädagog\*innen für Prävention und Früherkennung von islamistischer Radikalisierung
- 15 • Ein\*e geschulte\*r Ansprechpartner\*in pro Schule um individuelle Präventionsansätze zu entwickeln und beratend tätig zu werden.
- Mehr Sozialarbeiter\*innen an Schulen
- Ausbau staatlicher muslimischer Gefängnisseelsorge
- Staatliche Deradikalisierungsprojekte durch Sozialarbeiter\*innen speziell in JVsAs
- 20 • Ethnologie als Unterrichtsfach um interreligiöse und transkulturelle Kompetenzen zu fördern
- Ausbau der staatlichen Förderung für Präventions- und Deradikalisierungsprogramme wie beispielsweise das „Violence Prevention Network“ oder „Heroes“

25 Die Maßnahmen sollten in Zusammenarbeit mit diversen muslimischen Verbänden koordiniert werden.

#### **Begründung:**

Die islamistische Ideologie geht von einer göttlichen Ordnung aus, der sich Gesellschaft und Staat unterordnen müssen. Dieses „Islam“-Verständnis steht im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Verletzt werden dabei vor allem die demokratischen Grundsätze der Trennung von Staat und Religion, der Volkssouveränität, der Gleichstellung der Geschlechter sowie der religiösen und der sexuellen Selbstbestimmung.

30 Unter dem Oberbegriff „Salafismus“ versteht man eine vom Wahhabismus geprägte moderne islamistische Ideologie, die sich an den Vorstellungen der ersten Muslime und der islamischen Frühzeit orientiert. Der Wahhabismus ist eine auf Muhammad Ibn Abdalwahhab (1703 bis 1792) zurückgehende und in Zentralarabien (Najd) entstandene Lehre.

Salafisten geben vor, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Koran und dem Vorbild des Propheten Muhammad und der frühen Muslime, der sog. „rechtschaffenen Altvorderen“ (arab. al-salaf al-salih, d. h. die ersten drei Generationen des Islam), auszurichten. Ziel von Salafisten ist jedoch die vollständige Umgestaltung von Staat, Rechtsordnung und Gesellschaft nach einem salafistischen Regelwerk, das als „gottgewollte“ Ordnung angesehen wird. In letzter Konsequenz soll ein islamischer „Gottesstaat“ errichtet werden, in dem wesentliche, in Deutschland garantierte Grundrechte und Verfassungspositionen keine Geltung haben sollen. Die Übergänge zwischen Salafismus und „Jihadismus“ sind fließend.

45 Das BKA registrierte bis Anfang 2016 rund 800 Personen, die in den vergangenen Jahren nach Syrien oder in den Irak ausgereist sind und sich vor Ort Terrorgruppen wie der Milizislamischer Staat(IS) oder derAl-Nusra-Front angeschlossen haben. Im Durchschnitt handelt es sich bei den Ausreisenden aus Deutschland um Männer im Alter zwischen 22 und 25 Jahren. Mehr als 60 Prozent besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Etwa zehn Prozent gingen zum Zeitpunkt der Ausreise noch zur  
50 Schule. Rund ein Sechstel der Personen ist zumIslamkonvertiert. Und zwei Drittel der Ausgereisten hatten bereits Straftaten begangen. Die Zahl der weiblichen Ausreisenden steigt stetig an und liegt derzeit bei einem Drittel.

Der Psychologe Ahmad Mansour sieht Radikalisierung als ein Prozess an, der nicht von heute auf morgen passiert:

55 „Dieser Prozess fängt häufig mit Entfremdung – einem psychischen Zustand – an. Die Jugendlichen sind unglücklich oder unzufrieden in ihrem Leben, sie haben oft wenige soziale Kontakte oder kein starkes soziales Umfeld; vielleicht haben sie auch einen gescheiterten Übergang von Schule zum Berufsleben erlebt oder sie haben eine frustrierende, erfolglose Suche nach einem Ausbildungsplatz hinter sich. Bei muslimischen Jugendlichen kann es sein, dass sie Diskriminierungserfahrungen  
60 gemacht haben. Bei allen Jugendlichen (muslimisch oder nichtmuslimisch, Jungs oder Mädchen), die in der Gesellschaft nicht angekommen sind, oder die das Gefühl bekommen, dass sie irgendwie nicht dazu gehören, gilt: kommen zu diesen Gefühlen instabile Persönlichkeitsstrukturen, entwickelt sich ein Zeitfenster von 1-2 Jahren, in dem sie für eine Radikalisierung sehr anfällig sind. Aus mehreren Gründen kommt der Salafismus bei diesen Jugendlichen sehr gut an.

65 Der Salafismus bietet Jugendlichen vor allem eine Identität. Sie treten aus der schwierigen, postglobalen Welt in ein geregeltes, strukturiertes Umfeld ein und bekommen dort Sinn, Orientierung und eine Mission. Sie finden auch Freunde, Gemeinschaft, Zusammenhalt; endlich gehören sie zu einer Gruppe. Die Gruppe wird für sie eine Art Jugendkultur: es gibt einen Kleidungsstil, besondere Symbole, bestimmte YouTube-Kanäle und Facebook-Seiten und eine eigene  
70 Sprache, die die Salafisten aus sich immer wiederholenden Worten bilden.

Der Salafismus erfüllt auch das Bedürfnis der Jugendlichen nach Information und Wissen. Er nimmt viele Unsicherheiten ab, indem er "Wahrheit" und Autorität anbietet (obwohl die meisten in Deutschland lebenden Salafisten keine religiöse Ausbildung gemacht haben und nur ein oberflächliches Argumentationsmuster kennen). In diesen Gruppierungen müssen sich die  
75 Jugendlichen nicht mehr fragen, was sie anziehen sollen, wie sie sich gegenüber dem anderen Geschlecht verhalten sollen, wie ihr Lebensentwurf aussehen soll. Sie bekommen das Bewusstsein, auf dem "richtigen Weg" zu sein. Dazu bekommen sie die Möglichkeit zu Protest und Provokation gegen die Eltern oder gegen die Mehrheitsgesellschaft sowie die Chance, sich an einem "Kampf für Gerechtigkeit" zu beteiligen: "Die Muslime werden in Deutschland und weltweit unterdrückt; man  
80 muss sich dagegen wehren". So lautet die salafistische Propaganda. Sie bekommen das Gefühl, dass sie missionieren müssen, um andere Menschen vor ihrem elenden Leben zu retten. Und für Jugendliche, die vorher vielleicht ihren Platz in dieser Gesellschaft nicht gefunden haben, ist das eine extrem attraktive Aufgabe.“

**Quellen:** BKA, verfassungsschutz.de, Deutscher Bundestag Drucksache 18/7151,

85 <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/193521/salafistische-radikalisierung-und-was-man-dagegen-tun-kann>

### **Gleiches Recht für alle - Änderung der §§ 113-115 StGB verhindern**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Der am 08. März vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ sieht eine Verschärfung des Strafrahmens bei
- 5 „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ (§ 113 StGB) und die Einführung eines neuen Deliktes „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ (zukünftig § 114 StGB) vor. Ziel soll dabei der Schutz von Vollstreckungsbeamt\*innen sein. Die neuen Regelungen fallen jedoch eher unter symbolisches Strafrecht und führen zu einer extremen Ungleichheit.
- 10 Vollstreckungsbeamt\*innen und Rettungskräfte verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung für den Einsatz in unserer Gesellschaft. Ihr Schutz im Dienst ist auch uns ein wichtiges Anliegen. Dabei muss jedoch das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz gewahrt bleiben.

#### **Unabhängige Statistiken schaffen – postfaktische Debatte verhindern**

- 15 Derzeit wird die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamt\*innen mit der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) belegt. Aus dieser ließe sich tatsächlich ein erheblicher Zuwachs an Gewalttaten gegen Beamt\*innen ablesen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Statistik sehr viel Interpretationsspielraum lässt und undurchsichtig ist. So fließt jede zur Anzeige gebrachte Handlung in die Kategorie „Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte als Opfer“ ein, sodass eine einzelne Handlung auch mehrfach gezählt werden kann, wenn sie von mehreren Beamt\*innen gleichzeitig
- 20 angezeigt wird. Die gezählten Handlungen müssen dabei auch nicht zwangsläufig rechtswidrig gewesen sein, da sie unabhängig vom Ausgang des Ermittlungsverfahrens gewertet werden. Eine gezielte Sensibilisierung der Beamt\*innen hat zudem dazu geführt, dass in den letzten Jahren auch kleinste Delikte zur Anzeige gebracht werden, was einen Anstieg in der Statistik zur Folge hat. Diese Sensibilisierung ist grundsätzlich begrüßenswert, darf aber nicht zur gezielten Beeinflussung von
- 25 Gesellschaft und Politik missbraucht werden. Sogar aus Kreisen der Polizeiakademien wird die Notwendigkeit von Strafverschärfungen deutlich in Frage gestellt. Unabhängige Statistiken könnten dabei endlich objektiv bewerten, wie stark Vollstreckungsbeamt\*innen Opfer von Gewalt betroffen sind und die Effektivität von Gegenmaßnahmen messen. Die aktuelle Debatte dreht sich allerdings um eine gefühlte Realität und lässt sich wissenschaftlich nicht belegen.
- 30 Wir fordern daher:

- **die Schaffung von unabhängigen, detaillierten Statistiken zur Gewalt gegen Vollstreckungsbeamt\*innen**

#### **Bestehendes Recht durchsetzen**

- 35 Natürlich ist jeder rechtswidrige Übergriff auf Vollstreckungsbeamt\*innen inakzeptabel. Ausreichende rechtliche Mittel zum Schutz sind allerdings bereits vorhanden; bestehendes Recht muss daher effektiver durchgesetzt werden. Rechtspflegeorgane müssen personell und finanziell in die Lage versetzt werden, schneller und effektiv zu arbeiten. Sparmaßnahmen und der personelle Abbau im Justizsektor müssen beendet werden. Die derzeitigen Strafen für Nötigung,
- 40 Körperverletzung, Beleidigung etc. bieten bereits die Möglichkeit Vollstreckungsbeamt\*innen, Rettungsdienst- und Feuerwehrkräfte effektiv zu schützen. Es braucht daher zusätzlich eine besondere Sensibilität zum Schutz von Menschen, die unserem Gemeinwohl dienen.

#### **Wir fordern daher:**

- 45
- **faire Löhne und eine Verringerung der Arbeitszeit für Vollstreckungsbeamt\*innen, Rettungsdienst- und Feuerwehrkräfte**

- **Sensibilität bei der Auslegung geltenden Rechts und eine Nutzung des vollen Strafrahmens zum Schutz von Menschen, die dem Gemeinwohl dienen**

#### 50 „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“

Mit der Einführung des neuen Delikts „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ wird die Strafe bei tätlichen Angriffen gegen Vollstreckungsbeamt\*innen auf drei Monate bis fünf Jahre Haft angesetzt, Geldstrafen sind nicht möglich. Ein tätlicher Angriff ist dabei jede aktive Handlung gegen den Körper der Beamt\*innen. Kleinste Widerstandshandlungen, beispielsweise bei Festnahmen und

55 Schmerzgriffen oder ein leichtes Schubsen während einer gedrängten Demonstration, können so schon beim Versuch und ohne Schaden zu mindestens drei Monaten Haft führen. Das Konzept „Staatsbürger\*in in Uniform“ geht durch diese Sonderbehandlung völlig verloren. Opfer von Polizeigewalt könnten dagegen durch die drohenden Strafen bei einer Gegenanzeige, die gängige Praxis sind, zusätzlich eingeschüchtert werden und auf den Gebrauch ihres Rechts verzichten.

60 Vergleichbare Mindeststrafen gibt es dabei zum Beispiel für gefährliche Körperverletzung oder dem sexuellen Missbrauch von Kindern. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip ist hier nicht mehr zu erkennen; der Nutzen der Verschärfung bleibt fragwürdig.

- **Wir lehnen deshalb die Einführung des Delikts „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ o.ä. ab**

65

#### **Strafverschärfung bei „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“**

Zusätzlich zur Einführung des Delikts „Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ soll auch § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) verschärft werden. Die Regelung zu besonders schweren Fällen soll dann auch für das neue Delikt gelten. So erhöht sich die Mindeststrafe bei

70 gemeinschaftlichem Widerstand oder tätlichem Angriff und dem bloßen Mitführen eines gefährlichen Gegenstands (auch dessen Einsatz oder der bloßen Absicht dazu) bei einer solchen Handlung auf sechs Monate Haft. Als gefährlicher Gegenstand könnte dabei bereits festes Schuhwerk zählen. Beide Verschärfungen führen zwangsläufig zu Auslegungsschwierigkeiten und sind in ihrer Verhältnismäßigkeit ebenfalls höchst fragwürdig. Zudem nahm die Zahl der

75 Widerstandsfälle gegen Vollstreckungsbeamt\*innen in den letzten Jahren deutlich ab, was auch den Zweck der Verschärfung in Frage stellt.

- **Wir lehnen deshalb die Gesetzesverschärfung des § 113 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) o.ä. ab**

#### 80 **Respekt und Anerkennung für gemeinnützigen Einsatz**

Polizist\*innen, Rettungsdienst- und Feuerwehrkräfte verdienen Respekt und Anerkennung. Dazu gehören aber auch alle anderen Menschen, die unserem Gemeinwohl dienen aber keine strafrechtliche Sonderbehandlung genießen, obwohl gegen diese die Gewalt geföhlt ebenfalls zugenommen hat – wie Lehrer\*innen, Politiker\*innen, Verwaltungsbeamt\*innen und viele andere

85 Berufsgruppen. Das Strafrecht ist allerdings kein geeignetes Mittel zur Wertschätzung von Leistungen für die Gesellschaft. Statt symbolischem Strafrecht braucht es echte Maßnahmen der Anerkennung. So müssen Vollstreckungsbeamt\*innen, Rettungsdienst- und Feuerwehrkräfte endlich zeitlich entlastet und gerecht entlohnt werden. Auch als Partei dürfen wir den Einsatz für unsere Gesellschaft nicht als selbstverständlich erachten und müssen gute Arbeit als solche anerkennen

90 und benennen und auch gesamtgesellschaftlich in allen Bereichen für mehr Solidarität und Gerechtigkeit streiten um Respektlosigkeit und daraus resultierende Gewalt zu bekämpfen.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

95

Kennnummer 12549

Jusos Hessen-Süd

### **Kommunales Wahlrecht auf für Nicht-EU-Bürger**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Das kommunale Wahlrecht wird auch für Nicht-EU-Bürger die dauerhaft in Deutschland leben eingeführt, um diesen eine politische Stimme zu verleihen.

5

#### **Begründung:**

Seit dem Vertrag von Maastricht in 1992 haben alle EU-Ausländer\*innen in Deutschland das kommunale Wahlrecht – hierbei reicht es, nur drei Monate in Deutschland gemeldet zu sein. Millionen von Nicht-EU-Ausländer\*innen, die seit Jahrzehnten hier leben, wird hingegen dieses

10 Recht nicht zugesprochen, obwohl sie ihre Steuern zahlen, innovative Arbeitsplätze schaffen und in Deutschland ihre Heimat sehen. Nicht einmal ihre Bürgermeisterin oder ihren Bürgermeister können diese Menschen wählen – dabei ist gerade auf der kommunalen Ebene der Dialog zwischen Bürger und Politik sehr wichtig. Dies ist eine Ungleichbehandlung, die gleichzeitig eine politische

15 Partizipation unmöglich macht. Dieser muss unbedingt entgegen gewirkt werden!

In vielen EU-Ländern wie beispielsweise in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, usw. können auch Nicht-EU-Bürger\*innen bereits an den Kommunalwahlen teilnehmen. Solch ein Recht sollte auch in der heutigen deutschen Gesellschaft, die zusehends bunter und vielfältiger wird, selbstverständlich sein.

20

Antrag F8

Kennnummer 12556

Bezirk Hessen-Süd

### **Sicherheit gewährleisten – Freiheit schützen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

##### **Einleitung**

Für ein selbstbestimmtes Leben stehen Freiheit und Sicherheit in einem stetigen Spannungsverhältnis.

5 Freiheit, Demokratie und die Sicherheit eines Rechtsstaates sind Grundlage unseres selbstbestimmten Lebens. Wir machen die Welt nicht sicherer, wenn wir dafür unsere Freiheit opfern – durch mehr Überwachung oder durch rigorose Abschottung unserer Grenzen. Freiheit braucht Sicherheit. Es gibt aber auch keine echte Sicherheit ohne Freiheit. Der Terror will Angst schüren und das Fundament unserer Gesellschaft erschüttern. Das lassen wir nicht zu!

10 Für uns ist Sicherheit ein Bürgerrecht und kein Privileg für Wohlhabende. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten! Sicherheit ist für uns immer auch soziale Sicherheit. Wir stehen im Gegensatz zu den Konservativen nicht für Aktionismus, permanenten Strafverschärfungen ohne Effekt, d.h. Symbolpolitik. Mit Augenmaß, Besonnenheit und einem Vorrang der Prävention im Alltag, aber auch Entschlossenheit, begegnen wir dem Angriff auf

15 unsere innere Sicherheit und Freiheit.

#### **Leistungsfähige Polizei und Justiz**

- Wir wollen, dass unserer Polizei Anerkennung und Respekt für ihre wichtige Arbeit entgegengebracht wird. Angriffe auf Beamtinnen und Beamten tolerieren wir nicht. Wir setzen uns
- 20 dafür ein, dass Polizistinnen und Polizisten, aber auch andere Einsatzkräfte, besser vor Angriffen und Störungen ihrer Arbeit für Menschen in Not geschützt werden.
- Es ist sträflich, dass insbesondere Hessen in den letzten Jahren Stellen bei der Polizei, auch im Anwärterbereich abgebaut hat. Alleine in Hessen ist die allgemeine Belastungssituation der Polizei enorm hoch, die über 3 Millionen Überstunden „vor sich herschiebt“. Auf unseren Straßen muss die
- 25 Polizei präsent sein, d.h. für uns fachlich hoch qualifiziertes Personal. Deshalb muss der Einsatz z.B. der Wachpolizei die Ausnahme bleiben. Nur durch ausreichendes Personal in Polizei und Justiz ist innere Sicherheit gewährleistet.
- Insgesamt fordern wir die Schaffung von 15.000 neuen Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern. Die neoliberale Politik hat jahrelang unter dem Stichwort „schlanker Staat“ die Polizei und andere
- 30 Sicherheitsorgane sowie die Justiz ausgeblutet und damit die Kriminalitätsbekämpfung erschwert. Das war ein großer Fehler!
- Die SPD steht für einen starken, wehrhaften Staat, der die einzelnen Werte, auf denen unser Staats- und Gemeinwesen basiert, verteidigt. Deshalb lehnen wir u.a. sogenannte Bürgerwehren ab.
- 35 Wir setzen uns zudem für die Stärkung unserer Justiz ein. Sie muss gut ausgestattet sein, damit Straftaten schnell zur Anklage gebracht und Täter verurteilt werden können. Wir brauchen Regelungen, um Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. So stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unseren Rechtsstaat. Eine Militarisierung der inneren Sicherheit lehnen wir ab.
- 40 Für die Bundeswehr gibt es einen rechtlichen Rahmen, in dem sie in Deutschland Amtshilfe leisten kann – so wie sie es bei Oderflut getan hat und wie sie es mit Tornado-Aufklärungsflügen bei der Suche nach vermissten Personen tut. Soldaten als Polizisten einzusetzen verbietet unsere Verfassung. Das ist eine Lehre aus der Nazizeit. Wichtig ist dagegen, dass unsere Polizei sachlich und personell gut aufgestellt ist. Die SPD hat darum durchgesetzt, dass 3.000 Bundespolizisten
- 45 zusätzlich eingestellt werden.

### **Terrorabwehr – mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention**

- 50 Jede Form von Terror muss konsequent und rechtsstaatlich bekämpft werden. Mit einem Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe haben wir eine Basis geschaffen, um dem Extremismus langfristig zu begegnen. Wir wollen dabei eine stärkere Koordinierung in Deutschland und in Europa.
- Das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten muss effektiv umgesetzt werden. Dabei
- 55 werden Europol und Frontex mit einbezogen.
- Sobald in unserem Land Gefahr droht, müssen wir sofort handlungsbereit sein. Die deutschen und europäischen Sicherheitsbehörden müssen ihren Informationsaustausch weiter verbessern, dazu gehört z.B. eine gemeinsame Lage-Analyse, ein Terrorabwehrzentrum und eine gemeinsam geführte Antiterrordatei.
- 60 Zur Terrorabwehr haben wir die Gesetze verschärft. Damit wollen wir verhindern, dass Hassprediger weiter Menschen verführen, dass verblendete Fanatiker unser Land mit der Absicht verlassen können, dem Terror zu dienen und sich dafür in Camps ausbilden zu lassen. Mit dem neuen Straftatbestand „Terrorismusfinanzierung“ nehmen wir außerdem die Geldströme der Terrornetzwerke ins Visier.
- 65 Ausländerinnen und Ausländer, die schwerste terroristische Straftaten begehen, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe, wenn möglich, umgehend abgeschoben werden. Unter engsten respektive gesetzlichen Voraussetzungen müssen wir verhindern, dass Islamisten in Kriegs- und Krisengebiete reisen, um dort Kriegsverbrechen zu begehen, sich weiter radikalieren und ausgebildet werden.
- Neben der Repression muss die Prävention gestärkt werden, u.a. durch
- 70 - eine gute, chancengleiche Bildungspolitik, die gebührenfrei ist.  
- die Stärkung der Schulsozialarbeit.

- die Bekämpfung der Radikalisierung in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen.
  - Betreuerinnen und Betreuer in Flüchtlingsunterkünften sollen zum Thema Radikalisierung besser geschult werden, um frühzeitig gegen zu steuern und helfen zu können.
- 75 - Präventionsarbeit der Kommunen und Landkreise muss Pflichtaufgabe werden. Zu oft werden erfolgreiche Präventionsprojekte nicht weiter geführt oder gar nicht erst aufgelegt, weil es sich um sogenannte „freiwillige Leistungen“ handelt. Wir fordern daher eine stärkere gesetzliche Grundlage für die dringend notwendige Prävention.
- Vor allem SPD-geführte Bundesländer haben Präventionsprogramme gegen islamistische
- 80 Radikalisierung junger Menschen aufgelegt.  
Hindernisse bei der Rückführung Ausreisepflichtiger werden wir beseitigen; dazu gehören insbesondere entsprechende Rückführabkommen.

### **Kampf gegen rechts**

- 85 Rechtsextremistische Übergriffe und Anschläge haben in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten seit über 150 Jahren aufrecht Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit entgegen. Wir stehen gemeinsam mit vielen couragierten Bürgerinnen und Bürgern an der Seite unseres Rechtsstaates. Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser
- 90 erfasst und statistisch ausgewertet werden.  
Rechte Gewalt muss als solche sichtbar werden. Sie darf in der öffentlichen Wahrnehmung nicht unter den Teppich gekehrt werden. Neben der konsequenten Strafverfolgung der Taten und Täter wollen wir auch die Präventionsarbeit weiter ausweiten und verstetigen. Eine effektive Sicherheitspolitik besteht im Zusammenspiel von Prävention und Strafverfolgung.

95

### **Alltagskriminalität**

- Die Polizei braucht zusätzliche Kräfte, damit sie nicht nur sporadische Kontrollen durchführen kann, sondern auch für einen längeren Zeitraum an Kriminalitätsschwerpunkten eingesetzt werden kann. Wo Videotechnik hilft, Gefahren vorzubeugen und Beweise zu sichern, soll sie im
- 100 Rahmen bestehender Rechtsgrundlagen eingesetzt werden. Im Gegensatz zur CDU suggerieren wir nicht, dass Videotechnik ein Allerheilmittel ist. Wir wollen, dass sich unsere Sicherheitsbehörden konsequent der steigenden Einbruchskriminalität annehmen – durch mehr Prävention und koordiniertes Vorgehen bei der Strafverfolgung. Das Bundeskriminalamt wollen wir in seiner Zentralstellenfunktion stärken. Die Beratungsangebote, die vielerorts von der Polizei bereits
- 105 angeboten werden, sollen ausgebaut werden.

### **Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen**

- Die Kriminalität im Internet steigt weiter rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren, Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im „Darknet“ reicht das
- 110 Spektrum der Cyberkriminalität. Das Internet ist ein freier, aber kein rechtsfreier Raum. Wir wollen eine Fortschreibung und Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsgesetzes, um den neuen Gefährdungen angemessen zu begegnen. Zudem werden wir die Sicherheitsbehörden in der IT-Technologie durch bessere Ausstattung und mehr fachliche Expertise modernisieren. Wir werden das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausbauen und in seiner
- 115 neutralen Rolle und Beratungsfunktion stärken.

### **Schutz von „Whistleblowern“**

- Die „Panama -Papiere“ wurden nur durch einen Insider der Öffentlichkeit und den Ermittlungsbehörden zugänglich gemacht. Auch Gammelfleischskandale, Notstände in
- 120 Pflegeheimen oder Bestechungsvorwürfe bei Großunternehmen werden regelmäßig nur durch interne Hinweisgeber, sogenannte „Whistleblower“ bekannt. Das couragierte Handeln dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unternehmen muss besser rechtlich abgesichert werden. Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor arbeitsrechtlichen Nachteilen schützen.

### **125 Kampf gegen Wirtschaftskriminalität**

Unternehmen müssen rechtstreu handeln. Sie müssen Gewinne ordnungsgemäß versteuern. Nur dann ist Wettbewerb fair, nur dann sind Rechte von Beschäftigten, Kunden und Wettbewerbern gewahrt. Organisierte Unverantwortlichkeit muss Konsequenzen haben. Die geltende Bußgeldobergrenze von bis zu 10 Millionen Euro ist für kleinere Unternehmen zu hoch und für 130 große Konzerne zu niedrig. Dazu bedarf es eines angemessenen Bußgeld Rahmens.

### **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

Die Organisierte Kriminalität betreibt auch in Deutschland in vielen Feldern ihr illegales Geschäft. Wir brauchen mehr spezialisierte Ermittler für Organisierte Kriminalität, um die personal- und 135 zeitintensiven Strukturermittlungen konsequent durchführen zu können.

## **Antragsbereich G: Europa**

Antrag G1

Kennnummer 12509

Unterbezirk Limburg-Weilburg  
(Bezirk Hessen-Süd)

### **Europa demokratisch gestalten- Für eine europäische Verfassung.**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, sich für eine europäische Verfassung einzusetzen. In dieser sind Ziele, Organe, Kompetenzen, Verfahren und Grundrechte zu regeln. Vertragsstrukturen, die weitergehen, sind in einfaches Recht umzuwandeln. Die Gesetzgebungskompetenz soll sich auf 5 die gleichberechtigten Organe Europäischer Rat und Europäisches Parlament aufteilen. Ferner sind die Kompetenzen angemessen zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU aufzuteilen.

#### **Begründung:**

Das Demokratiedefizit ist nicht bloß mit einer Aufwertung des Europäischen Parlaments zu lösen. 10 Im Gegenteil: dadurch würde sie es sogar verschärfen, wenn im Gegenzug die Kammer der Mitgliedsstaaten, der Europäische Rat, beschnitten wird. Das hängt vor allem damit zusammen, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt, die den Prozess der Meinungsbildung auf europäischer Ebene begleiten kann. Daneben werden die Wahlen zum Europäischen Parlament in den einzelnen Mitgliedsstaaten in unterschiedlichen Wahlmodi abgehalten und zudem von unterschiedlichen 15 nationalen Parteien geprägt, die sich auf europäischer Ebene nach Wesensähnlichkeit zusammenschließen -jedoch trotzdem unterschiedliche Programmatiken verfolgen. Solange in diesen Punkten keine Änderung vorgesehen ist, wird dem Problem des Demokratiedefizits durch eine Aufwertung der Vertretung der Unionsbürger\*innen keine Abhilfe geschaffen. Dagegen liegt das Problem an ganz anderer Stelle, nämlich in der Verselbstständigung der 20 exekutiven und judikativen Gewalt auf Europäischer Ebene. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in verschiedenen Urteilen die ersten völkerrechtlichen Verträge auf europäischer Ebene als eine Art Verfassung ausgelegt, die sich nicht nach der ursprünglichen Intention der Mitgliedsstaaten bemisst. So verfolgte der EuGH die Agenda den europäischen Markt gegen die Mitgliedsstaaten durchzusetzen. In diesem Zuge wurden die vier Grundfreiheiten zu Grundrechten von 25 Wirtschaftssubjekten umgedeutet und das in den Verträgen beinhaltetete Diskriminierungsverbot zu einem Regulierungsverbot erweitert. Dadurch konnten Mitgliedsstaaten einige Schutzstandards

nicht mehr aufrechterhalten, sodass gewissermaßen ein „Race to the bottom“ ausbrach. Auch war es einfacher die europäische Integration durch normvernichtende Integration seitens der Kommission und des EuGH voranzutreiben, anstatt Normen durch Ratsbeschluss zu fassen.

30 Besonders einschneidend war die Ausweitung des Verbots staatlicher Beihilfen nicht nur auf private, sondern auch auf öffentliche Träger. Damit standen viele öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge auf dem Prüfstand. Hier liegt auch einer der Gründe für die Privatisierungswelle der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

Durch all diese Maßnahmen haben die Europäische Kommission und der EuGH die Integration stark  
35 vorangetrieben. Jedoch war damit ein schleichender Kompetenzverlust der Mitgliedsstaaten verbunden, der von vielen Mitgliedsstaaten nicht gewollt war und den sie nicht mit den Verträgen verfolgt hatten. Die heutige europäische Integration ist erst durch die starke Verselbstständigung der judikativen und exekutiven Gewalt möglich geworden. Dabei stellt sich jedoch die Frage, ob sie in dieser Form gewollt war. Primat jeder Politik muss es doch sein, dass die Gesetzgebung die

40 Gestaltungshoheit hat. Diese wurde aber vom EuGH oder eher gesagt von der Umdeutung der sehr detaillierten Verträge in Verfassungsrang unmöglich gemacht. Verfassungen regeln seit je her politische Entscheidungsprozesse und überlassen die politischen Entscheidungen der Politik. Je stärker die Verfassung inhaltlich aufgeladen ist, desto kleiner wird der Spielraum für Politik. Was in der Verfassung geregelt ist, ist der politischen Entscheidung entzogen. So werden die politischen

45 Aufgaben Europas in einem unpolitischen Modus erfüllt. Dagegen muss es ein demokratischer Modus sein!

Die Lösung dieses Problems liegt in einer europäischen Verfassung, die sich darauf beschränkt, Ziele, Organe, Kompetenzen, Verfahren und Grundrechte zu regeln. Alle darüber hinausgehenden Regelungen sind in einfaches Recht umzuwandeln, das dem Entscheidungsspielraum der  
50 demokratisch legitimierten Organe unterliegt. Daneben ist es Aufgabe einer solchen Verfassung, den Kompetenzbereich der EU und den der Mitgliedsstaaten zu definieren und damit dem seit 1992 eingeführten Subsidiaritätsprinzip wieder Geltung zu verschaffen. Nur so lässt sich die Gestaltungshoheit wieder von der Kommission und dem EuGH zu den demokratisch legitimierten Organen, dem europäischen Rat und dem europäischen Parlament, zurückholen.

55

Antrag G2

Kennnummer 12526

Bezirk Hessen-Nord

## **60 Jahre Römische Verträge: Die Zukunft Europas gemeinsam gestalten**

### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der Vorstand des SPD-Bezirks Hessen Nord gründet eine Arbeitsgruppe „Die Zukunft Europas gemeinsam gestalten“. Diese Arbeitsgruppe soll einen Diskussionsprozess steuern, in dem sich die Mitglieder des SPD-Bezirks Hessen-Nord mit den von der EU-Kommission zur Diskussion gestellten

5 Papieren auseinandersetzen und im Rahmen mehrerer Veranstaltungen eine sozialdemokratische Position zur Zukunft der Europäischen Union erarbeiten, die auf dem SPD-Bezirksparteitag 2018 diskutiert und beschlossen werden soll. Dieses Ergebnis soll dann in die Erarbeitung unseres Europawahlprogramms der Bundespartei einfließen.

### **10 Begründung:**

60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge brauchen wir die Europäische Union mehr denn je. Die Herausforderungen des 21. Jahrhundert können wir nicht mehr auf nationaler Ebene lösen. Nicht als Nationalstaaten, sondern nur gemeinsam als vereintes Europa sind wir stark. Mit

15 Großbritannien steigt nun das erste Land aus der Staatengemeinschaft wieder aus. In Polen und  
Ungarn regieren Nationalisten. In den Niederlanden konnten die Rechtspopulisten nur knapp in die  
Schranken verwiesen werden. Die Europäische Union steht am Scheideweg. Wir  
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen an dieser Stelle Verantwortung übernehmen  
und dem Europäischen Projekt wieder neues Leben einhauchen.

20 Die Europäische Union ist ein einzigartiges übernationales Projekt, dass uns über 70 Jahre Frieden  
auf dem Kontinent gesichert hat. Diese Leistung ist heute immer weniger Europäern bewusst.  
Deshalb ist es höchste Zeit, Europa neu zu buchstabieren und einen Kern für das europäische Projekt  
zu definieren, der eine neue Akzeptanz und Begeisterung bei den Bürgerinnen und Bürgern für  
Europa schafft.

25 Die Europäische Union zeichnet sich durch viele einzigartige Leistungen und Projekte aus. Hierzu  
gehören unter anderem die vielfältigen europäischen Fördermittel. Viele Erfolge in unserer Region  
hätte es ohne die Europäische Union so nicht gegeben: für die Strukturförderung aus dem EFRE-  
Programm 2014-2020 stehen dem Land Hessen 240,7 Millionen Euro zur Verfügung. Allein in die  
Stadt Kassel sind so in den letzten 10 Jahren 25 Millionen Euro EU-Fördermittel geflossen – für die  
Grimmwelt, den Science Park, die Standortentwicklung für das Fraunhofer-Institut am  
30 Hauptbahnhof, die lokale Ökonomie, für das Gebiet „Soziale Stadt Wesertor“ und vieles mehr. Aus  
dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums ELER erhält  
Nordhessen für das Breitbandausbauprojekt „NGA Cluster Nordhessen“ 20 Millionen Euro. Dieses  
Projekt der Breitband Nordhessen GmbH wurde von der Europäischen Kommission als eines der Top  
5 Breitbandausbauprojekte in Europa ausgezeichnet. In Nordhessen gibt es 14 Leader-Regionen,  
35 denen knapp 28 Millionen Euro für den Projektzeitraum 2014-2020 als Planungsmittel zur  
Verfügung stehen. In die Stadt Kassel sind in den vergangenen zehn Jahren 25 Millionen Euro EU-  
Fördermittel geflossen – für die Grimmwelt, den Science Park, die Standortentwicklung für das  
Fraunhofer-Institut am Hauptbahnhof, die lokale Ökonomie, für das Gebiet „Soziale Stadt Wesertor“  
und vieles mehr.

40 Darüber hinaus gibt es den Europäischen Sozialfonds ESF, die Direktzahlungen in der  
Landwirtschaft, um nur einige zu nennen. Ergänzt wird dies durch den „Juncker-Plan“, mit dessen  
Hilfe insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden sollen – die ersten  
Erfahrungen zeigen: es kann funktionieren.

45 Unsere Region gehört laut einer Untersuchung der EU-Kommission zu den innovativsten Regionen  
in der Europäischen Union. Das ist die Leistung der Bürgerinnen und Bürger hier in der Region. Vieles  
davon kann am Ende nur auf den Weg gebracht werden, weil die EU innovative Ideen konkret  
unterstützt. Statt die europäische Unterstützung in den Mitgliedstaaten und Regionen zu  
hervorzuheben, wird die EU in der öffentlichen Wahrnehmung für ihre vermeintliche  
Vormundschaft oder Bürokratie kritisiert.

50 Seit November 2016 gibt es allerdings in Deutschland eine Gegenbewegung, die sich diesem  
vermeintlichen Zeitgeist mit einfachen Mitteln öffentlich entgegen stellt: Die Bewegung „Pulse of  
Europe“. Mittlerweile fasst diese Initiative auch in zahlreichen weiteren EU-Mitgliedstaaten Fuß. Es  
ist ein gutes und wichtiges Signal, dass endlich Menschen parteiübergreifend für ein geeintes  
Europa und gegen Nationalismus auf die Straße gehen und versuchen, der „schweigenden  
55 Mehrheit“ überzeugter Europäer Stimme und Gesicht zu verleihen. Sie stellen sich damit auch an die  
Seite anderer pro-europäischer Bewegungen wie beispielsweise der Europa Union und ergänzen  
deren Wirken mit ihren Kundgebungen. Die nordhessischen Sozialdemokratinnen und  
Sozialdemokraten begrüßen diese Entwicklung sehr und unterstützen diesen Ansatz. Wir dürfen  
Nationalisten und Rechtspopulisten die Kommunikation über unser Europa nicht überlassen – wir  
60 müssen selber unsere Stimme für Europa dagegen laut werden lassen.

Was wir brauchen, ist ein normaler Umgang aller Beteiligten mit der EU. Wie auf den anderen  
Ebenen der Politik muss einerseits das kritisiert werden, was verbesserungswürdig ist. Andererseits  
aber müssen wir das, was gut läuft, positiv begleiten. (Fast) niemand käme ernsthaft auf die Idee,  
die Bundesrepublik, das Land Hessen oder die Kommunen abzuschaffen, weil wir an politischen  
65 Verfahren, Strukturen oder Inhalten etwas auszusetzen haben. Genau das geschieht aber bei der EU,  
die gerne als Blitzableiter von nationalen Entscheidungsträgern herangezogen wird.

Wir brauchen eine pro-europäische Bürgerbewegung. Wir Bürgerinnen und Bürger Europas müssen dort den Finger in die Wunde legen, wo etwas konkret nicht funktioniert. Es gibt viele Kanäle, über  
70 die Verbesserungsvorschläge eingebracht werden können. Wir müssen die vielen Nordhessinnen und Nordhessen, die sich aktiv für europäische Projekte einsetzen und sie nach Kräften unterstützen, mehr in den Blick der Öffentlichkeit rücken und sie angemessen würdigen – denn wir wollen gerne mehr davon.

Identifikation kann am Ende nur durch gemeinsames Handeln entstehen. Wir brauchen die EU –  
75 aber die EU braucht das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Am 1. März 2017 hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ vorgestellt. Der Dialogprozess mit dem Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten, den Regionen und Kommunen und der gesamten Zivilgesellschaft soll in einem  
80 Zwischenschritt zur Präsentation von Junckers Vorstellungen zur Zukunft Europas in seinem „Bericht zur Lage der Union“ im September 2017 münden. Im weiteren Verlauf soll dann der Europäische Rat bis Ende 2017 erste Schlussfolgerungen ziehen, um mit ausreichendem Abstand vor den Europawahlen, die im Juni 2019 stattfinden werden, über die Zukunft Europas zu entscheiden. Diesen Prozess muss die Sozialdemokratische Partei Deutschlands konstruktiv und inhaltlich begleiten.

85 Die deutsche Sozialdemokratie mit ihrem neuen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz erhält derzeit einen besonders hohen Zuspruch. Durch die Kandidatur dieses überzeugten und bodenständigen Europäers ist deutlich Bewegung in die deutsche Parteienlandschaft und die bundespolitische Debatte zurückgekehrt. Diesen Schwung sollten wir nutzen und produktiv umsetzen. Die SPD muss auf allen Ebenen die Diskussion über die Zukunft Europas ins Zentrum des  
90 Bundestagswahlkampfes stellen.

## **Antragsbereich H: Integration**

Antrag H1

Kennnummer 12557

Bezirk Hessen-Süd

### **Ausländerbeiräte stärken – demokratische Teilhabe stärken**

Die Ausländerbeiräte in Hessen müssen modernisiert und gestärkt werden, wenn sie ihre Aufgabe, demokratische Teilhabe und politische Mitbestimmung für Migranten und Migrantinnen weiterhin und besser gewährleisten sollen.

Die hessische SPD und die hessische Landtagsfraktion werden beauftragt, sich im Landtag für eine  
5 Reform der Ausländerbeiräte einzusetzen und dies im Wahlprogramm für 2018 festzuschreiben. Dabei soll sich die hessische SPD an den vom Landesausländerbeirat (agah) erarbeiteten Vorschlägen orientieren.

- Einhaltung des Prinzips der demokratischen Legitimierung durch Wahlen
- Wahl eines ALB auch in Gemeinden mit weniger als 1000 Ausländern, wenn mindestens  
10 10% der Wahlberechtigten es wünschen
- Wahlrecht auch für Staatenlose
- Antrags-, Rede- und Teilnahmerecht auch an nichtöffentlichen Sitzungen der Kommunalparlamente

- Anhörungsrecht in allen Angelegenheiten
- 15 • Mitsprache beim lokalen Integrationsmanagement
- Anrecht auf angemessene räumliche, personelle und finanzielle Ausstattung
- jede Fraktion des jeweiligen Kommunalparlaments entsendet ein/e VertreterIn mit beratender Stimme, der ALB kann ihnen Stimmrecht verleihen

Die Gemeinden und Städte sollen sich verpflichten, die Wahlberechtigten rechtzeitig und  
20 ausführlich auf die Eintragungen ins Wählerverzeichnis hinzuweisen und aus-reichend viele, gut erreichbare Wahllokale zur Verfügung zu stellen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Existenz und die Funktion von Ausländer-beiräten im Schulunterricht und in der politischen Bildung berücksichtigt wird.

25

## **Antragsbereich I: Kommunal- und Regionalpolitik**

Antrag I1

Kennnummer 12512

Jusos Hessen

Jusos Hessen-Nord

### **Freifunk-Angebote in kommunalen Einrichtungen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

1. Kommunen richten in ihren Einrichtungen, insbesondere in öffentlichen Gebäuden wie  
Dorfgemeinschaftshäusern und Freizeitanlagen, Freifunk-Angebote ein. Dabei arbeiten sie mit  
5 bestehenden Angeboten zusammen und werben um Nachahmer\*innen.
2. Kommunen unterstützen die Einrichtung von Freifunk-Angeboten durch Privatpersonen auf  
Antrag durch die Übernahme der Kosten mit bis zu 75 Prozent bis zu einem Höchstbeitrag von 60  
Euro.
3. Landkreise, Land und Bund unterstützen die Kommunen dabei finanziell.

10

#### **Begründung:**

Freifunk ([www.freifunk.net](http://www.freifunk.net)) ist ein nicht-kommerzielles Gemeinschaftsprojekt, das bestehende  
Internetanschlüsse über ein eigenständiges, sicheres und von bestehenden Netzen getrenntes  
WLAN-Angebot im öffentlichen Raum erreichbar macht. Durch die lose Zusammenarbeit mehrerer  
15 Privatpersonen und Organisationen entsteht ein Internetangebot, das mittelfristig flächendeckende  
und kostenlose Internetzugänge realisieren kann.

Ein Freifunk-Angebot stellt keine Konkurrenz zu bestehenden privaten kabelgebundenen  
Internetanschlüssen dar, da es durch die Nutzung durch mehrere Nutzer\*innen im Vergleich häufig  
langsamer ist. Der/die Anschlussinhaber\*in eines Internetzugangs erleidet durch ein Freifunk-  
20 Angebot hingegen keine Geschwindigkeitseinbußen, da es sich um ein separates Netz handelt, das  
immer nur so schnell ist, wie das Hauptnetz ungenutzt ist. Nach einem Urteil des EuGH (C-484/14)  
zur sog. Störerhaftung gilt: „ein Geschäftsinhaber, der der Öffentlichkeit kostenlos ein WiFi-Netz zur  
Verfügung stellt, ist für Urheberrechtsverletzungen eines Nutzers nicht verantwortlich“.

Mehrere Kommunen, darunter die Universitätsstadt Marburg, unterstützen bereits die Einrichtung  
25 von Freifunk-Angeboten finanziell. Diesem Vorbild wollen wir flächendeckend folgen und durch  
eigene kommunale Angebote vorantreiben.

Durch die Einrichtung eines Freifunk-Angebots erweitern Kommunen einerseits das bestehende Freifunk-Netz. Gleichzeitig verschaffen sie dieser Initiative in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und 30 motivieren zur Nachahmung.

Antrag I2  
Kennnummer 12516

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten

#### Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für eine Gesetzesänderung zur Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in der Hessischen Gemeindeordnung einzusetzen. Diese soll mindestens folgende Regelungen enthalten:

- 5
- Kinder- und Jugendparlamente sind in allen Landkreisen sowie allen Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern in Hessen einzurichten
  - Das jeweilige Kinder- und Jugendparlament besitzt Anhörungs-, Antrags- und Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Kreistag sowie den betreffenden Fachausschüssen bei allen Angelegenheiten, die Kinder- und Jugendliche betreffen
  - 10 • Den Kinder- und Jugendparlamenten ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Budget einzuräumen.
  - Die Kinder- und Jugendparlamente sind unkonfessionell
  - Näheres regeln die Gebietskörperschaften per Satzung

#### 15 Begründung:

Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments verfolgt im Kern zwei Ziele:

Zum einen wird den minderjährigen Einwohner\*Innen einer Gebietskörperschaft dadurch die Möglichkeit gegeben, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen, wenn es um Belange geht, die Kinder und Jugendliche direkt betreffen. Die Etablierung dieses Organs gibt den jungen Menschen 20 dadurch eine starke Stimme gegenüber den, durch die Hessische Gemeindeordnung bereits vorgesehenen, Vertretungsgremien. Durch die gesetzliche Verankerung der Kinder- und Jugendparlamente auf Landesebene erhalten die gewählten Vertreter\*Innen darüber hinaus eine starke Legitimation über eine rein kommunale Satzung hinaus.

Zum anderen bietet die Etablierung eines Kinder- und Jugendparlaments die Möglichkeit, junge Menschen für Politik zu begeistern. Unter dem Gesichtspunkt der steigenden Politikverdrossenheit und der niedrigen Wahlbeteiligung, insbesondere bei Kommunalwahlen, kann ein Vertretungsgremium von und für Kinder und Jugendliche ein Ansatzpunkt sein, um diesem Trend entgegenzuwirken. Es gilt das Zitat des chinesischen Philosophen Laozi, welches gleichzeitig das 25 Motto vieler bereits bestehender Kinder- und Jugendparlamente ist:

30 Sage es mir, und ich werde es vergessen.  
Zeige es mir, und ich werde mich daran erinnern.  
Beteilige mich, und ich werde es verstehen.

Die Etablierung, Betreuung und Beteiligung von jungen Menschen im Rahmen eines Kinder- und Jugendparlaments steht daher nicht nur für mehr Mitbestimmung, sondern auch für einen 35 Zugewinn an Demokratie in unserem Land.

Antrag I3

## Stärkung des Ländlichen Raums

### Der Landesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert nachdrücklich landes-, bundes- und europapolitische Initiativen zur Stärkung des „Ländlichen Raumes“.

- 5 Hierzu gehört insbesondere die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In der Unterschiedlichkeit, die sich bereits aus Bevölkerungsverdichtung im Städtischen Raum beziehungsweise geringerer Besiedlung im Ländlichen Raum ergibt, müssen jeweils angepasste Konzepte erwachsen. Vorgaben, die in erster Linie aus den Anforderungen verdichteter Räume erwachsen, stellen im Ländlichen Raum nicht selten Hindernisse zur Weiterentwicklung dar.

### 10 Forderungen:

1. Die Wiedereinführung einer Grundwasserabgabe, deren Mittel für den Erhalt und die Modernisierung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur wie auch den Trinkwasserschutz eingesetzt wird, bedeutet am Ende, den Ländlichen Raum zu unterstützen, aus dem schließlich die Ballungszentren ihr Trinkwasser beziehen.
- 15 2. Der maßgeblich von der CDU reformierte „Kommunale Finanzausgleich“ hat seine Funktion nicht hinreichend erfüllt. Hessische Kommunen sind erschreckenderweise steuerstark und finanzschwach. Die vom Land Hessen 2011 erstmals dem KFA entzogenen 344 Millionen Euro pro Jahr, minus der 109 Millionen Euro für den sogenannten Schutzschirm, schmerzen dauerhaft. Dies muss korrigiert werden, um kommunale Handlungsspielräume zu erweitern.
- 20 3. Der von der CDU gewollten Gebietsreform ist eine Absage zu erteilen. Die unterschiedlichen Schlüsselzuweisungen, die sich an den Gemeindegrößen orientiert, sind als Maßstab für den Erfolg eines Zusammenschlusses wenig aussagekräftig. Wird doch nach einer Zusammenlegung in der Regel mehr Geld pro Kopf aus den Schlüsselzuweisungen in die betroffenen Kommunen fließen – mit mehr Mitteln lässt sich einfacher gestalten.
- 25 4. Öffentliche Einrichtungen, die nicht standortgebunden ihre Dienstleistungen anbieten müssen, sind in die Ländlichen Räume zu verlagern, um einerseits dem Nachwuchsmangel Qualifizierter zu begegnen und andererseits die Infrastruktur zu stärken (beispielhaft ist die Verlagerung von Leistungen der Finanzverwaltung in den Ländlichen Raum zu nennen).
- 30

Durch den Ländlichen Raum werden die in erster Linie Städtischen Ballungs-Räumen dienenden Versorgungsmagistralen gezogen. Hierunter sind sowohl die Verkehrsachsen auf Schiene, Straße und Wasserstraße, die Elektrizitätshochspannungs-, kabelgebundene Internetverbindungen sowie Gasfernversorgungsleitungen zu verstehen. Dies gilt aber auch zunehmend für die  
35 Wasserversorgung durch Fernleitungen.

### Forderungen:

1. Für die permanenten Durchleitungsrechte von Versorgungsmagistralen im Ländlichen Raum ist den Landeigentümern wie auch den territorial betroffenen Kommunen eine jährliche Nutzungsabgabe durch die Versorger zu zahlen. (Ähnlich der Konzessionsabgabe, die den Kommunen für die Nutzung kommunalen Grundes durch Versorger zu zahlen ist.)
- 40 2. Die europaweit einmalige Nutzungsabgabe, die für Fahrzeughalter im Inland auf das gesamte Bundesfernstraßennetz zu zahlen sein wird, lehnen wir grundsätzlich ab. Diese bedeutet nicht allein eine zusätzliche Belastung für den privaten PKW-Verkehr, sondern auch für den überwiegend straßengebundenen kleinen ÖPNV im Ländlichen Raum (Anrufsammeltaxi, Bürgerbusse, Mobilfalt).
- 45

Der Wert demokratischer Entscheidungen bemisst sich nicht allein an der Beteiligung. Dennoch ist  
50 nach wie vor auffällig, dass gerade im Ländlichen Raum beispielsweise die Wahlbeteiligung  
durchschnittlich deutlich höher ist. Offenbar scheint eher aus der „Nähe zu Entscheidungen im  
Grundsatz die Zustimmung zum demokratischen Entscheidungsprozess“ zu entstehen.

Forderungen:

- 55 1. Daher sind verstärkt Ziele für die Weiterentwicklung zu formulieren. Der Weg, diese Ziele zu  
erreichen, muss jeweils angepasst vor Ort entschieden werden können. (Ein gutes Beispiel  
ist der erfolgreiche Vorstoß der SPD-Landtagsfraktion kommunale  
Entscheidungsspielräume für die Form von Straßenbeitragssatzungen – nunmehr im  
60 Grundsatz die bislang direkten Anliegerbeiträge oder die neuen  
Abrechnungsbereichsbeiträge zu ermöglichen.)
2. Die Mittel für die „Dorfentwicklung“ sind aufzustocken, wie es die SPD-Landtagsfraktion bei  
jedem Landeshaushalt fordert. Zudem muss dem öffentlichen Bereich ausreichend Volumen  
für die Gestaltung von Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen. Die  
deutliche Reduzierung der Förderquote für kommunale Maßnahmen verhindert dringend  
65 notwendige Investitionen. Dies muss geändert werden. Nur so kann erreicht werden, dass  
auch weiterhin die betroffene Bevölkerung die „Dorfentwicklung“ als ihre ansieht.
3. Die Vielfalt der Öffentlichen Daseinsvorsorge darf sich nicht auf die Ballungsräume  
beschränken. Angepasste Einrichtungen, wie beispielsweise Bürgerzentren mit ärztlichen  
Sprechstunden, medizinischer Grundversorgung, Bürgersprechstunden der Verwaltung,  
70 Treffpunktfunktionen, Bank- und Kommunikationsdienstleistungen, Einkaufsmöglichkeiten  
können den Kern attraktiver Orte bilden. Dies gilt es zu fördern.

Der „Ländliche Raum“ bietet in seiner natur- und kulturräumlichen Vielfalt, mit den in den Regionen  
in der Bevölkerung verankerten Eigenarten und Traditionen ein gutes Beispiel für notwendige  
75 politische und wirtschaftliche Entscheidungen, um dauerhaft Hessen lebens- und liebenswert  
fortzuentwickeln. Nirgends gibt es so viele Vereine und Verbände, so viele Möglichkeiten  
gemeinsam etwas zu bewahren oder fortzuentwickeln, gemeinsam zu entscheiden, wie im  
„Ländlichen Raum“. Gerade deshalb muss die Möglichkeit eingeräumt werden, auf vielfältige  
Probleme unterschiedliche Antworten zu geben. Dies ist Ziel der SPD. Dies drückt sich in gelebter  
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aus.

Antrag I4

Kennnummer 12523

Bezirk Hessen-Nord

### **Mehr Gerechtigkeit bei Kommunalen Finanzen schaffen – Ausbluten der Kommunen durch Schwarz-Grün beenden**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, eine Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen, die  
für mehr Gerechtigkeit bei der Zuweisung von Landesmitteln im Rahmen des KFA  
5 (Kommunalen Finanzausgleich) sorgt. Dabei sind insbesondere die Interessen und Bedarfe  
kleiner und mittlerer Kommunen zwischen 1.000 und 40.000 Einwohnern im ländlichen  
Bereich sowie der Landkreise stärker zu berücksichtigen, insbesondere ist ein  
„demographischer Faktor“ in das Gesetz aufzunehmen, der diesen Namen verdient und  
einen echten finanziellen Ausgleich für den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Bereich  
10 darstellt.

2. Die schwarz-grüne Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel im KFA deutlich aufzustocken, damit Kommunen auch zukünftig ihre wichtigen sozialen, kulturellen und infrastrukturellen Aufgaben wahrnehmen können. Die „neuen Ungerechtigkeiten“ im KFA, mit denen vermeintlich „reichen“ Kommunen Mittel entzogen werden, diese aber innerhalb der kommunalen Familie eines Landkreises gar nicht ankommen, sind unverzüglich zu beenden.
3. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, ein neues Schutzschirm – Programm für diejenigen Kommunen aufzulegen, die in den vergangenen 30 Jahren Zurückhaltung bei der Neuverschuldung gezeigt haben, so dass sie keine Finanzhilfen über den „Schutzschirm“ erhalten konnten. Da diese Kommunen ebenso wie die „Schutzschirm – Kommunen“ aufgrund der Auflagen des Landes nunmehr zum größten Teil völlig überzogene und sozial ungerechte Steuer – und Gebührensätze beschließen mussten, sind Ihnen jetzt dieselben Hilfen zu gewähren, insbesondere die 50 %ige Schuldentilgung durch das Land Hessen.
4. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, unsinnige und insgesamt nicht Zweck dienliche Förderprogramme, die die Kommunen an den „goldenen Zügel“ nehmen, einzustellen. Stattdessen sind den Kommunen die Mittel als allgemeine Investitionsmittel ohne Zins – und Tilgung der kommunalen Seite durch das Land zur Verfügung zu stellen, um ihre Finanzkraft zu stärken und den Investitionsstau zumindest teilweise aufzulösen. Städte und Gemeinden wissen besser als jede Landesbehörde, wo Investitionen notwendig und sinnvoll sind.
5. Der SPD-Bezirksparteitag stellt fest, dass unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene erhebliche finanzielle Mittel zur Entlastung der Kommunen bereitgestellt wurden, dieses häufig nicht vollständig bei den Kreisen, Städten und Gemeinden ankommen, weil der hessische CDU Finanzminister einen Teil der Mittel in den Landeshaushalt umleitet. Bundesmittel sind in voller Höhe über die Länder an die Kommunen weiterzuleiten.

**Begründung:**

Entgegen der Auffassung der Landesregierung und einiger Medien ist die Finanzpolitik des Landes gegenüber den Kommunen im vollen Umfang gescheitert. Sowohl das „Schutzschirm – Gesetz“ als auch der neue Kommunale Finanzausgleich sind hoch komplizierte administrative Regelungen, die extrem ungerecht, unausgewogen, unsozial und gegen die kommunale Selbstverwaltung gerichtet sind. Da mit beiden Gesetzen erheblich in die Hoheit der Kommunen eingegriffen, Mittel gekürzt sowie Steuer – und Gebührenanhebungen erzwungen werden, ist mit einer Initiative der hessischen SPD nachhaltig gegenzusteuern. Gerade die jetzige schwarz – grüne Landesregierung hat in den vergangenen drei Jahren durch das Erzwingen hoher Steuern und Gebühren im ländlichen Bereich, durch weitreichende Unterlassung wichtiger Zukunftsinvestitionen (Breitband, Straßen, Förderung von Gewerbeansiedlung, keine Bereitstellung von Sanierungs- und Vitalisierungsmitteln für alte Ortskerne etc.) und durch die Nicht – Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Finanzierung der Städte und Gemeinden zur Verschärfung der Lage der Kommunen beigetragen. Trotz erheblich gestiegener Steuereinnahmen des Landes insgesamt geht es den Menschen in den hessischen ländlichen Kommunen und Landkreisen heute deutlich schlechter als noch vor drei Jahren! Das ist vor allem ein Versagen der Landespolitik, die die Kommunen gängelt, unter Druck setzt und gleichzeitig wichtige Zukunftsinvestitionen selbst unterlässt. Dabei hat dieser verfehlte Politik sogar dazu geführt, dass Kommunen öffentliche Einrichtungen wie kleine Kitas auf dem Land, Bürgerhäuser, Freibäder, Hallenbäder, Sportplätze, Jugendhäuser etc. schließen mussten, um „Einsparungen“ zu erzielen. Mittelfristig drohen weitere Schließungen, da bereits jetzt der notwendige Instandhaltungsaufwand für die öffentlichen Einrichtungen von vielen Kommunen nicht mehr geleistet werden kann. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen dagegen:  
 - Nutzung der neuen finanziellen Spielräume des Landes durch die Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen;

- 65 - Umsetzung von Straßen – und Schienenprojekten auch im ländlichen Bereich;
  - Investitionen ins schnelle Internet;
  - das Programm „Dorf – und Regionalentwicklung“ zu neuem Leben erwecken;
  - Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur;
  - Neubau von mindestens 6000 neuen Wohnungen jährlich mittels erstem und zweitem Förderweg;
- 70 - Kosten deckende Kinderbetreuung, die vom Land finanziert wird;
  - Keine durch Landesbehörden erzwungenen Steuer- und Gebührenanhebungen mehr;
  - Eine umfassende wirtschaftliche Betätigung der hessischen Städte und Gemeinden.

Antrag I5

Kennnummer 12543

Jusos Hessen-Süd

### **Stadt und Land - nur gemeinsam stark und gerecht**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Seit Jahren Verschärfen sich die sozialen und gesellschaftlichen Konflikte in Stadt und Land. Anspruch sozialdemokratischer Politik muss es sein, eine ganzheitliche Entwicklungsstrategie zu entwickeln. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land.

- 5 Nicht selten wird versucht, partiell einzelne, besonders akute Probleme zu lösen. Verkannt wird jedoch oft, dass die unterschiedlichen Problemlagen im ländlichen Raum einerseits und urbanen Regionen andererseits nur zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen. Spitzen sich die unterschiedlichen strukturellen Schwierigkeiten auf dem Land zu, verschärfen sich meist im Umkehrschluss die sozialen Problemlagen in der Stadt.
- 10 So haben die Aussicht auf sichere Arbeitsplätze, die Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten, ein bezahlbarer und guter öffentlicher Personen Nahverkehr, sowie schnelles Internet – als nur beispielhafte Aufzählung - unmittelbaren Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung der ländlichen Kommunen. Sehen immer weniger – gerade junge Menschen – eine Perspektive in ihrem „Heimatort“ ein gutes Leben zu führen, werden sie sich um Wohnalternativen in größeren Städten bemühen. Dies führt unweigerlich zu einem höheren Aufkommen an potentiellen Mieterinnen und Mietern und damit zu einer Verschlechterung der Situation für all jene, die bezahlbaren Wohnraum in Städten wie Frankfurt, aber auch in Metropolregionen, wie dem Rhein-Main-Gebiet, suchen. Die Rhein-Main-Region wird in den nächsten 15 Jahren unweigerlich um die doppelte
- 20 Bevölkerungszahl der Stadt Offenbach wachsen. Dieses rasante Wachstum wird die Herausforderungen für die urbane Entwicklung massiv erhöhen und gleichzeitig eine Sogwirkung auf das Land haben. Wir brauchen daher einen Marshall-Plan, getragen von allen politischen Ebenen, um den ländlichen Raum und unsere Städte, bei aller Verschiedenheit, in Fragen der Infrastruktur, der
- 25 öffentlichen Daseinsvorsorge und der Lebenshaltungskosten wieder näher aneinander heran zu führen und dem immer weiteren Auseinanderdriften Einhalt zu gebieten. Dabei ist völlig klar, dass es sozialdemokratischer Anspruch sein muss, eine Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge im gesamten Land sicherzustellen, die es Menschen erlaubt aus freien Stücken und ohne soziale Zwänge ihren Wohnort und Lebensmittelpunkt zu bestimmen.
- 30 Um dies zu erreichen müssen wir die vielfältigen Probleme in Stadt und Land gemeinsam lösen ohne sie – weder finanziell noch in der politischen Priorität – gegen einander aufzuwiegen. Stadt und Land zusammen denken, für eine gemeinsame Verkehrsentwicklung  
Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität. Die jetzt schon hohe Bevölkerungsdichte in der Rhein-Main-Region, ihr rasantes Bevölkerungswachstum und ihre Bedeutung für Berufspendler

- 35 zwingen zu einer Neuaufstellung in der Verkehrspolitik. Die Verkehrswende wollen wir dabei aktiv gestalten und sie nicht den freien Kräften des Marktes überlassen. Der Schwerpunkt liegt für uns bei der Aufwertung des öffentlichen Personenverkehrs durch ein flächendeckendes Angebot, schrittweise Kostenfreiheit, Verlässlichkeit und attraktive Taktung. Für dieses Ziel braucht es einerseits zusätzliche Infrastruktur, insbesondere die Reaktivierung und den Ausbau von
- 40 Schienenstrecken um die unterschiedlichen Mobilitätsansprüche der Menschen zu erfüllen. Hierbei ist der Ausbau durch Erhöhung von Planungskapazitäten und Verkürzung von Planungszeiten zu beschleunigen. Andererseits muss die vorhandene Infrastruktur künftig auch intelligenter ausgelastet werden. Das betrifft gerade das Wechselspiel zwischen unterschiedlichen
- 45 Verkehrsträgern, die in Zukunft besser auf einander abgestimmt sein müssen, aber auch die Steigerung der Effizienz im motorisierten Individualverkehr (bspw. durch Ridesharing). Wir wollen dabei die Verkehrsentwicklung nicht isoliert denken sondern im Zusammenspiel mit einer ganzheitlichen Regionalentwicklung. Indirekt geht es auch immer darum, Wohnalternativen jenseits des urbanen attraktiv zu machen und damit das dortige Bevölkerungswachstum im Interesse aller zu entschleunigen.
- 50 Wir wollen im Ergebnis:
- mehr Verlässlichkeit und günstigere Preise im öffentlichen Personenverkehr
  - den ländlichen und den urbanen Raum mit dem Regional- und Nahverkehr enger verbinden
  - ein Länderprogramm für Bürgerbusse
- 55
- den Schienenverkehr insbesondere im Nahverkehr ausbauen
  - den Infrastrukturausbau durch Erhöhung von Planungskapazitäten und Veränderungen im Planungsrecht beschleunigen
  - vorhandene Infrastruktur intelligenter auslasten
  - ein integriertes Verkehrskonzept, das unterschiedliche Verkehrsträger zusammen bringt
- 60 (motorisierter Individualverkehr, Bus und Bahn)
- keine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft zum Erhalt und Betrieb der Autobahnen

#### Bezahlbarer Wohnraum für alle

- 65 Alle Menschen haben ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum. Fehlender oder unzweckmäßiger Neubau, Verlust von Sozialbindungen und Zweckentfremdung von Wohnraum bei gleichzeitig ansteigender Nachfrage in den Städten haben den Wohnungsmarkt auf den Kopf gestellt. Explodierende Mieten in hessischen Innenstädten werden insbesondere für die zunehmend zum
- 70 Problem, die nach dem Erwerbsleben keine Aussicht auf hohe Renten haben und aus den Innenstadtbereichen verdrängt werden. Hessen braucht eine Offensive im sozialen Wohnbau und Regeln für den Wohnungsmarkt. Der Neubau muss beispielsweise durch zinslose Kredite an Wohnbaugesellschaften beschleunigt werden. Flächen müssen effektiver genutzt werden, Innenstädte müssen im Ballungsraum viel stärker als bisher verdichtet werden. Bei Bauprojekten
- 75 müssen höhere Anteile für Sozialwohnungen durchgesetzt werden, Sozialbindungen müssen verlängert werden. Die Zweckentfremdung von Wohnraum muss mit Abgaben belegt werden. Gleichzeitig braucht es Strategien gegen die zunehmende Verknappung von Bauland. Denkbar sind beispielsweise interkommunale Projekte für die sukzessive Verlagerung besonders flächenintensiver Gewerbe (z.B. Logistik) raus aus den Städten.
- Wir wollen im Ergebnis:
- 80
- Beschleunigung des Wohnungsbaus durch zinslose Kredite an Wohnbaugesellschaften
  - ein Landesprogramm mit Fördermitteln für den Wohnungsbau
  - höhere Anteile für Sozialwohnungen bei neuen Bauprojekten
  - Sozialbindungen verlängern
  - Einführung einer Zweckentfremdungsabgabe
- 85
- interkommunale Strategien gegen Wohnraumverknappung

#### Ja zum ländlichen Raum

Uns darf es nicht darum gehen, die Städte gegenüber dem ländlichen Raum zu bevorteilen. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit zwischen Stadt und Land herstellen. Einer Entschärfung der sozialen Konflikte in den Städten steht daher gleichzeitig auch ein Bekenntnis zum ländlichen Raum gegenüber. Hierbei geht es uns vor allem darum, existenzielle Daseinsvorsorge zu erhalten und notfalls wohnortnah im interkommunalen Verbund (insb. Gesundheitsvorsorge) zu sichern. Dörfer müssen im Zuge der Digitalisierung die Chance bekommen wieder neue Arbeitsplätze anzusetzen. Hierfür muss insbesondere der Breitbandausbau auf dem Land Priorität haben. Dörfer sollen lebenswert bleiben. Hierfür müssen starre Richtwerte für die Zuweisung von öffentlichen Mitteln (insb. im Bildungsbereich) einem Vorhalteprinzip für öffentliche Einrichtungen weichen. Der Staat muss sich auch Dörfer leisten. Und zuletzt muss der öffentliche Dienst durch Dezentralisierung von Verwaltungseinheiten ein Signal gegen den Abzug von Arbeitsplätzen und die Entkernung des ländlichen Raums abgeben. Mehr Jobs in der Fläche können dabei auch ein Beitrag gegen die Verknappung des Wohnraums in der Stadt sein.

Wir wollen im Ergebnis:

- ein landesweites Dorferneuerungsprogramm
- Erhalt von kommunalen Einrichtungen, wie Bürgerhäuser, Bibliotheken und Schwimmbäder
- Sicherung wohnortnaher Daseinsvorsorge durch Stärkung und Intensivierung der kommunalen Zusammenarbeit (insb. bei Krankenhäusern und Gesundheitsvorsorge)
- flächendeckende Versorgung mit Bildungseinrichtungen, Vorhalteprinzip statt starre Richtwerte bei der Zuweisung von öffentlichem Geld
- Unterstützung für den ländlichen Raum bei Ansiedlung von Arbeitsplätzen (insb. durch Breitbandausbau)
- Dezentralisierung von neuen Gerichten und Verwaltungseinheiten, sowie der Erhalt bestehender Einrichtungen

Antrag I6

Kennnummer 12544

Jusos Hessen-Süd

### **Gemeinsame Strategien für die Zukunft der Daseinsvorsorge im urbanen und ländlichen Raum**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Kommunen bilden die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dort wird Politik erfahrbar und die Teilhabe der Bürger\*innen am gesellschaftlichen Leben gestaltet. Auf der kommunalen Ebene wird die Entscheidung getroffen, wie es mit dem Freibad weitergeht oder wie der Fahrplan der öffentlichen Verkehrsmittel aussieht. Die Kommunen sind Dreh- und Angelpunkt der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir haben einen umfassenden Begriff von Daseinsvorsorge. Sie muss öffentlich bereitgestellt werden und umfasst alle Rahmenbedingungen und Güter, die für ein sozial gerechtes und lebenswertes Miteinander notwendig sind. Dazu gehört die Wasserversorgung genauso wie der gute öffentliche Personennahverkehr und ausreichend Arbeitsplätze. Die Herausforderung, all das zu gewährleisten kann nur gestemmt werden, wenn Stadt und Land zusammengedacht werden und die Zukunft der Kommunen so gestaltet werden, dass man Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielt, sondern als Ebenen, die sich ergänzen und ihr Potenzial gegenseitig nutzen, um die Kommunen insgesamt zu stärken. In den letzten Jahren ist ein Trend zu verzeichnen der deutlich macht, dass es verstärkt Regionen gibt, die durch den demografischen Wandel und einer veränderten wirtschaftlichen Struktur von tiefgreifenden Umwälzungen betroffen sind. Auf der anderen Seite beobachten wir Städte, die aufgrund des verstärkten Zuzugs große Probleme haben, für alle Menschen Wohnraum, gute Bildung und soziale Sicherheit zu gewähren. Die Zukunft von Stadt und Land ist eng verknüpft, die eine ist das Spiegelbild der Entwicklung des anderen. Die regionale Daseinsvorsorge für alle zu stärken, um den

- 20 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu garantieren, muss Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Die Akteure müssen bei ihren zentralen Aufgaben - der Schaffung von Wohnraum, die Garantie der Mobilität, der Ausbau des Breitbands und der Garantie von sozialer Teilhabe - unterstützt werden.

#### **Für eine zukunftsfähige Infrastruktur von Stadt und Land**

- 25 Eine tragfähige Infrastruktur bildet einen essentiellen Bestandteil der regionalen Daseinsvorsorge. Zu dieser gehört: Die Schaffung von Wohnraum und die Erneuerung des bestehenden bzw. leerstehenden Wohnraums, die Erhaltung und Erweiterung des Öffentlichen Personennahverkehrs, die Bereitstellung von Breitband in allen Gebieten und die Sanierung von Schulen, KiTas, Freibädern, Turnhallen und anderen für die regionale Daseinsvorsorge grundlegende Einrichtung.
- 30 Nur wenn die regionale Daseinsvorsorge garantiert wird, kann auch der gesellschaftliche Zusammenhalt garantiert werden. Die Menschen dürfen sich nicht abgehängt fühlen und dieses Gefühl wird vermittelt, wenn die Menschen glauben, dass ihr Lebensbereich für die Politik keine Rolle spielt und man die kommunale Infrastruktur verkommen lässt. Dieser Umstand wird besonders im Bereich des ÖPNV und des Ausbaus von schnellem Internet deutlich. Hier müssen wir
- 35 als Sozialdemokrat\*innen unseren Schwerpunkt setzen und für gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land kämpfen, wenn man ein Auseinanderdriften von Stadt und Land verhindern möchte. Der verstärkte Zuzug und die Zuwanderung von geflüchteten Menschen bieten für den ländlichen Raum eine Chance, wenn man es schafft die Strukturen vor Ort zu stärken. Eine Wohnortpflicht für Geflüchtete lehnen wir jedoch entschieden ab, dementsprechend ist die Aufgabe, den ländlichen
- 40 Raum attraktiv zu gestalten, umso drängender.

#### **Verkehr – Öffentlicher Nahverkehr**

- Eine weitere Grundlage der regionalen Daseinsvorsorge bildet ein gut vernetzter und getakteter Öffentlicher Personennahverkehr. Diesen zu erhalten und zu stärken sollte zentrale Aufgabe jeder
- 45 Kommune sein, egal ob in Stadt oder Land. Jedoch zeigen sich für Stadt und Land verschiedene Herausforderungen bei der Stärkung des ÖPNV. Die Städte sind gefordert, die Verkehrs- und Feinstaubbelastung zu senken und die Kommunen im ländlichen Bereich müssen auf den Strukturwandel reagieren, was mit Kosten für die Kommunen verbunden ist. Hier müssen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Beide Herausforderungen müssen dennoch gemeinsam
- 50 gedacht werden. Wenn der ÖPNV im ländlichen Gebiet gestärkt wird, profitiert nicht nur die dortige Bevölkerung, auch der Umstieg vom PKW auf die Schiene oder den Bus wird erleichtert und die Städte so entlastet. Nur von einer Zusammenarbeit von Stadt und Land wird die Bevölkerung auf lange Sicht profitieren. Allerdings hat der ÖPNV im ländlichen Raum häufig eine nachrangige Bedeutung. Die dünne Besiedelung bedingt häufig ein sehr grobmaschiges Bus- und Bahnnetz mit
- 55 sehr langer Taktung. Selbst für den Binnenverkehr am Wohnort wird meistens auf den PKW zurückgegriffen. Auch ist die Planung des ÖPNV im ländlichen Raum häufig komplizierter, da die Planungshoheit bei verschiedenen Trägern liegt, was die Abstimmung komplizierter macht. Es ist gerade an uns, Konzepte zu erarbeiten, die diesen Prozess der Abstimmung fördern und verbessern. Wir stehen für einen guten Öffentlichen Nahverkehr für alle Bürger\*innen, unabhängig
- 60 davon, wo sie wohnen. Öffentlicher Personennahverkehr kann nur flächendeckend angeboten werden. Langfristig setzen wir uns für eine solidarische Finanzierung des ÖPNVs ein, der von allen genutzt werden kann. Allerdings ist notwendige Voraussetzung für ein Bürger\*innenticket, dass auch wirklich alle den ÖPNV an ihren Wohnorten nutzen können. Daseinsvorsorge orientiert sich nicht an verkürzten Effizienzkennzahlen für einzelne Strecken, sondern an der Effektivität des
- 65 gesamten Systems.

Deshalb fordern wir:

- Die Kommunen fördern die Bildung von Fahrgemeinschaften und Bürger\*innenbussen
  - Park & Ride-Angebote werden ausgebaut um das Verkehrsaufkommen in den Städten selbst zu reduzieren
  - Die Städte sollen verkehrsrärmer werden, deshalb werden Car-Sharing Angebote gestärkt und Fahrradverleihangebote ausgebaut
- 70

- 75 • Eine Investitions- und Koordinationsoffensive für den ÖPNV in der Fläche. Die Landesregierung muss gezielt Mittel bereitstellen, um die verschiedenen Träger des ÖPNVs im ländlichen Raum zu stärken. Außerdem bedarf es eines Koordinationszentrums, in dem die kommunalen Verkehrsträger der verschiedenen Kommunen und Gemeinden effektiver mit den drei überregionalen Verkehrsverbänden zusammenarbeiten.
- 80 • Der ÖPNV in der Fläche muss engmaschiger werden, Linien müssen ausgebaut statt immer weiter zusammengelegt werden
- Die Vernetzung der Gemeinden untereinander müssen verbessert werden
- Die Angebote für Pendler\*innen in die jeweiligen Ballungszentren müssen gezielt ausgebaut werden.

## 85 **Wohnen**

Während die Preise für Wohnen in den Ballungszentren in den Himmel schießen, haben viele ländliche Gemeinden mit Leerstand zu kämpfen. Dies kann zum Teil mit einer besseren ÖPNV-Anbindung bekämpft werden. Sind die Wege zwischen Arbeit und Wohnort kürzer, steigert das automatisch die Nachfrage nach Wohnraum und damit die Attraktivität des ländlichen Raums. In 90 vielen großstadtnahen Gemeinden ist jetzt bereits die Nachfrage nach Wohnraum so hoch, dass die Preise sich fast auf gleichem Niveau wie in den Städten bewegen. Hier ist es sinnvoll, in den Gemeinden nachzuverdichten und ggf. gezielt Neubaugebiete auszuweisen. Der öffentliche Wohnungsbau ist vor allem in städtischen Gebieten zusammen mit längeren Sozialbindungen und höheren Zweckentfremdungsangaben schon seit Jahren Strategie. In vielen stadtnahen 95 Gemeinden gibt es allerdings keine Unternehmen des öffentlichen Wohnungsbaus und auch dort spannt sich die Situation zusehends an. Andere Gemeinden hingegen kämpfen mit großem Leerstand, vor allem in den Kernen. Hier kann eine eigene Dynamik entstehen. Sobald einige Häuser in einem Straßenzug leer stehen, sinkt die Attraktivität der anderen Häuser. Häufig bieten die Eigentümer\*innen die Häuser nicht einmal zum Verkauf an. Diese Dynamik kann mit der 100 Ausweisung von Neubaugebieten noch verstärkt werden. Auch wenn Neubaugebiete häufig wie das Allheilmittel für Kommunen zur Ansiedlung junger Familien und zur Aufbesserung der kommunalen Finanzen erscheinen, ist das Risiko gegeben, dass es auf lange Sicht zu einer Verödung der Dorfkerne kommt und damit zu enormen Attraktivitätsverlusten der Gemeinden. Leerstand ist aber nicht das einzige Problem, mit dem viele Gemeinden zu kämpfen haben. Häufig 105 sind wichtige Nahversorgungsstrukturen weggebrochen. Es fehlt der lokale Supermarkt, Arztpraxen oder Grundschulen. Während es sich beim Erhalten von Strukturen bei letzterem um eine Frage des politischen Willens und der Finanzlage handelt, sind die Antworten auf ersteres vielleicht nicht schwieriger, aber zumindest komplexer. Es braucht eine flexible Strategie für die heterogenen Herausforderungen in den Gemeinden.

110

Deshalb fordern wir neben dem ÖPNV-Ausbau:

- Finanzielle und konzeptionelle Förderung der Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt bei Nachverdichtung, Ausweisung von Neubaugebieten und gefördertem Wohnungsbau.
  - 115 • Ein Hessisches Förderprogramm für Leerstandsmanagement. Aufgabe des Leerstandsmanagements soll es sein
  - Die Eigentümer\*innen von leerstehenden Immobilien zum Verkauf zu bewegen
  - Die Immobilien gezielt anzubieten und zu bewerben
  - Beratung bezüglich Förderprogrammen zur Renovierungen von neu erworbenen 120 Immobilien
  - Aufkauf und Renovierung von Immobilien zum anschließenden Weiterverkauf
- Einrichtung eines Fonds: "Attraktives Leben auf dem Land". Die Mittel sollen den Kommunen dafür bereitgestellt werden, flexible Programme für die lokalen Bedürfnisse zu finanzieren, wie zum Beispiel die Subventionierung sogenannter fliegender Händler, Angebot von Bücherbussen oder 125 finanzielle Unterstützung der Ansiedlung von "Landärzten"

### **Sanierungsstau beenden**

Nach Schätzungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) liegt der Investitionsbedarf der  
130 Kommunen bei ca. 132 Milliarden Euro. Dieses Geld fehlt, um Schulen, Turnhallen, Freibäder,  
Straßen, Krankenhäuser und weitere Einrichtungen zu sanieren und die Kommune lebenswerter zu  
machen. Die Lebensqualität der Menschen bemisst sich auch daran, wie zufrieden sie mit ihrer  
Kommune sind und wie stark die Daseinsvorsorge ausgeprägt ist. Beginnt diese zu bröckeln, so  
verlieren die Menschen das Vertrauen in die Politik und manche Wenden sich aus Frustration  
135 rechtspopulistischen Parteien zu. Eine starke Daseinsvorsorge ist die Garantie für  
gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine starke Demokratie. Ebenso ist die Kinder- und  
Jugendpflege ein sehr wichtiger Aspekt. Die Angebote für Kinder und Jugendliche nehmen in  
ländlichen Regionen immer weiter ab, so dass der Eindruck entsteht, ihre Anliegen seien für  
Gesellschaft und Politik uninteressant. Der Mangel an solchen Angeboten stellt eine Gefahr für  
140 unseren gesellschaftlichen und politischen Frieden dar. Rechtspopulisten\*innen nutzen ihn aus und  
versuchen, in die Lücken, die wegfallende Strukturen reißen, zu gehen und junge Menschen für ihre  
Ideologien zu gewinnen. Dies gilt es mit einem flächendeckenden Angebot von Jugendzentren und  
ähnlichen Einrichtungen zu verhindern. Gerade auf der kommunalen Ebene, wo sich das Leben der  
Menschen abspielt, wirken sich fehlende Gelder am stärksten aus. Wer schon einmal die  
145 Auswirkungen der Schließung eines Schwimmbades beobachtet hat, der weiß wie sehr ein solches  
Ereignis die Menschen aufwühlt. Hier liegt das Problem hauptsächlich an den desaströsen  
Haushalten der Kommunen. Fehlen nötige Mittel, so müssen Einsparungen vorgenommen werden.  
Wenn Einsparungen an der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgenommen werden, sinkt die  
Attraktivität. Die Folge ist, dass immer weniger Menschen einen Wohnsitz im ländlichen Raum  
150 suchen und so noch weniger Einnahmen generiert werden. Es muss eine Strategie entwickelt  
werden, wie angeschlagene Kommunen diesen Teufelskreis durchbrechen können.

Deshalb fordern wir:

- Ein Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen auf kommunaler Ebene.  
155 Finanzschwache Kommunen sollen im besonderen Maße gefördert werden. Dieses  
Programm soll sich nicht als Darlehen, sondern in Form von gezielten Fördermittel  
geleistet werden
- Ein effektiver kommunaler Finanzausgleich, der die tatsächliche Situation und Bedürfnisse  
der Kommunen berücksichtigt und die enormen Unterschiede der Finanzsituationen der  
160 unterschiedlichen hessischen Kommunen effektiv ausgleicht
- Flächendeckend Angebote für Kinder und Jugendliche, wie zum Beispiel Jugendzentren, in  
Städten und Gemeinden.

### **Tourismus und Regionalwirtschaft stärken**

165 Die Wirtschaft in der Bundesrepublik ist dezentral organisiert. Diese dezentrale Organisation, vor  
allem in KMUs, bietet eine große Chance für den ländlichen Raum. Arbeitsplätze vor Ort erhöhen  
die Attraktivität der Orte und steigern die lokalen Steuereinnahmen. Voraussetzung für die  
Ansiedlung von Unternehmen ist zunächst eine gute Infrastruktur. Dazu gehört neben der guten  
ÖPNV-Anbindung auch eine schnelle Anbindung an das Autobahn- und Bundesstraßennetz. Ein  
170 großer Vorteil des ländlichen Raums ist dabei die Verfügbarkeit von Fläche, diese ist besonders  
interessant für den sekundären Sektor, für Handwerk und mittelgroße, produzierende  
Unternehmen, während Dienstleistungsunternehmen häufig im städtischen Raum optimale  
Bedingungen finden. Landkreise, die für ihre Regionen einen Rückgang der Wertschöpfung  
befürchten, führen dies vor allem auf nachteilige demografische Entwicklung, fehlende  
175 Akademiker\*innen in den Regionen, geringe Kapazitäten in Forschung und Entwicklung, und den  
mangelhaften Breitbandausbau zurück. Hier bietet es sich an, gezielt mit Hochschulstandorten zu  
kooperieren und mit den Metropolen gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie insgesamt der  
Wirtschaftsstandort Hessen gestärkt wird. Eine gute und schnelle Internetverbindung ist in Zeiten  
der Digitalisierung unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Sie bietet die  
180 Möglichkeit, abgelegene Standorte gezielt aufzuwerten und sie an das globale  
Wirtschaftsgeschehen anzubinden.

Deswegen fordern wir für die wirtschaftliche Stabilisierung des ländlichen Raums:

- 185 • Förderung von Kooperationen von Hochschulen und Gemeinden im Bereich Forschung und Entwicklung und im Bereich Beschäftigung im ländlichen Raum
- Gemeinsames Gewerbeflächenmanagement und -vermarktung von Städten und Gemeinden, gerade für flächenintensives Gewerbe
- 190 • Koordiniertes Regionalmanagement für wirtschaftlich schwächere Regionen, das unter anderem Standortmarketing betreibt, Existenzgründer\*innen berät und den Aufbau regionaler Wirtschaftsnetzwerke fördert.
- Für die besonders betroffenen Gemeinden müssen mittels eines Landesprogramms gezielt Mittel von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt werden, die kommunale Konjunkturprogramme ermöglichen
- 195 • Ein Beratungsprogramm "Digitalisierung nutzen", die lokale Unternehmen dabei berät, wie sie die Digitalisierung für den Anschluss ihrer Kleinunternehmen an das Marktgeschehen besser nutzen können (Klassisches Beispiel: Bauernladen vertreibt Produkte über das Internet)
- 200 • Der Plan, bis 2018 alle Gemeinden mit einem 50 MBits/s-Netz auszustatten muss unbedingt umgesetzt werden. Gleichzeitig ist es inzwischen zweifelhaft, ob 50 MBits/s auch in Zukunft ausreichend sind. Manche Unternehmen benötigen heute schon Anschlüsse mit einer Leistung bis zu 200 MBits/s. Hier soll der tatsächliche Bedarf geprüft werden und strukturschwache Gemeinde mit finanzieller Unterstützung des Landes und in Kooperation mit entsprechenden Unternehmen zu "Highspeedmodellregionen" entwickelt werden. Sollte sich dies als wirksame Maßnahme zur Ansiedlung neuer Unternehmen
- 205 erweisen, ist das Modell gegebenenfalls auszuweiten.

Der Tourismus ist ein weiteres Potenzial, das viele Chancen für den ländlichen Raum bietet. Gerade in diesem Bereich liegt eine gute Möglichkeit für eine positive wirtschaftliche Entwicklung von ländlichen Regionen. Dazu gehören der Aufbau von Arbeitsplätzen und die Möglichkeit, den Bereich des Tourismus als Wirtschaftsfaktor für die Regionen zu etablieren. Des Weiteren profitiert die gesamte Region von einer hohen Zahl an Besuchern. Gerade die ländlichen Gebiete in Hessen sind landschaftlich attraktiv und können dies beim Aufbau einer Tourismuswirtschaft nutzen. Was für die Wirtschaft allgemein gilt, gilt auch für die Tourismuswirtschaft im Besonderen, Wirtschaft wird digital. Gerade im ländlichen Raum sind vor allem KMUs treibend im Tourismus. Diese Unternehmen haben tendenziell größere Probleme mit der Digitalisierung, gerade im Bereich des Tourismus ist diese aber besonders wichtig. Auch hier muss Unterstützung angeboten werden, sonst besteht die Gefahr, dass der ländliche Raum im Wettbewerb abgehängt wird.

Deshalb fordern wir:

- 220 • Die Einrichtung einer Stelle, die ländliche Regionen beim Aufbau von Regionalmarketing unterstützt
- Einen Austausch zwischen den Kreisen, Betreiber\*innen und Vertreter\*innen aus der Bürger\*inneschaft um den Tourismus mit allen Akteuren\*innen zu fördern
- 225 • Ein Angebot an die Betreiber\*innen, um diese speziell zu schulen und auf die modernen Anforderungen vorzubereiten
- Ein Förderprogramm, das Unternehmen im Tourismusbereich berät und bei der Umstellung ihrer Geschäftsmodelle auf digitalen Vertrieb und Marketing unterstützt

### **Ehrenamt stärken**

230 Der ländliche Raum lebt vom Zusammenhalt lokaler Gemeinschaften. Dieser wird geformt von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Hier wird Wert ohne Ware geschaffen, was wir schon immer begrüßt haben. Vereine und Initiativen sind unverzichtbar wenn es darum geht, lokalen Zusammenhalt zu organisieren. Die Flüchtlingsbewegung des letzten Jahres hat gezeigt, welche Schlüsselrolle Ehrenamtliche in unserer Gesellschaft bekleiden. Aber auch ohne freiwillige

235 Feuerwehren könnte der Brandschutz in keiner ländlichen Region sichergestellt werden. Die

Herausforderungen des täglichen Lebens machen es leider für viele immer schwieriger, sich neben ihrem Job noch weiter ehrenamtlich einzubringen, deswegen muss das Ehrenamt gezielt gefördert werden. Viele Menschen wollen sich auch gerne ehrenamtlich organisieren, wissen aber nicht genau wie und in welcher Form. Deswegen ist es einerseits wichtig, die Vernetzung der Ehrenamtlichen untereinander zu stärken, aber auch die Wahrnehmbarkeit und Ansprechbarkeit der verschiedenen Vereine und Initiative in den lokalen Gesellschaften.

Deshalb fordern wir:

- Die Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung lokaler Online-Plattformen, auf denen sich die Initiativen und Vereine vorstellen können und man Ansprechpartner findet, wenn man sich selbst einbringen möchte
- Die Einrichtung einer "Leitstelle Ehrenamt" bei der Staatskanzlei, die Ehrenamtliche bei ihrer Arbeit unterstützt und berät
- Die regelmäßige Organisation von Ehrenamtstagen in den Kommunen, zur Würdigung des Engagements der Beteiligten und zur Kontaktaufnahme von Interessierten
- Förderung der Ehrenamtlichen durch verstärkte Zurverfügungstellung von Rahmenverträgen (zum Beispiel für Mobilfunk) von Seiten des Landes
- Ausweitung der Angebote der Ehrenamts-Card auf den ÖPNV, indem mit den Verkehrsverbänden eine flächendeckende Vergünstigung für Inhaber\*innen ausgearbeitet wird.

Mit diesen Forderungen glauben wir unsere Beschlusslage um konkrete Maßnahmen zur Umsetzung zu ergänzen und Perspektiven für ein besseres Zusammenleben in Stadt und Land aufzuzeigen. Wer die Zukunft gestalten will braucht sozialdemokratische Strategien für ein besseres Zusammenleben.

Antrag I7  
Kennnummer 12545

Jusos Hessen-Süd

### **Demografischen Wandel im ländlichen Raum gestalten**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Der ländliche Raum ist in besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen. In Hessen lebt ein Großteil der Bevölkerung im sog. ländlichen Raum bzw. in sog. Mittelzentren. Durch den dort verstärkt auftretenden Wegzug junger Menschen ist der Anteil älterer und hoch betagter Menschen im ländlichen Raum bereits jetzt gegenüber den Ballungs- und Oberzentren überdurchschnittlich. Schon jetzt leben 30% der älteren Menschen im ländlichen Raum alleine ohne einen Partner oder eine Partnerin. Die Familie als Ort sozialer Bindungen und der sozialen Fürsorge füreinander wird nachhaltig schwächer werden. Durch die verheerende kommunale Finanzpolitik in Hessen im vergangenen Jahrzehnt wurde der ländliche Raum besonders benachteiligt. Dorfgemeinschaftshäuser, Verwaltungsaußenstellen und ehrenamtliche Initiativen sind allzu oft Gegenstand von außen erzwungener Sparmaßnahmen. Gleichzeitig stehen dort zahlreiche Wohnungen und Häuser leer, Dorfzentren veröden. Die gesundheitliche Versorgung mit Haus- und Fachärzten steht auf dem Spiel.

Maßnahmen zur Gestaltung des demografischen Wandels kommen dort verspätet oder gar nicht an.  
15 Der ländliche Raum darf nicht zurückgelassen werden. Er ist Heimat für viele Menschen, Keimzelle gesellschaftlichen Miteinanders und elementar für das Lebensgefühl der Hessinnen und Hessen. Gleichzeitig ist der ländliche Raum ein Pfund mit dem man in Hessen wuchern kann: Junge Familien schätzen Ruhe, Sicherheit und Beschaulichkeit, Touristische Attraktivität findet in Hessen überproportional im ländlichen Raum statt und Älter muss überall in Hessen bei gleichen  
20 Lebensbedingungen möglich sein.

Wir fordern einen Masterplan, um den demografischen Wandel im ländlichen Raum in Hessen zu gestalten.

Dieser soll beinhalten:

- Eine Offensive um nicht genutzten Wohnraum im ländlichen Raum sinnvoll zu nutzen.  
25 Hierzu gehört Unterstützung für private Eigentümer um Umbaumaßnahmen zu Barrierefreiheit oder auch eine Fassadenneugestaltung zu finanzieren. Die Programm der KfW zur energetischen Sanierung müssen erhalten bleiben. Ebenso müssen Kommunen in die Lage versetzt werden, Wohnraum durch den Kauf von Belegungsrechten selbst erwerben und vermarkten zu können
- 30 • In besonderem Maße ist eine Stärkung der Dorfzentren erforderlich. Daher muss das Land Hessen in seinen Förderprogrammen wie „Stadtumbau Hessen“ den ländlichen Raum besonders beachten. Bauliche Nachverdichtung im Ortskern soll besonders gefördert werden, um eine Zersiedelung der Mittelzentren und Dörfer zu verhindern. Besonderen Wert muss auf Maßnahmen gelegt werden, die die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum  
35 erhöhen.
- In vielen Gemeinden und Dörfern fehlen mittlerweile Supermärkte und Nahversorger. Daher sind Modelle wie die Bonusmärkte, die gezielt dort mit dem Ziel einer „schwarzen Null“ eröffnen, wo sonst kein Supermarkt eröffnet, wichtig. Sie müssen stärker bekannt gemacht werden. Diese Märkte stellen zudem Menschen ein, die auf dem sog. ersten Arbeitsmarkt  
40 sonst keine Chance hätten. Kommunen müssen jedoch Bürgschaften und Garantien zum Erreichen der „schwarzen Null“ übernehmen. Hierbei muss das Land Hessen unterstützend tätig werden.
- Um auch Freizeitnutzung im ländlichen Raum zu erschwinglichen Preisen ermöglichen zu können, fordern wir eine Sonderförderung des Landes Hessen für Schwimmbäder aus  
45 originären Landesmitteln
- Dorfgemeinschaftshäuser müssen erhalten bleiben. Ihre Modernisierung muss besonders gefördert werden.
- Ebenso müssen Verwaltungsaußenstellen erhalten bleiben und in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Ergänzt werden muss dieser von einer E-Government-Offensive. Mehr  
50 Leistungen der kommunalen Verwaltungen müssen online verfügbar sein.
- Dem Vorbild des Kreises Bergstraße folgend sollen Landkreise und Städte und Gemeinden flächendeckend für jede kreisangehörige Kommune die Möglichkeit eröffnen, WLAN-Hotspots zu errichten.
- Die Bundesregierung ist im Besonderen gefordert, weiße Flecken im Breitbandnetz  
55 insbesondere im ländlichen Raum durch Zuschüsse zu sichern und das Marktversagen in diesem Segment zu beenden.
- Zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung sind neue Wege erforderlich. Gemeindefachärztinnen, Ärztehäuser oder Vorteile bei der Studienzulassung für Studierende im Fach Humanmedizin insofern sie sich verpflichten, Hausarzt im ländlichen Raum zu  
60 werden, sind besonders gut geeignete Wege. Ebenso sollen Kommunen die Möglichkeit erhalten, selbst vor Ort aktiv zu werden: Gemeinden sollen Ärzte anstellen und mit einem sicheren Jahresgehalt ausstatten können. Ebenso sollen nach dem Vorbild des Vogelsbergkreis Stipendien eines Landkreises für Studierende, die sich anschließend als Arzt im ländlichen Raum niederlassen wollen, auch durch das Land gefördert werden.
- 65 • Das Ehrenamt im ländlichen Raum kann niemand ersetzen. Darum muss es in seiner ganzen Bandbreite von Feuerwehr bis zum Sportverein besonders gefördert werden.

- 70 • Das soziale Netz im ländlichen Raum ist besonders gefordert. Darum müssen flächendeckend Initiativen wie Seniorenbegleiterinnen und –begleiter oder SINAH (Senioren sicher nach Hause) müssen ausgebaut werden.
- 75 • Mobilität im ländlichen Raum muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. Haltestellen müssen barrierefrei ausgebaut werden, der ÖPNV in den Abendstunden ausgeweitet werden. Bahnhöfe im ländlichen Raum dürfen nicht weiter gestrichen werden, im Gegenteil: Insbesondere Bahnhofsgebäude und –umfelder sind bereits heute in einem traurigen Zustand. Darum muss der Bund sein Sonderprogramm für fahrgastschwache Bahnhöfe aus dem vergangenen Jahr erneut auflagen und deutlich ausweiten. Schienennetze müssen gepflegt und erhalten werden. Der barrierefreie S-Bahn-Ausbau muss fortgesetzt werden.

80 **Begründung:**  
Erfolgt mündlich.

Antrag I8  
Kennnummer 12555  
Unterbezirk Lahn-Dill  
(Bezirk Hessen-Süd)

### **Abschaffung der Pflicht zur Straßenbeitragssatzung und gerechte Finanzierung der Straßenerneuerung**

#### **Der Parteitag möge beschließen:**

1. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich für eine dauerhaft angemessene Finanzausstattung der Kommunen Sorge zu tragen.
2. Wir bitten die Hessische SPD-Landtagsfraktion ein Konzept zu erarbeiten, dass eine Abschaffung  
5 der Straßenbeitragspflicht vorsieht.
3. Kurzfristig muss sichergestellt werden, dass Zuschüsse zum kommunalen Straßenbau auch den Anwohnern finanziell zu Gute kommen. Das schließen die Förderbedingungen bisher aus.

#### **Begründung:**

- 10 Die Hessische Gemeindeordnung regelt in § 93 den Grundsatz, dass für alle Aufgaben einer Gemeinde, wo immer möglich, die Bürgerinnen und Bürger durch spezielle Entgelte zu belasten sind, bevor man Mittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen heranziehen darf. Für die grundhafte Straßenerneuerung bedeutet das eine Pflicht der Kommunen, mittels einer Straßenbeitragssatzung  
15 einzufordern. Das Ergebnis: Merkel, Schäuble und die schwarz-grüne Landesregierung sprechen sich gegen Steuererhöhungen und für Steuergeschenke für Reiche aus, während die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Kommunen immer mehr Entgelte, kommunale Steuern und Gebühren entrichten müssen. Nicht alle, die ein Haus besitzen sind reich. Oftmals trifft es Rentnerinnen und Rentner oder junge Familien, die die zum Teil horrenden Summen nicht aus ihrer Portokasse zahlen  
20 können. Für die Kommunen ist die Beitragserhebung in beiden Fällen mit Verwaltungsaufwand, Prozesskosten und jahrelangen Querelen verbunden. Die SPD-Landtagsfraktion hat vor einigen Jahren den Anstoß für das Modell wiederkehrende Straßenbeiträge gegeben. Das mildert die Belastung der Anwohner und bringt so eine sozialverträglichere Lösung, löst aber nicht alle Probleme: Wer zahlt dann für wen? Und welche Straßen werden wann von wessen Geld erneuert?  
25 Was machen die Gemeinden, die schon nach dem alten System der Einmalbeiträge vorgegangen sind? Wie man es auch dreht und wendet: Die Finanzierung der Straßensanierung bleibt ungerecht.

Straßen werden nicht nur von Anwohnerinnen und Anwohnern genutzt. Und sie werden auch nicht von allen gleichermaßen belastet. Nur eine Steuerfinanzierung, die sicherstellt, dass alle – Bürger, Bürgerinnen und Wirtschaft - nach ihrer Leistungsfähigkeit beitragen kann Gerechtigkeit schaffen.  
30 Auch der kommunale Straßenbau muss von Maut- und Kfz-Steuereinnahmen profitieren.

## **Antragsbereich J: Steuern und Finanzen**

Antrag J1  
Kennnummer 12517  
Bezirk Hessen-Nord

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### **Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD soll die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass deutsche Staatsangehörige ihrer Einkommenssteuerpflicht unabhängig von ihrem Aufenthaltsort nachkommen müssen. Es soll nicht länger möglich sein, durch Wechsel des Wohnortes ins Ausland,  
5 z.B. von Deutschland in die Schweiz, steuerpflichtiges Einkommen am Fiskus und einer gesellschaftlich gerechten Besteuerung vorbei zu schleusen.

#### **Begründung:**

Derzeit ist es möglich, dass Bundesbürgerinnen sich gegenüber der Allgemeinheit und der  
10 Gesellschaft steuerliche Vorteile verschaffen durch eine Verlagerung ihres Wohnorts. Um Gerechtigkeit in die Erbringung der Einkommenssteuerpflicht zu bringen, muss der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Verfolgung und Unterbindung dieser Steuerflucht, bzw. die Rahmenbedingungen für eine Erfassung und Rückführung der entgangenen Steuern schaffen. Diese Rahmenbedingungen könnten sich auf Basis der bestehenden Regelungen für  
15 Steuerfreibeträge in Deutschland orientieren. So werden Menschen, die ihren Wohnort in ein Land mit niedrigen Löhnen verlegt haben, nicht ungerecht steuerlich belastet. Eine solche Regelung sollte nur fällig werden auf Differenzbeträge zwischen den Regelsätzen in der jeweiligen Wahlheimat und den bestehenden und fälligen Regelsätzen in Deutschland. So wird in Deutschland nur die Differenz zwischen dem deutschen Steuersatz und dem aus dem Ausland fällig,  
20 um eine Doppelbelastung zu vermeiden. Derzeit ist in Deutschland jedes Einkommen ab dem Betrag von 8.820 € im Jahr zu versteuern. Bei Verheirateten oder Mitgliedern einer eingetragenen Lebensgemeinschaft sind es 17.640,00€, wenn sie ihre Erklärung zusammen abgeben. Hat jemand seinen Wohnsitz im Ausland, wird dieser Betrag aber nicht fällig. Als im Ausland lebende Person hat man als deutscher Staatsbürger dennoch einige  
25 Vorteile. So kann man jederzeit in einer deutschen Botschaft um Schutz oder Beistand bitten. Außerdem können sie nach wie vor in einer Botschaft wählen. Deshalb sollten sie auch weiterhin ihren Teil für den deutschen Staat beisteuern nach einem Model, wie es in vielen anderen Ländern bereits gängige Praxis ist, wie z.B. den USA. Mit einer wie hier vorgeschlagenen Regelung wird vermieden, dass Menschen mit großen Einkommen ihren Wohnsitz für steuerliche Ersparnisse  
30 verlegen und ein gesellschaftlicher Steuerschaden entsteht. Im Sinne einer steuerlichen Gerechtigkeit muss der Gesetzgeber hier handeln, um Gerechtigkeit zu schaffen.

Antrag J2

## Mehr Gerechtigkeit bei der Bemessung der Gewerbesteuer. Kampf gegen Manipulation der Gewerbesteuer

### Der Landesparteitag der SPD Hessen möge beschließen:

Die Bundesfraktion der SPD wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten und dem Bundestag zur Abstimmung vorzulegen, mit dem der Steuermanipulationen zur Vermeidung von Gewerbesteuer entgegen gewirkt wird. Bei der Berechnungsgrundlage der Gewerbesteuer sollen die

- 5 Zurechnungen zum Gewinn deutlich erhöht werden und weitere Kostenarten prozentual dem Gewinn hinzugerechnet werden. Der Ortsverein Frankfurt-Bornheim schlägt folgende Änderungen vor:

Kostenart	Derzeitig	Zukünftig
Rentenzahlungen	100 %	100 %
10 Mieten, Pacht, Leasingraten auf unbewegliche Güter	50 %	75 %
Mieten, Pacht, Leasingraten auf bewegliche Güter	20 %	75 %
Lizenzgebühren und vergleichbare Kosten	25 %	75 %
Zinsen	25 %	75 %
15 Beratungskosten	0 %	75 %

Hierbei ist ein erhöhter Freibetrag auf den Gesamtbetrag aller oben genannten Kosten zu gewähren. Der Ortsverein Frankfurt-Bornheim schlägt 200 000 Euro (bisher 100 000 Euro) vor.

### Begründung:

- 20 Der Haushalt der Kommunen wird zum ganz überwiegenden Teil von den Einnahmen der Gewerbesteuer bestritten. In Frankfurt zum Beispiel sind es 2016 mit 1,39 Milliarden mehr als die Hälfte aller Finanzquellen. Allerdings sind die Gewerbesteuereinnahmen rückläufig. Vor allem wenn man die wesentliche Steigerung der Umsätze und des Bundesbruttosozialproduktes berücksichtigt.
- 25 Wie kommt es, dass die Umsätze der Einzelhandelsfirmen auf der umsatzstärksten Einkaufsstraße Deutschlands, der Zeil, kontinuierlich steigen, kaum eines der Geschäfte aber überhaupt einen Euro Gewerbesteuer zahlt?
- Ebenso die Banken, die gemessen an Ihrer Geschäftstätigkeit in der Finanzmetropole nur einen geringen Anteil der erhobenen Gewerbesteuer mittragen?
- Die Besteuerung der Unternehmen erfolgt zurzeit auf der Bemessungsgrundlage der bilanzierten
- 30 Gewinne. Diese entsprechen bei international operierenden Konzernen nicht den tatsächlich erwirtschafteten Erträgen am kommunalen Standort.
- Dies ist eine Folge von Steuervermeidungsstrategien, bei der Tochtergesellschaften des Konzerns innerhalb der EU genutzt werden, um über Lizenzgebühren, Mieten, Zinszahlungen und überteuerte Ankäufe von Handelsgütern Gewinne der in Deutschland ansässigen Firmen an Töchter in den
- 35 Benelux-Staaten, England und Irland zu verschieben. Zahlreiche Konzerne, wie Unilever, Bayer AG, Ikea, Starbucks usw. zahlen überhaupt keine oder minimale Gewerbesteuern, obwohl sie in Deutschland eine exorbitante Geschäftstätigkeit entfalten. Den deutschen Kommunen entgehen durch diese Bilanzmanipulationen jährlich mehrere Milliarden Euro.
- Wünschenswert ist sicher eine Lösung auf EU-Ebene durch eine einheitliche
- 40 Unternehmensbesteuerung. Nachdem aber ausgerechnet Herr Juncker, der diese Praxis der legalen Steuerhinterziehung zum Nutzen der Konzerne und Luxemburgs vorangetrieben hat, nunmehr für die Bereinigung dieser Missstände zuständig sein soll, ist nicht davon auszugehen, dass auf EU-Ebene in absehbarer Zeit entscheidende Schritte unternommen werden. Es müssen daher auf nationaler Ebene Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Tricksereien einen Riegel vorschieben.
- 45 Am Dringlichsten ist dies für die Berechnungsgrundlage der Gewerbesteuer als wichtigste Finanzquellen der Kommunen

Bei der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer müssen die Komponenten, die Gewinne schmälern, dem Gewinn in höherem Maß als dies zur Zeit der Fall ist, wieder zugerechnet werden um einen realistischere Blick auf die am Standort erwirtschafteten Erträge zu haben.

- 50 Den gängigen Steuertrickserien der multinationalen Konzerne durch Verrechnung mit Kosten die an ausländische Konzerngesellschaften gezahlt werden, laufen damit weitgehend ins Leere. Außerdem wird die derzeitige Wettbewerbsverzerrung wieder aufgehoben, die dadurch entsteht, dass kleine Unternehmen nicht die Möglichkeit haben ihre Gewinne an ausländische Konzerntöchter zu verschieben. Die kleine Boutique in Frankfurt kann schon deshalb zur Zeit nicht so kostengünstig
- 55 anbieten wie Primark, C & A, H&M. Zusätzlich werden kleine Firmen durch den erhöhten Freibetrag auf den Gesamtbetrag der in Abrechnung zu bringenden Kosten geschützt.

## **Antragsbereich L: Umwelt und Verbraucherschutz**

Antrag L1

Kennnummer 12532

Bezirk Hessen-Nord

### **Öffentliche Ausschreibungen müssen Klimaschutz berücksichtigen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Wir fordern die öffentlichen Entscheidungsträger aller Ebenen auf darauf zu achten, dass durch über
- 5 öffentliche Ausschreibungen bezogene Güter und Dienstleistungen keine Schädigung des Regenwaldes verursacht wird. Die öffentlichen Ausschreibungen sollten dies in den Kriterien berücksichtigen.

#### **Begründung:**

- 10 Die Klimakonferenz in Paris 2015 war ein Erfolg, da die anwesenden Staaten sich auf einen neuen Weltklimavertrag einigen konnten, der die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad Celsius, möglichst 1,5 Grad Celsius, vorsieht.

Damit Klimaschutzziele insbesondere in Deutschland und in Hessen erreicht werden können, muss unter anderem das Abholzen der Regenwälder gestoppt werden. Das Abholzen der Regenwälder

15 führt in einem besonderen Maße zur schnelleren Erderwärmung und damit der Klimaveränderung.

Öffentliche Aufträge haben insgesamt ein hohes Investitionsvolumen auf allen Ebenen, Bund, Länder, Kommunen.

Daher sollte bei öffentlichen Aufträgen der Schutz des Regenwaldes besondere Beachtung finden und garantiert werden, dass die Auftragsvergabe nicht zu einer Abholzung beitragen. Dies muss

20 nicht nur für das Produkt gelten, sondern für die gesamte Lieferkette.

Um dies gerade für finanzschwache Kommunen umsetzbar zu machen, könnten zum Beispiel besondere Förderprogramme für Kommunen, die auf den Schutz des Regenwaldes achten, entwickelt und aufgelegt werden.

Ebenso wäre die Prüfung aller Produkte – für die keine öffentliche Ausschreibung erforderlich ist -

25 notwendig, inwieweit diese zur Vernichtung der Regenwälder beitragen. Diese Produkte sollten dann im öffentlichen Bereich nicht mehr verwendet werden und möglichst dann ein Verbot dieser Produkte in Deutschland und auch auf der EU-Ebene nach sich ziehen.

## **Wasserqualität und Wasserversorgung in Hessen mittel- und langfristig erhalten**

### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- Wir fordern die Wasserversorger auf, die für den dauerhaften Erhalt der Wasserqualität und Wasserversorgung in Hessen notwendigen technischen Maßnahmen zu ergreifen. Seitens des
- 5 Landes Hessen erwarten wir, dass die notwendigen Rahmenbedingungen auf dem Gesetzes- und Verordnungswege geschaffen werden.

### **Begründung:**

- Wasser ist ein menschliches Grundrecht! Jeder Mensch hat ein Recht auf sauberes Wasser und
- 10 sanitäre Anlagen (Beschluss der UN v. 28.10.2010). Wasser ist nicht nur das wichtigste Lebensmittel, sondern die Bereitstellung für Alle und die ökologisch verantwortbare Ressourcenverwaltung des Wassers muss ausschließlich und vollständig der politischen Verantwortung unterliegen (Gemeinwohl). Somit muss das Ziel jeglicher politischen Verantwortung bleiben, Privatisierung der Wasserförderung und -lieferung zu verhindern. Wasserversorgung ist Daseinsvorsorge und gehört in
- 15 die öffentliche Hand. Die Aufgabenwahrnehmung ist das Ziel der Wasserversorgung und nicht die Gewinnmaximierung. Wasser ist kein Wirtschaftsgut, sondern öffentliches Gut.

- Wir fordern daher, dass bei allen neuen Infrastrukturmaßnahmen die Auswirkungen auf den ökologischen Wasserhaushalt untersucht werden. Der Schutz des Grundwassers ist ein hohes Gut. Maßnahmen sind so zu verändern, dass es keine oder nur minimale Auswirkungen auf das
- 20 Grundwasser und bestehende Förderbrunnen gibt. Es muss vermieden werden, dass weitere Förderbrunnen nicht mehr genutzt werden können.

- Die Nitratbelastung der Böden ist deutlich zu verringern und die Landwirtschaft hierbei nicht nur ideell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Eine Verbesserung der Belastung des Grundwassers mit Nitrat ist erforderlich. Stickstoff wird neben Leckagen aus undichten Kanälen und dem
- 25 Düngemittelseinsatz in Kleingartenanlagen vor allem durch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung eingetragen.

Auch im Bildungsbereich muss das Thema Wasser und der Umgang mit Wasser wieder eine stärkere Rolle spielen.

- Für gesunde Lebensmittel wird sauberes Wasser benötigt. Das ist eine Frage der sozialen
- 30 Gerechtigkeit. Das Wasser darf nicht weiter durch Medikamente, Pestizide, etc. belastet werden. Hier sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen diese Belastungen durch Chemikalien zu verringern bzw. zu begrenzen.

Wir fordern die Landes-SPD auf ein Wassersymposium durchzuführen.

- Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU hat zum Ziel, die Gewässer europaweit
- 35 spätestens bis zum Jahr 2017, in einen ökologisch, chemisch und mengenmäßig (Grundwasser) bzw. biologisch guten Zustand zu bringen oder den guten Zustand zu erhalten. Dies muss in diesem Jahr konsequent erfolgen und notwendige Maßnahmen eingeleitet werden.

- Politische Verantwortung: Alle politischen Entscheidungen sind vor dem Hintergrund der nachhaltigen Wasserversorgung zu treffen, wenn die Wasserversorgung durch die Entscheidung
- 40 beeinflusst wird. Wenn etwas schlecht für das Grundwasser oder die internationale Wasserversorgung ist, darf es nicht umgesetzt werden.

### **Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- 5 Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird. Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.

#### **10 Begründung:**

Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40 %) der größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule (Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die zweite Säule (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)) 1,3 Mrd. Euro. Diese Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und Klimaperspektive nicht optimal eingesetzt.

Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist. Andere Studien kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale Tierproduktion. Das BMUB geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und mit

- 20 Mineraldünger sogar 15 % der Treibhausgase verursacht.

Zwei aktuelle Forderungen zur Produktion und den Konsum von Tieren:

1. Im Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) stand daher einst: "Bis 2050 sollte ein Fleischkonsum entsprechend der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angestrebt werden". Nach aktuellen Empfehlungen der DGE wäre dies eine Reduzierung auf 300 – 600 g Fleisch in der Woche. Der Fleischverzehr liegt aktuell bei 1,1 Kilo pro Woche. Diese Forderung wurde auf Intervention des Kanzleramtes (CDU) wieder aufgeweicht, folglich war ab September war nur noch vom „Abbau der Tierbestände“ die Rede.
2. Die wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik im BMEL haben vor kurzem aus Umwelt- und Klimagründen vorgeschlagen für tierische Lebensmittel (bspw. Milch, Käse, Wurst) den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 % festzulegen und gleichzeitig die Sozialleistungen anzuheben. Durch die sozialverträgliche Bruttopreiserhöhung erhoffen sich die Wissenschaftler\*innen einen um 10 % verringerten Verkauf solcher stärker umweltbelastenden Lebensmittel.

- 35 Dies sind sicherlich spannende Forderungen, die ernsthaft zu diskutieren sind. Sie verdeutlichen die Relevanz des Themas. Allerdings nehmen die Diskussionen über die Ausrichtung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt Fahrt auf. Wenn aus guten Gründen Fleisch- und andere Tierprodukte endlich auch politisch als wesentliche Umwelt- und Klimaprobleme identifiziert wurden, muss es nun darum gehen die Subventionen für die Produkte zu streichen/zu verringern

- 40 und umwelt- und klimafreundliche Alternativen zu stärken.

Zudem wäre die Verringerung der Tierproduktion der wesentlichste Schritt zu einer tiergerechteren Gesellschaft.

Antrag L4  
Kennnummer 12519  
Bezirk Hessen-Nord

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### **Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter fortgesetzt werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und verstößt gegen Art. 20a GG, da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Tiere als Mitgeschöpfe schützt. Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen deutlich reduzieren.

#### **10 Begründung:**

In Deutschland werden jährlich ca. 45 Millionen männliche Küken getötet, da die Züchter keine Verwendung, nämlich das Legen von Eiern, für sie haben. Dies hängt mit der Art der Züchtung des Geflügels zusammen. Momentan werden zwei Rassen gezüchtet. Die eine ist darauf spezialisiert in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Fleisch anzusetzen, während die andere dafür gezüchtet wird, einen hohen Ertrag bei der Eierproduktion zu erzielen. Da Hähne keine Eier legen können, werden die Küken kurz nach dem Schlupf durch vergasen oder durch einen sogenannten Kükenmuser getötet und als Tierfutter oder Dünger verwendet.

Dies verstößt nicht nur gegen das Tierschutzgesetz, sondern gegen jegliche Werte, die eine moderne Zivilgesellschaft für sich in Anspruch nimmt. Das Töten von Lebewesen nur um Kosten zu sparen bzw. diese Tiere keinem vernünftigen zuzuführen ist nicht rechtens und verstößt gegen das Grundgesetz. Ein Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen wurde von der Bundesregierung mit der

Begründung abgelehnt, dass bereits an einem Verfahren geforscht werden, welches dazu diene das Geschlecht der Tiere bereits vor dem Schlupf zu erkennen. Allerdings sind die-se Verfahren entgegen der Behauptung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft nicht marktreif. Abgesehen davon ist durch die Einführung dieser Methode mit einer Preissteigerung der Eier zu rechnen, wodurch das Argument, dass der Verbraucher mit der Praxis des Tötens aufgrund von Kostenersparnis einverstanden ist, ad absurdum geführt wird. Außerdem ist es die Aufgabe des Tierschutzes das Tier und nicht den Menschen zu schützen. Es ist die Aufgabe einer guten Sozialpolitik, dass sich Bürger Eier oder auch einmal Fleisch leisten können. Dies darf nicht zu Lasten des Tierschutzes bzw. der Tiere gehen.

Im Mai folgte schließlich die Entscheidung des OVG Münster über das Fortsetzen der Praxis des Tötens. Das Gericht entschied zugunsten der Geflügelzüchter, da es eine zu große wirtschaftliche Belastung für die Betriebe sah, wenn diese die Hähne großziehen müssten. Leider zeigt diese Entscheidung, dass Verständnis von Unternehmen und einigen Juristen, dass der Mensch an erster Stelle steht bzw. die Rechte von Tieren praktisch nicht oder kaum existieren. Hier muss die Frage erlaubt sein, wann endlich zu Gunsten des Tierschutzes und gegen die wirtschaftlichen Interessen entschieden wird, wenn nicht in diesem Fall, bei dem Millionen von Lebewesen getötet werden.

Denn das Töten der männlichen Küken steht auch stellvertretend für eine Industrie, die nur darauf ausgerichtet ist den Profit zu maximieren und das Tier und die Umwelt auszubeuten.

## **Antragsbereich M: Parteiorganisation**

Antrag M1  
Kennnummer 12504

ASF Hessen Süd

### **Tenor (Beschlusstext) und Begründung in die Antragsbücher**

In den Antragsbüchern für die Parteitage auf allen Ebenen der Partei werden in Zukunft sowohl Tenor als auch Begründung der Anträge abgedruckt, um den Antragsstellerinnen und Antragsstellern die Möglichkeit zu geben, ihre Anträge zu begründen ohne die Begründung in den Tenor schreiben zu müssen. Ziel ist es, die Forderung der AntragstellerInnen eindeutig erkennbar zu machen.

Antrag M2  
Kennnummer 12515

Jusos Hessen  
Jusos Hessen-Nord

### **Repräsentative Tagungsorte für Parteitage, Parteigipfel o.Ä.**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die SPD muss sich auch bei der Auswahl ihrer Tagungsorte ihrer historischen Verantwortung bewusst sein. Daher fordern wir den SPD-Landesverband sowie die SPD-Landtagsfraktion auf, Tagungsorte für Parteitage, Gipfel o.Ä. an Orten zu veranstalten, die repräsentativ und vereinbar mit unserer sozialdemokratischen Geschichte und unseren Grundsätzen sind.

#### **Begründung:**

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit 154 Jahren die Arbeiterpartei. Es ist schlicht nicht hinnehmbar, dass für den diesjährigen Hessengipfel ein fünf Sterne Hotel ausgesucht wurde. Die SPD muss für die Nähe zu der Bevölkerung stehen und diese Nähe beginnt bei der Auswahl von Tagungsorten. Daher schlagen wir vor, zukünftige Gipfel in geeigneter Atmosphäre auszutragen. Als Beispiel für mögliche Austragungsorte sind Infrastrukturprojekte oder historische Orte zu nennen. Als Vorbild kann der Wahlkampfauftritt von unserem Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz dienen, der im Februar im Kunstkraftwerk in Leipzig stattfand. Die SPD muss glaubwürdig für Soziale Gerechtigkeit stehen und damit ist es unabdingbar, dass man inmitten der Gesellschaft seine Veranstaltung austrägt.

Antrag M3  
Kennnummer 12551

Jusos Hessen-Süd

### **Catch them all -Ein Pat\*innenprogramm für Neumitglieder**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

Die Partei bietet den Gliederungen Unterstützung bei der Neumitgliederpflege an. Unter anderem durch die Empfehlung für ein Pat\*innenprogramm.

#### **Forderungen:**

- 5 Neumitglieder, die neu in unseren Verband kommen, sollen eine feste und dauerhafte Ansprechpartner\*in zugewiesen bekommen. Diese unterstützen die Neumitglieder, indem sie die Strukturen der Partei erklären, anbieten gemeinsam zu Treffen zu gehen und bei Problemen oder Fragen zur Seite stehen.

#### **10 Begründung:**

In der SPD sind 32% der Mitglieder Frauen\* und 68% Männer\*. Der Landesverband Hessen liegt mit 32,6% Frauen\* etwa im Bundesdurchschnitt (Gleichstellungsbericht 2015 der ASF).

Frauen\* sind in unserem Verband noch immer unterrepräsentiert.

- 15 Für viele Frauen\* ist schon der erste Schritt, das erste Mal alleine auf eine Ortsvereinssitzung oder sonstige SPD-Sitzung zu gehen, ohne eine Person zu kennen, besonders wenn die Mehrzahl der Anwesenden männlich\* ist, schwer. Die Erfahrung zeigt außerdem, dass viele Interessierte sich einmalig die Treffen der Jusos anschauen, dann jedoch nicht wiederkehren.

Bedeutend für die Entscheidung, sich langfristiger zu engagieren, ist, ob man Menschen im Verband kennt und direkte Ansprechpartner\*innen hat.

- 20 Als Jusos haben wir den Anspruch ein feministischer Richtungsverband zu sein und die SPD in diesen Fragen voranzutreiben. Die Jusos stellen jedoch einen überraschend schwachen Rekrutierungsweg da. Nur 16% der Frauen\* sind über die Jusos zur SPD gekommen.

Derzeit gewinnt unsere Partei viele Neumitglieder. In den ersten fünf Wochen nach dem Antritt von Martin Schulz als Kanzlerkandidat der SPD sind 10.000 Mitglieder beigetreten. 40 Prozent der neuen

- 25 Genoss\*innen sind jünger als 35 Jahre, also Mitglieder der Jusos.

Die vielen Neumitglieder sind für uns eine große Chance, vor allem mehr Frauen\* in unseren Verband einzubinden und sie für die politische Arbeit zu begeistern. Da Mitgliedschaft nicht mit politischem Engagement gleichzusetzen ist, müssen wir vor allem den neuen Frauen\* erleichtern, sich nach der Anmeldung in unserem Verband zu engagieren und durchzusetzen.

- 30 Um mehr Frauen\* als Neumitglieder zu gewinnen, müssen wir ihnen den Einstieg erleichtern und ihnen durch Maßnahmen wie das Pat\*innenprogramm eine Hilfestellung bieten. Deshalb muss mit einer Neumitgliedschaft ein direkter Kontakt zu einem aktiven Mitglied hergestellt werden. Dies integriert das Neumitglied in bestehende Netzwerke und hilft dabei, sich in den bestehenden Strukturen zu Recht zu finden.

- 35 Das Pat\*innenprogramm soll folgende Elemente enthalten:

- Das Angebot einer Pat\*in soll bereits vor der Neumitgliedschaft greifen. Bei Interessensbekundung wird ein Kontakt angeboten.
- In der Bestätigungsmail der (Juso-) Mitgliedschaft sollen Pat\*innen angeboten werden.
- Die Pat\*innen stehen bei Fragen zur Struktur, zu Abkürzungen oder Traditionen in den ersten Sitzungen zur Verfügung.

- 40
- Gleich zu Beginn sollten sich die Pat\*innen nach den Interessen und Fähigkeiten des Neumitglieds erkundigen, sodass dieses in passenden Arbeitsgemeinschaften und Projektplanungen berücksichtigt werden kann.

- 45
- Besondere Bindungskraft hat außerdem der gemeinsame Besuch von Veranstaltungen, z.B. Seminarwochenenden. Die Pat\*innen sollten das Neumitglied motivieren diese zu besuchen oder das Neumitglied mitnehmen.
  - Außerdem besitzen Freizeitaktionen, die vor oder nach einer Sitzung stattfinden eine hohe Bindungskraft. Hierüber sollte das Neumitglied frühzeitig informiert werden, sodass solche Treffen eingeplant werden können. Die Pat\*innen sollten das Neumitglied hierzu einladen und begleiten.
- 50
- Um also vor allem mehr Frauen\* für das politische Engagement zu begeistern und zu ermutigen sich politisch einzusetzen, müssen wir Maßnahmen wie das Pat\*innenprogramm ergreifen, um unseren Verband und unsere Partei attraktiv zu machen. Durch das flächendeckende Pat\*innenprogramm, werden Neumitglieder vom ersten Moment des politischen Interesses mehr Unterstützung erfahren,
- 55 deshalb bitte ich euch diesem Antrag zu zustimmen.

Antrag M4  
Kennnummer 12552

Jusos Hessen-Süd

### **Europäisierung der SPD**

#### **Der Landesparteitag möge beschließen:**

##### Ziele

- 5
1. Zusammenarbeit sozialdemokratischer Parteien in Europa verbessern
  2. Europäisierung des SPD Bundestagswahlprogramms
  3. Sozialdemokratische Entscheidungsprozesse europäisieren um damit die europäische Idee zu stärken
  4. Selbstreflexion über nationale Sichtweisen in der SPD verbessern
  5. Ansätze zur Lösung globaler Probleme wie z.B. Arbeitslosigkeit, Steuerhinterziehung, Finanzkrisen, Problematik von Flucht schneller finden und somit die Voraussetzung für eine schnellere Umsetzung schaffen
  6. Integration Deutschlands in Europa verbessern
  7. Nationalismus und Patriotismus als Motor für kriegerische Konflikte ächten

15

Deshalb sollen folgende Aktionen umgesetzt werden:

##### Mittel

- 20
1. Einladung einer Delegation von jeder SPD Schwesterpartei, welche Mitglied von nationalen Parlamenten der europäischen Union ist. Diese besteht aus zwei stimm-, rede- und antragsberechtigten Delegierten und soll quotiert sein.
  2. Bereitstellung einer englischen Live Übersetzung des Kongresses für alle Delegierten und Zuschauer\*innen
  3. Einführung zusätzlicher Programmkonferenzen im europäischen Ausland in Zusammenarbeit mit den jeweiligen nationalen sozialistischen und sozialdemokratischen Schwesterparteien. Die erste Testkonferenz soll 2017 bei Parti Socialiste in Paris stattfinden.
  4. Das Erwerben der SPD Mitgliedschaft führt zu einem automatischen Erwerb der PES Mitgliedschaft.
- 25

**30 Begründung:**

Weltweit lassen sich durch die Globalisierung Entwicklungen zu immer stärkerer gesellschaftlicher, kultureller, politischer und wirtschaftlicher Vernetzung erkennen. Dadurch hat sich die Wertschöpfung der Weltwirtschaft insgesamt stark erhöht. Globalisierung "an sich" ist gut. Leider hat sich die relative Verteilung der Einkommen und Vermögen weiter verschlechtert. Daher können

35 viele gesellschaftliche Probleme nicht mehr lokal oder national gelöst werden. Dies gilt besonders für die Staaten der europäischen Union.

Leider hat die SPD -vorallem in Zusammenarbeit mit konservativen Kräften- in den letzten Regierungsperioden ähnliche Problem unterschiedlich im In- und Ausland behandelt. Augenfällig wird dies in der Ungleichbehandlung in der Finanz- und Wirtschaftskrise durch

40 Konjunkturprogramme mit massiven Verschuldungszuwachs in Deutschland bei gleichzeitigem Sparzwang zum Abbau der Verschuldung in Griechenland. Die SPD muss sich dessen Bewusst werden und eine Vorreiterrolle für neue Entscheidungsprozesse mit anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Akteuren in Europa etablieren. Außerdem müssen politische Programme mit diesen Partner\*innen abgestimmt werden. Dies darf nicht durch konservative und "pseudoliberale"

45 Einflüsse verwässert werden. Daher muss in einem ersten Schritt die interne sozialdemokratische europäische Zusammenarbeit intensiviert werden. **Die SPD muss hierfür ein starkes Zeichen innerhalb ihrer eigenen und selbstbestimmten Strukturen setzen um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und Zuversicht zu generieren.**

Grundsätzliche inhaltliche Richtungsbeschlüsse werden in der SPD auf Bundesparteitagen durch 50 demokratische Entscheidungsprozesse entschieden. Diese müssen für die europäischen sozialdemokratischen Partner\*innen geöffnet werden. Gleichzeitig ist dies ein Bekenntnis zu Europa und ein Vertrauensbeweis an unsere europäischen Partner\*innen. **Die Kraft des Vertrauens wird erwidert werden! Damit wird die SPD weiter ihrer historischen Vorreiter\*innenrolle zum Wohle aller Menschen gerecht und ist der Motor für die friedliche Weiterentwicklung Europas.**